

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1999	
Weltwirtschaft im Schatten der Finanz- und Währungskrisen	1
Bundesrepublik Deutschland:	
Konjunktureller Rückschlag	16
Wirtschaftspolitik vor besonderen Herausforderungen	30

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 1/99

Berlin

3. Ex

7. Januar 1999

66. Jahrgang

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1999 Weltwirtschaft im Schatten der Finanz- und Währungskrisen

Die Auswirkungen der Finanz- und Währungsturbulenzen belasten die Weltwirtschaft mehr als erwartet. Zunächst war vielfach erhofft worden, daß die Folgen nicht gravierend sein würden, waren doch die Anteile der Krisenländer an den gesamten Handelsströmen nur gering; auch schien die Konjunktur in den Industrieländern robust genug, um die Turbulenzen weitgehend unbeschädigt zu überstehen. In der Tat waren die von den ostasiatischen Krisenländern ausgehenden Primäreffekte für die Weltwirtschaft nur gering. Anfangs wurde die Produktion kaum spürbar reduziert, und die Investitionspläne blieben weitgehend unberührt. Mittlerweile führt die Kumulation der vielen sich teilweise selbst verstärkenden Einzeleffekte zu einer deutlichen Abflachung des Wirtschaftswachstums.

In Asien sind die Folgen der Währungsturbulenzen für das Wirtschaftswachstum bei weitem noch nicht überwunden. Eine Stabilisierung der Produktionstätigkeit ist bestenfalls in Ansätzen zu erkennen. Japan durchläuft derzeit die schwerste Rezession in der Nachkriegsgeschichte. Dies trübt die wirtschaftlichen Perspektiven des gesamten asiatischen Wirtschaftsraumes erheblich. Sowohl Japan als auch die anderen asiatischen Länder versuchen, die derzeitige Wirtschaftskrise über eine Forcierung der Exporte und eine drastische Rückführung der Importe zu überwinden.

Sehr labil ist die wirtschaftliche Lage in Lateinamerika. Diese Länder hatten versucht, das Wachstumspotential

über externe Verschuldung zu erhöhen. Unsicherheiten über die langfristige Solvenz der Schuldner führten auch hier zu einer starken Zunahme des Anteils kurzfristiger Verbindlichkeiten. Die Währungskrisen in Asien und in Rußland hatten einen sprunghaften Verlust von Vertrauen der internationalen Finanzmärkte in die Entwicklungsperspektiven vieler Schwellenländer zur Folge. Die sich mehrenden Zweifel an der Kreditwürdigkeit öffentlicher und privater Schuldner veranlaßten internationale Anleger, Kapital nun auch aus Lateinamerika abzuziehen, so daß die Währungen dieser Länder — insbesondere der brasilianische Real — unter massiven Druck gerieten. Durch eine drastische Erhöhung der kurzfristigen Zinsen und eine restriktive Finanzpolitik wurden zwar ähnliche Währungsturbulenzen wie in Asien abgewehrt, dies konnte aber nur auf Kosten eines Wachstumseinbruchs erkaufte werden. Damit bleibt die wirtschaftliche Lage für diese Länder sehr prekär.

In Rußland hat sich die Abwärtsentwicklung nach den Währungsturbulenzen vom Sommer letzten Jahres deutlich verstärkt; eine Wende ist nicht in Sicht. Aufgrund der engen Handelsverflechtungen drohen auch andere GUS-Länder mit in den Sog der Rußlandkrise zu geraten. Anders dagegen die mitteleuropäischen Reformstaaten: Sie konnten sich bislang weitgehend von der Talfahrt der russischen Wirtschaft abkoppeln. Die Wachstumseinbußen waren nur gering.

Tabelle 1

**Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Inlandsnachfrage
in den westlichen Industrieländern**

	Gewichte ¹⁾ 1997 in %		B I P real			Inlandsnachfrage ²⁾ real			Verbraucherpreise		
			Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
	BIP	deutsche Ausfuhr	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1997	1998	1999
Deutschland	9,7	—	2,2	2,7	1,4	1,4	2,5	2,0	1,8	0,9	1,2
Frankreich	6,5	14,6	2,3	2,9	2,0	0,8	3,5	2,7	1,2	0,7	1,2
Italien	5,3	10,1	1,5	1,4	1,2	2,5	2,7	1,0	1,8	1,7	1,5
Spanien	2,5	5,1	3,5	3,8	3,2	2,8	4,2	4,1	2,0	2,0	1,8
Niederlande	1,7	9,8	3,6	3,9	2,3	3,6	4,1	2,3	2,1	1,6	1,7
Belgien	1,1	8,0	3,0	2,8	1,5	2,2	3,3	2,6	1,6	1,0	1,2
Österreich	1,0	7,2	2,5	2,8	1,8	2,3	2,7	1,7	1,3	1,0	1,0
Finnland	0,6	1,3	6,0	4,6	3,1	4,7	4,5	3,2	1,2	1,5	1,5
Portugal	0,5	1,5	3,6	4,0	2,9	5,2	5,1	3,4	2,3	2,7	2,5
Irland	0,3	0,7	9,8	8,4	6,0	6,9	6,6	5,8	1,4	2,6	2,3
Luxemburg	0,1	—	4,9	4,0	1,7	4,9	3,2	2,4	1,4	1,1	1,2
EWU-Länder	29,3	—	2,5	2,8	1,9	2,0	3,2	2,3	1,7	1,2	1,4
EWU-Länder ohne Deutschland	19,6	—	2,7	2,9	2,0	2,6	3,9	2,8	1,6	1,4	1,5
EWU-Länder ohne Deutschland ³⁾	—	58,3	2,8	3,0	2,0	2,4	3,5	2,4	1,6	1,3	1,4
Großbritannien	6,1	11,6	3,5	2,4	0,6	3,8	3,4	1,2	3,1	3,0	2,8
Schweden	1,0	3,2	1,8	2,8	1,7	0,4	3,7	2,6	0,9	0,5	1,0
Dänemark	0,8	2,5	3,3	2,4	1,8	4,5	3,0	2,8	2,1	1,8	2,0
Griechenland	0,6	0,9	3,5	3,0	2,5	3,9	3,0	2,9	5,6	4,7	3,2
Europäische Union	37,8	—	2,7	2,7	1,6	2,5	3,4	2,3	1,9	1,5	1,6
Europäische Union ohne Deutschland	28,1	—	2,9	2,7	1,7	2,9	3,7	2,4	2,0	1,8	1,8
Europäische Union ohne Deutschland ³⁾	—	76,5	2,9	2,9	1,8	2,6	3,5	2,2	1,9	1,6	1,6
Schweiz	1,2	6,2	1,7	2,0	1,3	1,0	1,3	1,5	0,6	0,1	0,7
Norwegen	0,7	1,2	3,4	2,5	1,6	5,7	4,2	1,7	2,5	2,5	3,0
Westeuropa	39,7	—	2,7	2,7	1,6	2,5	3,3	2,3	1,9	1,5	1,6
USA	37,8	11,9	3,9	3,6	2,2	4,2	5,0	3,3	2,4	2,0	1,5
Kanada	2,9	1,0	3,7	2,7	1,6	5,4	3,2	2,8	1,6	1,0	1,5
Japan	19,6	3,2	0,8	−2,8	−0,7	−0,5	−3,7	−1,1	1,8	−0,5	−0,5
Außereurop. Industrieländer	60,3	—	2,9	1,5	1,2	2,8	2,1	1,9	2,2	1,1	0,9
Außereurop. Industrieländer ³⁾	—	16,1	3,3	2,3	1,6	3,4	3,2	2,4	2,2	1,4	1,1
Insgesamt	100,0	—	2,8	2,0	1,4	2,7	2,6	2,0	2,1	1,3	1,2
Insgesamt ohne Deutschland	90,3	—	2,9	1,9	1,4	2,8	2,6	2,0	2,1	1,3	1,2
Insgesamt ohne Deutschland ³⁾	—	100,0	2,9	2,7	1,7	2,7	3,3	2,2	1,9	1,5	1,5

¹⁾ Auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1997 (Jahresdurchschnitt). — ²⁾ Verbrauch und Investitionen des Inlands. — ³⁾ Gewichtet gemäß Anteilen an der deutschen Warenausfuhr 1997; der Anteil Luxemburgs ist bei Belgien enthalten.

Quellen: OECD Economic Outlook; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW; 1999 Prognose des DIW. Die Berechnungen und die Prognose wurden auf Basis der vierteljährlichen VGR des DIW durchgeführt.

Tabelle 2

Entwicklung der Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in den westlichen Industrieländern

	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Waren und Dienstleistungen			Importe		
	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1997	1998	1999
Deutschland	0,5	1,5	2,2	-0,7	-0,1	1,1	0,1	0,5	1,0	11,1	5,5	-1,1	8,1	5,0	0,9
Frankreich	0,9	3,5	2,9	1,2	1,2	0,9	0,0	4,2	3,5	12,5	5,1	1,1	7,7	7,5	3,5
Italien	2,4	1,3	1,9	-0,7	1,1	0,5	0,6	2,7	3,2	6,5	4,2	2,7	11,9	9,6	1,8
Spanien	3,1	3,5	3,6	1,4	1,1	1,9	5,1	8,5	6,0	14,8	9,3	5,7	12,2	11,0	8,6
Niederlande	3,0	3,8	3,2	1,5	2,3	1,7	6,8	1,7	1,5	6,7	7,6	4,2	7,1	8,5	4,5
Belgien	2,0	3,4	1,7	0,7	2,0	1,2	5,4	4,2	3,8	7,1	5,3	2,8	6,3	6,1	4,1
Österreich	0,8	1,8	2,1	0,8	1,5	1,5	3,6	5,1	3,5	6,9	7,2	3,2	6,4	6,9	3,1
Finnland	3,3	4,0	3,6	0,7	1,5	1,6	12,2	7,5	6,9	12,8	8,3	4,0	10,5	8,9	4,8
Portugal	3,0	3,6	3,3	2,5	2,0	2,4	11,3	8,3	5,8	8,4	8,0	6,0	10,5	9,0	6,1
Irland	6,3	6,7	6,1	4,8	3,0	3,0	11,5	9,9	8,9	16,9	15,0	8,8	15,4	15,0	9,6
Luxemburg	2,5	2,7	2,2	1,7	3,2	2,0	14,2	8,3	2,8	6,1	9,0	3,5	6,2	8,8	4,4
EWU-Länder ¹⁾	1,6	2,5	2,6	0,2	0,8	1,1	2,1	3,3	3,0	10,1	6,2	2,3	8,8	7,6	3,4
EWU-Länder ohne Deutschland ¹⁾	2,1	2,9	2,7	0,8	1,4	1,1	3,0	4,6	3,9	9,8	6,5	3,2	9,1	8,6	4,3
Großbritannien	4,2	2,7	1,1	0,0	2,2	1,6	6,1	6,0	1,3	8,4	3,5	2,0	9,5	6,7	3,6
Schweden	2,0	2,5	2,0	-2,1	2,0	1,0	-4,8	4,0	3,5	12,8	5,0	2,5	11,7	8,0	5,0
Dänemark	3,6	3,0	2,0	2,2	2,0	2,0	10,4	3,5	2,0	4,3	3,0	2,0	7,6	4,5	4,5
Griechenland	2,5	2,0	2,0	1,5	1,0	1,0	11,0	9,0	7,0	5,5	6,5	4,5	6,0	5,0	5,0
Europäische Union ¹⁾	2,1	2,5	2,3	0,2	1,1	1,2	2,8	3,7	2,7	9,8	5,7	2,0	9,0	7,3	3,5
Europäische Union ohne Deutschland ¹⁾	2,6	2,8	2,3	0,5	1,6	1,2	3,8	4,9	3,4	9,5	5,7	2,9	9,2	8,0	4,2
Schweiz	1,2	1,5	1,0	-0,1	0,0	1,0	1,5	2,5	3,0	9,0	5,0	3,5	7,2	3,5	4,0
Norwegen	3,4	3,5	2,0	3,0	2,0	1,0	12,6	4,0	-5,0	5,8	2,0	3,0	12,3	6,0	3,5
Westeuropa ¹⁾	2,1	2,5	2,2	0,2	1,1	1,2	3,0	3,7	2,5	9,7	5,6	2,1	9,0	7,2	3,5
USA	3,4	4,7	4,0	1,3	0,8	1,1	7,1	9,2	3,6	12,8	0,6	1,2	13,9	10,4	8,3
Kanada	4,1	3,5	3,6	-0,1	0,9	1,3	11,4	4,4	3,9	8,0	6,4	5,4	13,3	7,7	8,7
Japan	1,1	-1,8	-0,9	-0,1	0,4	0,5	-3,5	-8,5	-2,1	10,8	-1,1	2,2	-0,2	-8,8	-1,1
Außereuropäische Industrieländer ¹⁾	2,7	2,7	2,5	0,9	0,7	1,0	2,7	1,3	1,1	11,5	1,0	2,1	10,4	5,4	6,1
Insgesamt ¹⁾	2,5	2,6	2,4	0,6	0,9	1,1	2,8	2,2	1,6	10,4	3,8	2,1	9,6	6,4	4,5
Insgesamt ohne Deutschland ¹⁾	2,7	2,7	2,4	0,8	1,0	1,1	3,1	2,3	1,7	10,3	3,6	2,6	9,8	6,6	5,1

¹⁾ Gewichte 1997 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1997 (Jahresdurchschnitt). Export- und Importentwicklung: Gewichteter Durchschnitt der betreffenden Länder.

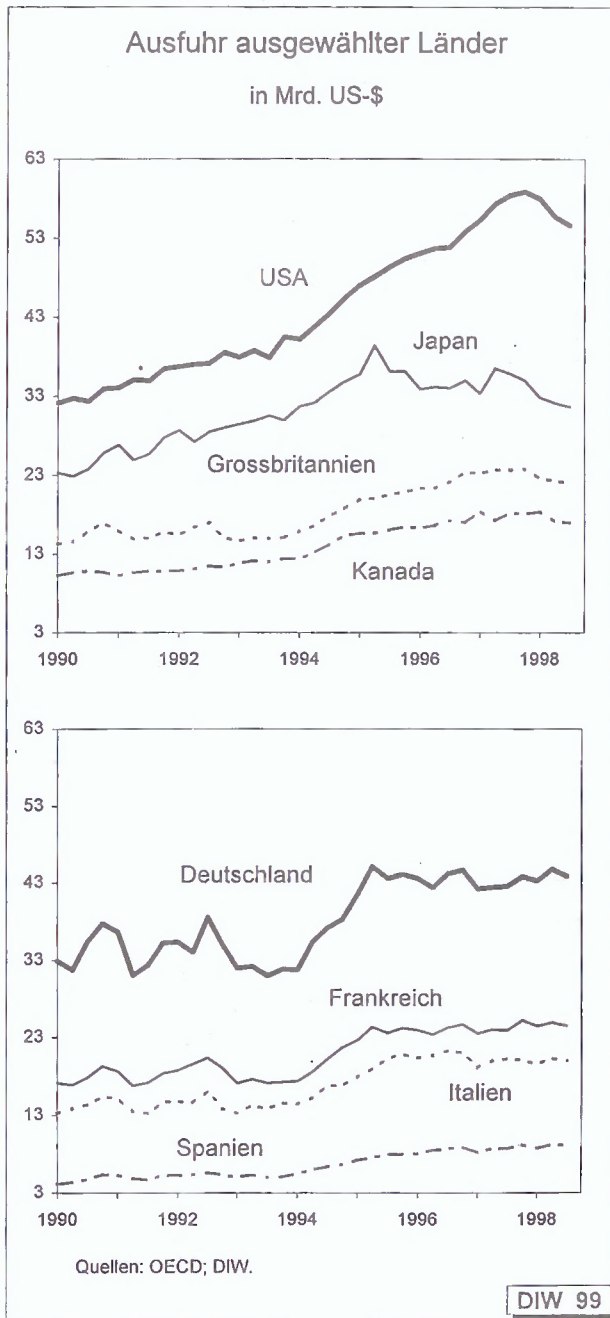
Quellen: OECD Economic Outlook; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW; 1999 Prognose des DIW. Die Berechnungen und die Prognose wurden auf Basis der vierteljährlichen VGR des DIW durchgeführt.

In den westlichen Industrieländern blieb die gesamtwirtschaftliche Produktion weiter aufwärts gerichtet, jedoch führte die Kumulation der Effekte aus den verschiedenen Krisenregionen im Verlauf des vergangenen Jahres zu einer deutlichen Verringerung des Wachstums. In den USA wird sich die gesamtwirtschaftliche Produktion weiter abschwächen, ohne daß es allerdings zu einer Rezession kommen dürfte. In den Ländern der EWU expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion in den beiden vorange-

gangenen Jahren wieder etwas kräftiger, doch muß 1999 mit einer neuerlichen Abschwächung gerechnet werden. Die weltweit verhaltene Nachfrage nach Industrierohstoffen wird auch weiter dämpfend auf die Preisentwicklung wirken.

Die wirtschaftlichen Turbulenzen in einigen Regionen der Welt erweisen sich als schwere Hypothek für den Welt-handel. Die betroffenen Länder versuchen, die Bewältigung der Krise im wesentlichen durch Aktivierung ihrer

Abbildung 1



Handelsbilanzen zu erreichen. Sollen dabei die Exporte kräftig ausgeweitet werden, erfordert dies, daß die Weltwirtschaft die höheren Ausfuhr auch zu absorbieren vermag. Das ist ohne größere Verwerfungen aber nur möglich, wenn die Binnennachfrage in den Industrieländern kräftig expandiert.

Deflation in Japan

Japan leidet an den Folgen einer zu weit reichenden Inflationsbekämpfung, die in eine Deflation mündete. Im vergangenen Jahr verzeichnete die Wirtschaft Japans mit

einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von fast 3 % den stärksten wirtschaftlichen Einbruch seiner Nachkriegsgeschichte. Nach Jahren der Stagnation hatte eine expansive Geld- und Finanzpolitik 1995/96 zu einem kurzen Aufschwung geführt. Die zu rasche finanzpolitische Kehrtwende bewirkte, daß Japans Wirtschaft in eine Rezession geriet. Mit der Krise in etlichen südostasiatischen Ländern verschlechterte sich die konjunkturelle Lage weiter. Sowohl der private Verbrauch, die privaten Anlageinvestitionen als auch die Exporte waren im vergangenen Jahr rückläufig. Dabei verbesserte sich die Außenhandelsbilanz sogar, denn die Importe gingen noch stärker zurück. Damit hat Japan zur Verschärfung der Krise im ostasiatischen Raum beigetragen.

Die Güterpreise und die Einkommen der Beschäftigten in Japan sanken ebenso wie die Vermögenswerte (Immobilien, Aktien). Damit zeigten sich auf allen Märkten deflationäre Entwicklungen. Der extrem niedrige Kapitalmarktzins von zeitweise unter 1 % ist Ausdruck davon, daß die Deflation bereits in die Erwartungen der Anleger auf dem Kapitalmarkt eingegangen ist. Diese Entwicklung geht einher mit steigender Arbeitslosigkeit; die Arbeitslosenquote hat das für Japan hohe Niveau von fast 4,5 % erreicht.

Die Finanzpolitik hat angesichts dieser dramatischen Entwicklung wieder auf Expansion umgeschaltet und ein Konjunkturprogramm mit einem Volumen von über 270 Mrd. DM angekündigt. Es setzt sich zusammen aus staatlichen Ausgabenprogrammen, Maßnahmen zur Stabilisierung des Bankensektors und der Kreditvergabe, Steuererleichterungen sowie der Ausgabe von Einkaufsgutscheinen an einen Teil der Bevölkerung. Allerdings dürfte der direkte Nachfrageimpuls dieses Programms deutlich geringer sein als das angekündigte nominale Volumen, weil teilweise auslaufende Steuererleichterungen nur fortgeführt werden und mit den Maßnahmen zur Restrukturierung des Bankensektors keine direkten Nachfrageeffekte verbunden sind.

Die Geldpolitik Japans ist mit ihrem Arsenal am Ende. Seit über drei Jahren beträgt der Diskontsatz 0,5 %. Stimulierende Effekte blieben aber weitgehend aus, weil jetzt vor allem die Geschäftsbanken, die weiterhin in Solvenzproblemen stecken, durch eine zu restriktive Kreditvergabe die Investitionstätigkeit und den privaten Verbrauch hemmen.

Selbst das beschlossene Maßnahmenpaket wird nicht verhindern, daß Japans Wirtschaft in diesem Jahr nochmals, wenn auch abgeschwächt, schrumpft. Zwar werden die öffentlichen Bauinvestitionen wieder deutlich zunehmen, und auch die Exporte dürften wieder wachsen. Doch wird der private Verbrauch bei einem weiteren Beschäftigungsrückgang und sinkenden Arbeitseinkommen nochmals leicht gedrückt. Die private Investitionstätigkeit wird auch angesichts unterausgelasteter Kapazitäten und einer ungünstigen Gewinnentwicklung weiter sinken. Die Arbeitsmarktsituation wird sich dabei noch weiter verschlechtern.

Tabelle 3

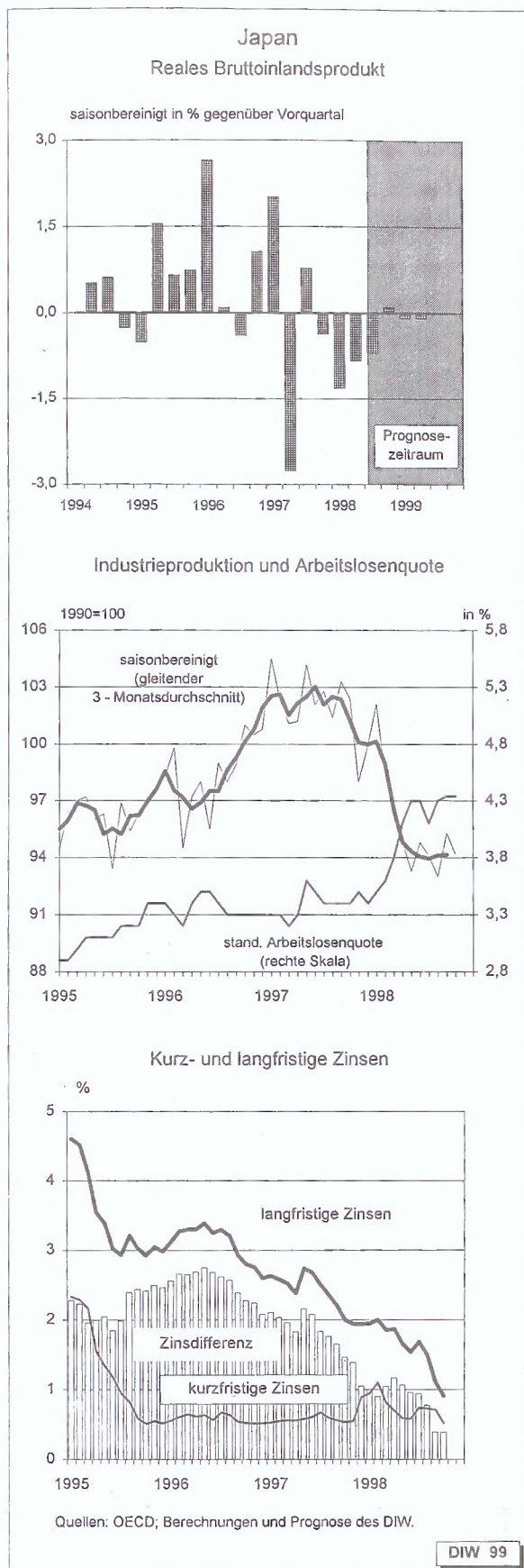
Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern

	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾					
	Unternehmertätig- keit und Vermögen			unselbständiger Arbeit											
	in Landeswährung												in SZR		
	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1997	1998	
Deutschland	9,8	8,4	3,0	0,2	1,7	2,3	7,5	5,6	1,6	-1,9	-1,0	0,9	-10,2	-2,2	
Frankreich	4,5	3,8	0,8	2,9	3,5	3,0	2,1	0,8	-1,2	0,5	0,5	0,9	-7,1	-0,3	
Italien	3,6	4,4	1,4	4,7	3,5	3,0	2,0	3,0	0,2	3,2	2,1	1,8	-1,4	0,5	
Spanien	4,3	6,1	3,7	5,5	5,2	4,4	0,8	2,2	0,5	1,9	1,4	1,2	-7,0	-0,3	
Niederlande	8,2	8,0	0,2	4,2	4,0	2,5	4,4	4,0	-2,1	0,6	0,1	0,2	-8,3	-1,3	
Belgien	7,4	4,4	0,6	3,0	3,0	2,5	4,2	1,6	-0,8	0,0	0,2	1,0	-8,7	-1,0	
Österreich	6,7	8,1	1,6	2,0	3,3	3,2	4,1	5,2	-0,1	-0,5	0,5	1,4	-8,9	-0,7	
Finnland	16,5	9,3	7,3	4,8	5,5	4,5	9,9	4,5	4,1	-1,1	0,8	1,4	-7,7	-1,8	
Portugal	8,6	10,1	8,0	5,0	5,0	4,5	4,8	5,9	5,0	1,3	0,9	1,6	-6,0	-1,5	
Irland	18,4	22,3	10,5	7,5	9,0	8,0	7,8	12,9	4,3	-2,1	0,6	1,9	-2,0	-5,2	
Luxemburg	7,8	15,6	-0,7	5,0	5,0	3,5	2,8	11,2	-2,4	0,1	1,0	1,8	-8,6	-0,2	
EWU-Länder ³⁾	6,5	6,3	2,2	2,3	2,8	2,6	4,6	3,8	0,3	0,1	0,3	1,0	-7,4	-1,2	
EWU-Länder ohne Deutschland ³⁾	5,2	5,4	1,8	3,4	3,4	2,8	3,3	3,0	-0,3	0,9	0,8	1,1	-6,2	-0,7	
Großbritannien	4,8	6,9	2,8	6,9	5,0	4,0	1,3	4,5	2,1	3,3	2,6	3,4	14,4	5,9	
Schweden	0,4	3,2	1,7	4,0	4,0	3,0	-1,4	0,4	0,0	2,2	1,2	1,3	-5,3	-0,1	
Dänemark	-2,4	2,8	3,3	6,5	4,5	4,0	-5,5	0,4	1,5	3,0	2,1	2,2	-4,6	1,0	
Griechenland	15,5	8,4	6,1	9,0	6,5	6,0	11,6	5,2	3,6	5,3	3,4	3,4	-2,1	-3,7	
Europäische Union ³⁾	6,3	6,3	2,4	3,3	3,3	2,9	3,7	3,7	0,6	0,7	0,7	1,4	-4,3	-0,1	
Europäische Union ohne Deutschland ³⁾	5,3	5,7	2,2	4,5	3,9	3,2	2,5	3,1	0,2	1,5	1,2	1,6	-2,4	0,5	
Schweiz	3,4	6,3	3,4	1,0	1,5	2,0	1,6	4,2	2,1	-0,7	-0,5	0,7	-10,8	-0,4	
Norwegen	8,0	4,6	3,0	5,0	4,5	4,0	4,4	2,1	1,4	1,5	2,0	2,4	-2,3	-2,1	
Westeuropa ³⁾	6,3	6,3	2,4	3,2	3,3	2,9	3,7	3,7	0,6	0,6	0,7	1,4	-4,5	-0,2	
USA	6,1	6,3	3,4	6,3	5,0	4,5	2,1	2,6	1,2	2,3	1,3	2,2	7,9	4,1	
Kanada	5,7	1,2	2,1	3,8	4,5	4,0	2,0	-1,5	0,5	0,1	1,7	2,3	4,0	-0,7	
Japan	-0,4	-9,3	-0,1	2,9	-0,5	-1,5	-1,2	-6,7	0,6	1,8	2,4	-0,9	-3,4	-5,4	
Außereuropäische Industrieländer ³⁾	4,2	1,5	2,3	5,1	3,2	2,5	1,0	-1,0	0,9	1,8	1,7	1,2	3,7	0,3	
Insgesamt ³⁾	5,1	3,6	2,4	4,4	3,2	2,7	2,7	1,9	0,7	1,1	1,1	1,3	-1,4	0,0	
Insgesamt ohne Deutschland ³⁾	4,6	3,1	2,3	4,9	3,4	2,7	1,9	1,3	0,6	1,6	1,4	1,4	0,0	0,4	

¹⁾ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts. — ³⁾ Gewichte 1997 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1997 (Jahresdurchschnitt). Für 1) und 2): Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung der SZR zugrunde liegen; der Anteil Luxemburgs ist bei Belgien enthalten.

Quellen: OECD Economic Outlook; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW; 1999 Prognose des DIW. Die Berechnungen und die Prognose wurden auf Basis der vierteljährlichen VGR des DIW durchgeführt.

Abbildung 2



Tiefe Rezession in den asiatischen Krisenländern

Nach dem zum Teil dramatischen Abwertungen ihrer Währungen gerieten einige ostasiatische Länder in eine schwere Rezession. Davon betroffen ist eine Region, die sich zuvor durch eine besondere Wachstumsdynamik auszeichnete. Der starke Rückgang des Außenwertes ihrer Währungen ist nicht zuletzt auch deshalb so gravierend, als sich die Unternehmen vielfach in ausländischer Währung verschuldet hatten. Infolge der Abwertung stiegen die Verbindlichkeiten dramatisch. Zwar hat sich durch die reale Abwertung die Wettbewerbsposition dieser Länder verbessert, und die zuvor teilweise hohen Handelsbilanzdefizite konnten spürbar verringert werden; jedoch ist die Aktivierung weniger auf vermehrte Exporte denn auf eine Verringerung der Importe zurückzuführen. Steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Einkommen der privaten Haushalte und rückläufige Investitionen schränken die Aufnahmefähigkeit dieser Volkswirtschaften ein, da ein Großteil des Warenverkehrs in der Region selbst stattfindet.

Verschärfend kommt hinzu, daß Japan als größte Volkswirtschaft dieser Region ebenfalls eine derartige Strategie verfolgt und statt als potentieller Abnehmer von Gütern und Dienstleistungen selbst als Konkurrent auf den asiatischen Märkten auftritt.

Die wirtschaftlichen Perspektiven für das laufende Jahr sind deshalb für die Region ungünstig. Wachstumsmotoren sind derzeit nur China, Taiwan und Australien. Für die asiatischen Schwellenländer ist für dieses Jahr allenfalls eine leichte Stabilisierung über höhere Weltmarktanteile zu erwarten. Im Jahresdurchschnitt wird sich allerdings immer noch ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion ergeben. Aufgrund der rückläufigen Nachfrage kann in einigen Ländern mit stagnierenden oder sogar sinkenden Preisen gerechnet werden.

Abschwächung in den USA

Die konjunkturelle Dynamik in den USA hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres leicht abgeschwächt. Dabei expandierte der private Verbrauch aufgrund der hervorragenden Beschäftigungslage und der kräftigen Lohnzuwächse noch merklich, und der Staat behielt den Kurs seiner vorsichtigen Ausgabenpolitik bei. Deutliche Abschwächungstendenzen zeigten sich — nach einem dynamischen Start in das Jahr 1998 — bei den Investitionen. Insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen nahmen zuletzt kaum noch zu. Zugleich erhöhte sich der außenwirtschaftliche Fehlbetrag auf gut 3 % des Bruttoinlandsprodukts. Dies ist vor allem Folge des Rückgangs der Exporte. Der Preisauftrieb ließ bei steigenden Importen weiter nach, die Inflationsrate liegt nunmehr unter 2 %. Obwohl die Arbeitsmarktlage mit einer Arbeitslosenquote um 4,5 % und einer Fortdauer der Beschäftigungsausweitung nahezu unverändert gut ist, ging von der hohen Lohnentwicklung bisher kein stabilitätsgefährdender Kostendruck aus.

Tabelle 4

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in den asiatischen Ländern

	Gewicht in %		Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
			Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr					
			1997	1998	1999	1997	1998	1999
Südkorea	20,3	30,3	5,5	−6,5	−2,0	4,4	7,0	1,0
Taiwan	11,4	17,0	6,9	4,5	2,0	0,9	1,5	0,5
Indonesien	9,6	14,3	4,7	−15,0	−6,5	11,6	65,0	45,0
Thailand	7,7	11,5	−0,4	−7,0	−1,5	5,6	9,0	3,0
Hongkong	6,4	9,6	5,3	−5,5	−3,0	5,7	3,0	−1,0
Malaysia	4,1	6,1	7,8	−6,0	−2,5	2,7	5,0	4,0
Singapur	3,9	5,8	7,8	1,0	−1,5	2,0	−0,5	−2,0
Philippinen	3,5	5,2	5,1	−0,5	−1,0	5,1	7,0	8,0
Zusammen ¹⁾	66,9	100,0	5,2	−5,0	−2,0	4,9	13,7	7,6
China	33,1	—	7,5	7,0	5,0	2,8	0,5	1,0
Insgesamt ¹⁾	100,0	—	5,9	−1,0	0,3	4,2	9,3	5,4
1) Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1997. Quellen: IWF; OECD; 1998 Schätzung, 1999 Prognose des DIW.								

Der Haushalt der amerikanischen Bundesregierung hat im letzten Fiskaljahr einen Überschuß ausgewiesen. Dies ist im wesentlichen einer im Konjunkturaufschwung zurückhaltenden Ausgabenpolitik zuzuschreiben. Die Geldpolitik hatte bis zum Sommer vergangenen Jahres eine abwartende Position eingenommen. Der Rückgang der Kapitalmarktzinsen, der sich aus der Erwartung sinkender Inflationsraten und aus dem Zufluß von Kapital aus den asiatischen Krisenländern ergab, wurde für den Geldmarkt nicht nachvollzogen. Dies lief im Kern auf eine Strafung des monetären Kurses hinaus; sie wurde mit der guten Absatz- und Beschäftigungslage begründet, die leicht zu einer Beschleunigung des Preisauftriebs hätte führen können. Nachdem aber die gravierenden Konsequenzen der Währungskrisen erkannt worden waren, lockerte die Zentralbank die monetären Zügel und senkte im Herbst mehrfach die Zinsen. Damit wird nun versucht, die Dynamik der Binnennachfrage zu erhalten, um die drohenden außenwirtschaftlichen Rückschläge zu kompensieren.

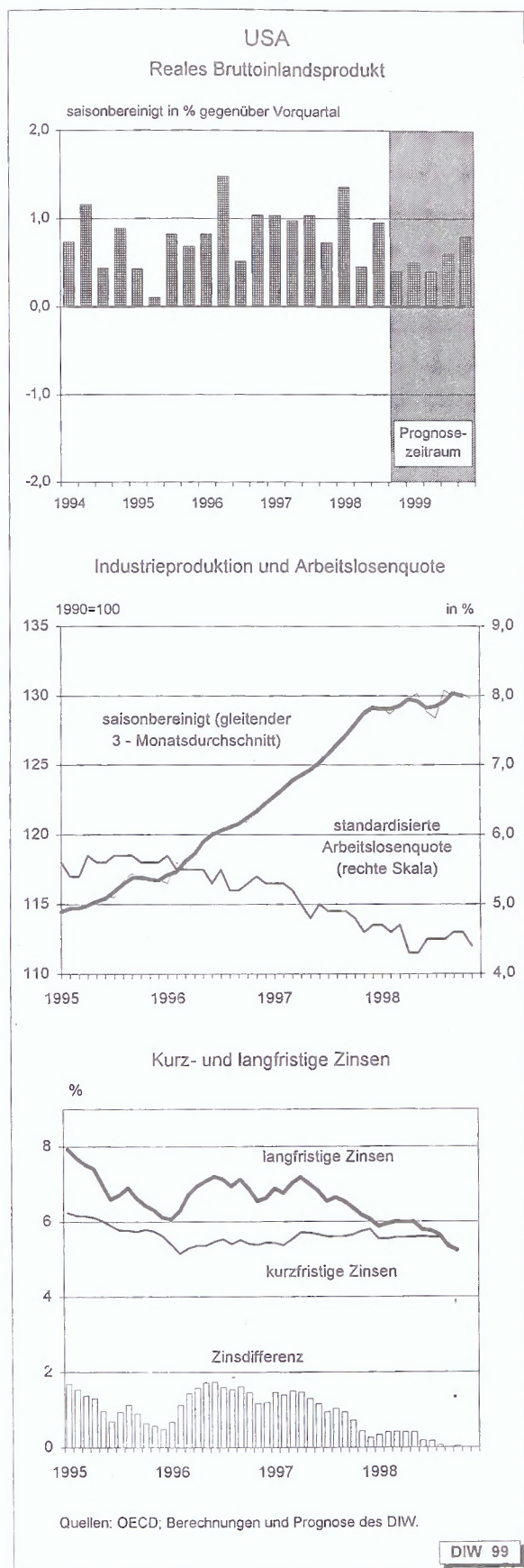
Diese Schritte waren nicht zuletzt deshalb bemerkenswert, weil die konjunkturelle Lage in den USA eigentlich günstig war und eine gewisse Abkühlung wohl nicht unwillkommen gewesen wäre. Doch wurde die Verunsicherung der Investoren durch die Währungs- und Finanzturbulenzen als so schwerwiegend angesehen, daß ein positives Signal erforderlich schien, um ein Abgleiten in eine Rezession zu verhindern.

In diesem Jahr wird sich die konjunkturelle Abschwächung, die bereits 1998 eingesetzt hat, fortsetzen. Der private Verbrauch und die durch die niedrigeren Zinsen stimulierte Bautätigkeit werden aber kräftig expandieren, so daß auch 1999 in den USA noch ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (gut 2 %) erreicht wird. Der Preisauftrieb dürfte sich angesichts höherer Lohnzuwächse und starker Kostensteigerungen im Gesundheitssystem im späteren Verlauf des Jahres etwas beschleunigen. Die Arbeitslosigkeit bleibt niedrig. Angesichts der Zinssenkungen und der beträchtlichen außenwirtschaftlichen Fehlbeträge dürfte der Dollar etwas an Wert verlieren.

Gespaltene Entwicklung in Osteuropa

Mit der schweren Währungs- und Finanzkrise sind die Reformdefizite in Rußland deutlich zutage getreten. Die weitgehende Anbindung des Rubels an den Dollar konnte nur für eine gewisse Zeit aufrechterhalten werden, allerdings um den Preis hoher Zinsen und damit zu Lasten des Wachstums. Nach dem Ausbruch der Finanz- und Währungskrise hat sich der gesamtwirtschaftliche Einbruch beschleunigt. Eine Wende ist auch für 1999 nicht zu erwarten. Diese Entwicklung hat weitreichende Konsequenzen für andere GUS-Republiken wie die Ukraine und Weißrußland. In der Ukraine wird die gesamtwirtschaftliche Aktivität weiter sinken; für Weißrußland ist zu erwarten, daß nach

Abbildung 3



den Jahren, in denen auf der Grundlage massiver Staats-eingriffe positive Wachstumsraten ausgewiesen werden konnten, bestenfalls eine Stagnation eintritt.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den mittel- und ost-europäischen Staaten blieb dagegen 1998 weitgehend von der Finanzkrise in der Russischen Föderation unbeein-druckt. Polen, Ungarn, Slowenien, aber auch die Slowakei und Bulgarien konnten ein kräftiges Wachstum erzielen; dies ging mit einem Anstieg des privaten Verbrauchs, einer hohen Investitionsdynamik und steigender Beschäftigung einher. Der Zuwachs beim Export wurde zumeist durch noch schneller steigende Importe überkompensiert, so daß die Leistungsbilanzdefizite dort stiegen. Vor dem Hinter-grund der Asien-, Rußland- und Lateinamerikakrisen ist diese Entwicklung nicht unproblematisch. Dies gilt um so mehr, als die hohen Leistungsbilanzdefizite in Mittel- und Osteuropa teilweise auf die seit langem anhaltende reale Aufwertung der Währungen zurückzuführen sind. Zuletzt konnte die Slowakei an ihrer Politik des gebundenen Wech-selkurses nicht länger festhalten. Dramatische Währungs-krisen ließen sich jedoch anders als in den Vorjahren ver-meiden, vor allem deshalb, weil die Mehrzahl dieser Län-der die Lehren aus den Währungskrisen in Ostasien beherzigten und ihre Wechselkurspolitik flexibler gestalte-ten.

Die Entwicklung in den Staaten Mittel- und Osteuropas ist ein Beispiel dafür, daß die stabilisierungspolitischen Erfolge, die kurzfristig durch einen „nominalen Anker“ erzielt werden können, nur durch eine mit dem Stabilitäts-ziel konsistente makropolitische Konstellation in eine nach-haltig positive Entwicklung überführt werden können. Des-halb ist auch die Situation in Bulgarien problematisch, wo nach Beratung mit dem IWF ein an die D-Mark gebundenes *currency-board* implementiert wurde. Zwar konnten durch diesen Schritt kurzfristig massive Stabilisierungserfolge verbucht werden. Da die bulgarische Inflationsrate jedoch weiterhin deutlich über der in Deutschland liegt, entsteht hier durch die anhaltende reale Aufwertung für die Zukunft ein nicht zu unterschätzendes Spannungspotential.

Die tschechische Wirtschaft schrumpfte im Jahre 1998; dies geht vor allem auf Versäumnisse in der Vergangenheit zurück. Die inkonsistenten institutionellen Reformen hat-ten unklare Kontrollstrukturen und hohe Kosten entstehen lassen. Der notwendige Anpassungsprozeß auch bei der Finanzmarktliberalisierung scheint nun in Gang gekom-men zu sein. Ein Problem bleibt die anhaltende reale Auf-wertung der Währung. Schwieriger noch ist die gesamt-wirtschaftliche Situation in Rumänien, wo Verzögerungen bei der Durchsetzung von Strukturreformen insbesondere im Finanzsektor und bei der Privatisierung den gesamten Aufholprozeß deutlich bremsen.

Insgesamt wird sich die wirtschaftliche Dynamik in Mittel- und Osteuropa 1999 leicht abschwächen. Dies gilt beson-ders dann, wenn von der gesamtwirtschaftlichen Entwick-lung in Westeuropa weniger starke Impulse ausgehen. Der

Tabelle 5
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit in Mittel- und Osteuropa

	Ge- wicht in %	Bruttoinlandsprodukt					Verbraucherpreise ¹⁾					Arbeitslosenquote				
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %										in % ²⁾				
		1995	1996	1997	1998	1999	1995	1996	1997	1998	1999	1995	1996	1997	1998	1999
Polen	22,1	7,0	6,0	6,9	5,5	4,5	27,8	19,9	14,9	12	10	14,9	13,2	10,5	9,5	9
Tschechien	7,6	4,8	4,1	1,0	−2	0	9,1	8,8	8,5	11	10	2,9	3,5	5,2	7	8
Ungarn	6,7	1,5	1,3	3,5	4,5	4	28,2	23,7	18,3	13	11	10,9	10,7	10,4	9,5	9
Rumänien	4,7	7,1	4,1	−6,6	−6	−4	32,3	38,8	155,0	45	40	8,9	6,3	8,8	10	11
Slowakei	3,1	6,8	6,9	6,5	5	3,5	9,9	5,8	6,1	8	9	13,1	12,8	12,5	14	13
Slowenien	2,9	4,1	3,1	3,8	4	3	13,4	9,9	8,4	9	8	13,9	13,9	14,4	14	14
Bulgarien	1,4	2,6	−10,9	−6,9	5	2	62,1	123,0	1 082	18	10	11,1	12,5	13,7	13	13
Mitteuropa ³⁾	48,5	5,6	4,3	3,6	2,9	2,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rußland	43,5	−4,2	−4,9	0,4	−5	−5	197,6	47,7	14,7	30	70	8,8	9,3	9,0	15	15
Ukraine	7,0	−12,2	−10,0	−3,2	−2	−2	182,0	80,6	10,1	20	20	0,4	1,6	2,9	5	5
Belarus	1,0	−10,0	3,0	10,0	5	0	709,0	53,0	64,0	70	150	2,7	3,9	2,8	5	5
Insgesamt ³⁾	100	−0,1	−0,7	1,8	−0,8	−1,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nachrichtlich: Exportgewicht ⁴⁾	—	2,8	1,9	2,8	1,2	0,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

1) Jahresdurchschnitt. — 2) Stand am Jahresende. — 3) Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu jahresdurchschnittlichen Wechselkursen von 1998. — 4) Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 1997.
Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; 1998 Schätzung, 1999 Prognose des DIW.

Druck, institutionell-rechtliche Reformen insbesondere im Bereich der Finanzmärkte voranzubringen, wird sich in den einzelnen Volkswirtschaften erhöhen.

**Insgesamt Abschwächung
in den westeuropäischen Nicht-EWU-Ländern**

In Großbritannien haben sich die Anzeichen für einen Abschwung verstärkt. Die sehr restriktive Geldpolitik hat nicht nur die Inlandsnachfrage — vor allem den privaten Verbrauch und die Ausrüstungsinvestitionen — gebremst; indem sie den Pfundkurs hochhielt, hat sie vielmehr auch wesentlich dazu beigetragen, daß die Ausfuhr nur noch stark abgeschwächt expandierte. Zwar schwenkte die Fiskalpolitik auf einen expansiveren Kurs um, die Geldpolitik ist aber viel zu zögerlich. Sie hält noch immer an einer stark negativen Zinsstruktur fest, auch wenn sich weitere Senkungen der Leitzinsen abzeichnen. Das Wirtschaftswachstum in Großbritannien dürfte 1999 nahezu stagnieren. Die Phase sinkender Arbeitslosigkeit ist damit erst einmal beendet.

Etwas besser ist die Lage derzeit noch in den kleineren westeuropäischen Nicht-EWU-Ländern. Hier ist die Geldpolitik bei sehr verhaltener Preisentwicklung leicht expansiv, auch wenn die kurzfristigen Zinssätze höher als in der

EWU sind. Die skandinavischen Länder leiden zwar auch unter einer außenwirtschaftlich bedingten Dämpfung ihrer Konjunktur; sie weisen jedoch immer noch ein höheres Wachstumstempo als Großbritannien auf. Insgesamt wird sich aber auch in den Nicht-EWU-Ländern das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr deutlich verringern.

Schwächere Expansion in den EWU-Ländern

Die konjunkturelle Verlangsamung in der Europäischen Währungsunion¹ hat sich in den letzten Monaten verstärkt. Zwar gibt es regional deutliche Unterschiede. So weisen Irland, Finnland und die iberische Halbinsel noch ein hohes Wachstumstempo auf, während in Italien die konjunkturelle Erholung vorzeitig abgeklungen ist. Auch in Frankreich und Deutschland hat sich das Entwicklungstempo merklich abgeschwächt. Seit mehreren Monaten sind die wirtschaftlichen Erwartungen im EWU-Raum rückläufig, die Industrieproduktion stagniert mehr oder weniger, und die Kapazitätsauslastung erhöht sich nicht mehr. Konnte der Rückgang der Ausfuhrerweiterung im letzten

¹ Die Berechnungen und Prognosen basieren auf der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die EWU (vgl. Tabelle 6 und Box 1).

Tabelle 6

EWU-Länder
Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts

	1997	1998	1999	1998		1999	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
In jeweiligen Preisen a) Mrd. EUR							
Privater Verbrauch	3 298,8	3 406,0	3 548,6	1 685,1	1 720,9	1 756,8	1 791,8
Staatsverbrauch	1 000,6	1 018,0	1 045,7	505,4	512,6	519,7	526,0
Anlageinvestitionen	1 044,5	1 074,5	1 116,5	532,9	541,5	552,2	564,3
Ausrüstungen	452,7	484,6	508,2	238,8	245,7	251,1	257,2
Bauten	591,8	589,9	608,3	294,1	295,8	301,1	307,2
Vorratsveränderung	32,5	78,2	72,1	38,4	39,8	37,4	34,6
Inlandsnachfrage	5 376,4	5 576,7	5 782,9	2 761,9	2 814,8	2 866,1	2 916,8
Außenbeitrag	170,0	178,6	161,1	89,4	89,2	83,3	77,7
Ausfuhr	1 775,0	1 883,6	1 932,2	936,8	946,7	957,0	975,2
Einfuhr	1 605,1	1 705,0	1 771,1	847,4	857,6	873,7	897,4
Bruttoinlandsprodukt	5 546,4	5 755,2	5 943,9	2 851,3	2 904,0	2 949,4	2 994,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	1,6	3,2	4,2	2,9	3,6	4,3	4,1
Staatsverbrauch	0,0	1,7	2,7	1,0	2,5	2,8	2,6
Anlageinvestitionen	1,0	2,9	3,9	2,9	2,8	3,6	4,2
Ausrüstungen	3,3	7,0	4,9	7,4	6,7	5,1	4,7
Bauten	-0,7	-0,3	3,1	-0,4	-0,2	2,4	3,8
Inlandsnachfrage	1,8	3,7	3,7	3,5	4,0	3,8	3,6
Ausfuhr	9,7	6,1	2,6	9,5	3,0	2,2	3,0
Einfuhr	9,1	6,2	3,9	9,2	3,4	3,1	4,6
Bruttoinlandsprodukt	2,1	3,8	3,3	3,7	3,8	3,4	3,1

In Preisen und Wechselkursen von 1990

a) Mrd. EUR

Privater Verbrauch	2 736,9	2 804,7	2 878,1	1 393,3	1 411,4	1 429,7	1 448,4
Staatsverbrauch	826,0	832,8	841,7	415,5	417,3	420,3	421,4
Anlageinvestitionen	931,5	962,6	991,9	478,3	484,3	491,8	500,1
Ausrüstungen	430,3	462,4	482,8	228,1	234,3	238,9	243,9
Bauten	501,3	500,2	509,1	250,2	250,0	252,9	256,2
Vorratsveränderung	31,9	69,0	65,8	33,5	35,5	34,0	31,8
Inlandsnachfrage	4 526,3	4 669,1	4 777,6	2 320,6	2 348,5	2 375,9	2 401,6
Außenbeitrag	147,2	136,0	121,2	68,3	67,7	62,5	58,7
Ausfuhr	1 663,4	1 767,2	1 807,8	879,2	888,0	897,0	910,8
Einfuhr	1 516,2	1 631,2	1 686,6	810,9	820,4	834,5	852,1
Bruttoinlandsprodukt	4 673,5	4 805,1	4 898,7	2 388,9	2 416,2	2 438,4	2 460,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	1,6	2,5	2,6	2,4	2,5	2,6	2,6
Staatsverbrauch	0,2	0,8	1,1	0,6	1,1	1,2	1,0
Anlageinvestitionen	2,1	3,3	3,0	3,7	3,0	2,8	3,3
Ausrüstungen	4,3	7,5	4,4	7,9	7,0	4,8	4,1
Bauten	0,2	-0,2	1,8	0,1	-0,5	1,1	2,5
Inlandsnachfrage	2,0	3,2	2,3	3,3	3,0	2,4	2,3
Ausfuhr	10,1	6,2	2,3	9,5	3,2	2,0	2,6
Einfuhr	8,8	7,6	3,4	10,4	4,9	2,9	3,9
Bruttoinlandsprodukt	2,5	2,8	1,9	3,1	2,5	2,1	1,8

Preisniveau (1990 = 100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	0,1	0,8	1,5	0,5	1,1	1,6	1,5
Staatsverbrauch	-0,2	0,9	1,6	0,4	1,4	1,6	1,6
Anlageinvestitionen	-1,0	-0,4	0,8	-0,7	-0,2	0,8	0,9
Ausrüstungen	-1,0	-0,4	0,4	-0,5	-0,3	0,3	0,6
Bauten	-0,8	-0,1	1,3	-0,5	0,3	1,3	1,3
Ausfuhr	-0,3	-0,1	0,3	0,0	-0,2	0,1	0,4
Einfuhr	0,2	-1,3	0,5	-1,1	-1,4	0,2	0,7
Bruttoinlandsprodukt	-0,4	0,9	1,3	0,6	1,3	1,3	1,3

Quellen: OECD; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW; 1999 Prognose des DIW. Die Berechnungen und die Prognose wurden auf Basis der vierteljährlichen VGR des DIW durchgeführt.

Analyse und Prognose auf der Basis einer vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Europäische Währungsunion

Mit dem Beschluß von 11 Ländern der EU, von 1999 an eine Währungsunion zu bilden, sind die Anforderungen an Aktualität und Umfang der Konjunkturstatistik für diese Länder gestiegen. Für den Konjunkturanalytiker ist eine vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die EWU das wichtigste Instrument zur Beurteilung der Wirtschaftstätigkeit.

Schon seit Jahren stellt die OECD die nationalen Statistiken in ihren Veröffentlichungen zur Verfügung. Eurostat hat sich bemüht, die Daten der VGR stärker zu vereinheitlichen, und dabei einen Schwerpunkt auf die Quartalsrechnung gelegt.

Um die Prognosegüte zu verbessern und die Datenbasis für ökonomische Mehrländermodelle zu schaffen, hat sich das DIW verstärkt um eine vierteljährliche VGR für die EWU bemüht. Dabei konnte — mangels geeigneter Daten — für die 11 Länder zunächst nur eine abgestimmte reale Entstehungs- und Verwendungsrechnung (letztere auch zu jeweiligen Preisen) erstellt werden.

Bei Sichtung der Daten stellte sich heraus, daß für die meisten Länder die erforderlichen Informationen zur Verfügung stehen und nur für wenige Länder Ergänzungen notwendig sind. Für drei Länder ist bisher noch keine Quartalsrechnung vorhanden. In diesen Fällen wurden die von der OECD veröffentlichten Jahresdaten mit Hilfe

von statistischen Indikatoren vierteljährlich aufgeteilt. Das Ergebnis ist dann keine VGR im strengen Sinne, sondern entspricht eher einer „empirisch gestützten Modellrechnung“.

Als Problem hat sich herausgestellt, daß die von Eurostat zur Verfügung gestellten Zeitreihen saisonbereinigt sind, aber die Saisonbereinigung nach unterschiedlichen Verfahren erfolgt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die verschiedenen Methoden teilweise sehr unterschiedliche Ergebnisse gerade am aktuellen Rand liefern (vgl. hierzu Box 2). Zudem sind die meisten Verfahren multiplikativ und deshalb für Prognosezwecke nicht geeignet, da die Einzelkomponenten im Gegensatz zu additiven Verfahren nicht aufsummiert werden können. In Zukunft werden für die EWU und die EU auch die vierteljährlichen Ursprungsdaten zur Verfügung stehen, so daß der Benutzer selbst das Saisonbereinigungsverfahren wählen kann.

Die vom DIW für die einzelnen Länder erstellte vierteljährliche VGR beginnt mit dem ersten Quartal 1990. Die vorliegende Prognose stützt sich bereits auf die vom DIW ermittelten ex-post Werte der EWU-VGR. Bei der vierteljährlichen Prognose der einzelnen Aggregate für die verschiedenen Länder wurden alle zur Verfügung stehenden zukunftsweisenden Indikatoren einbezogen.

Jahr noch durch die lebhaftere Binnennachfrage kompensiert werden, so scheint die weitere Dämpfung der Exportentwicklung nunmehr auch die Ausrüstungsinvestitionen und damit die Binnennachfrage spürbar zu beeinträchtigen. Daher dürfte sich die Arbeitsmarktlage nicht weiter verbessern; die Zahl der Arbeitslosen wird sich im Verlauf dieses Jahres saisonbereinigt wieder erhöhen. Eine Beeinträchtigung der Preisstabilität ist nicht zu erwarten.

Die Erholung der Binnennachfrage hatte im vergangenen Jahr bei merklich abnehmender Exportdynamik zur Verstärkung des Wirtschaftswachstums beigetragen. Obwohl die nominalen Lohnsteigerungen moderat blieben, nahm die reale Massenkaukraft bei weiter rückläufigen Preissteigerungsraten und leicht zunehmender Beschäftigung etwas stärker zu, so daß der private Verbrauch im Durchschnitt der EWU-Länder um etwa einen Prozentpunkt höher ausfiel als 1997.

Infolge der Krisen in Asien, Rußland und Teilen Südamerikas kam es zu einer deutlichen Abschwächung der

Exportentwicklung. Da die Exporte des Euro-Raumes in die Krisenregionen nur etwa 2 % des Bruttoinlandsprodukts ausmachen, sind die direkten Auswirkungen auf die Ausfuhr begrenzt. Schwerer wiegen die indirekten Effekte. Neben der Nachfrage aus Asien, Lateinamerika und Rußland verringerte sich auch die Nachfrage aus den anderen Industrieländern, weil diese aufgrund ihrer verminderten Exportchancen langsamer wachsen und infolgedessen mit geringeren Importen auskommen. Auf den Exportmärkten der EWU-Länder kommt es darüber hinaus zu einer verstärkten Konkurrenz insbesondere mit den asiatischen Volkswirtschaften, die aufgrund starker Abwertungen an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen haben. Die Exportzuwächse der EWU bleiben daher in diesem Jahr deutlich unter den Steigerungen von 1998. Durch den verschärften Wettbewerb ist mit stagnierenden Exportpreisen zu rechnen. Aufgrund der relativ guten Entwicklung des privaten Verbrauchs ist die Abschwächung bei den Importen jedoch nicht so ausgeprägt wie bei den Exporten. Die Importpreisentwicklung bleibt weiterhin gedämpft.

Saisonbereinigung und Konjunkturprognosen

Konjunkturprognosen basieren auf der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Für Prognosezwecke werden die ex-post-Reihen um Saison- und Kalenderschwankungen bereinigt und anhand von zukunftsweisenden Indikatoren fortgeschrieben. In Deutschland werden für die Saisonbereinigung vor allem zwei Verfahren genutzt, und zwar das Censusverfahren, das von der Deutschen Bundesbank eingesetzt wird, und das Berliner Verfahren, das vom Statistischen Bundesamt, aber auch vom DIW, bevorzugt wird.

In welchem Maße die Prognoseergebnisse von der Wahl des Saisonbereinigungsverfahrens abhängen können, soll hier an einem aktuellen Beispiel gezeigt werden.

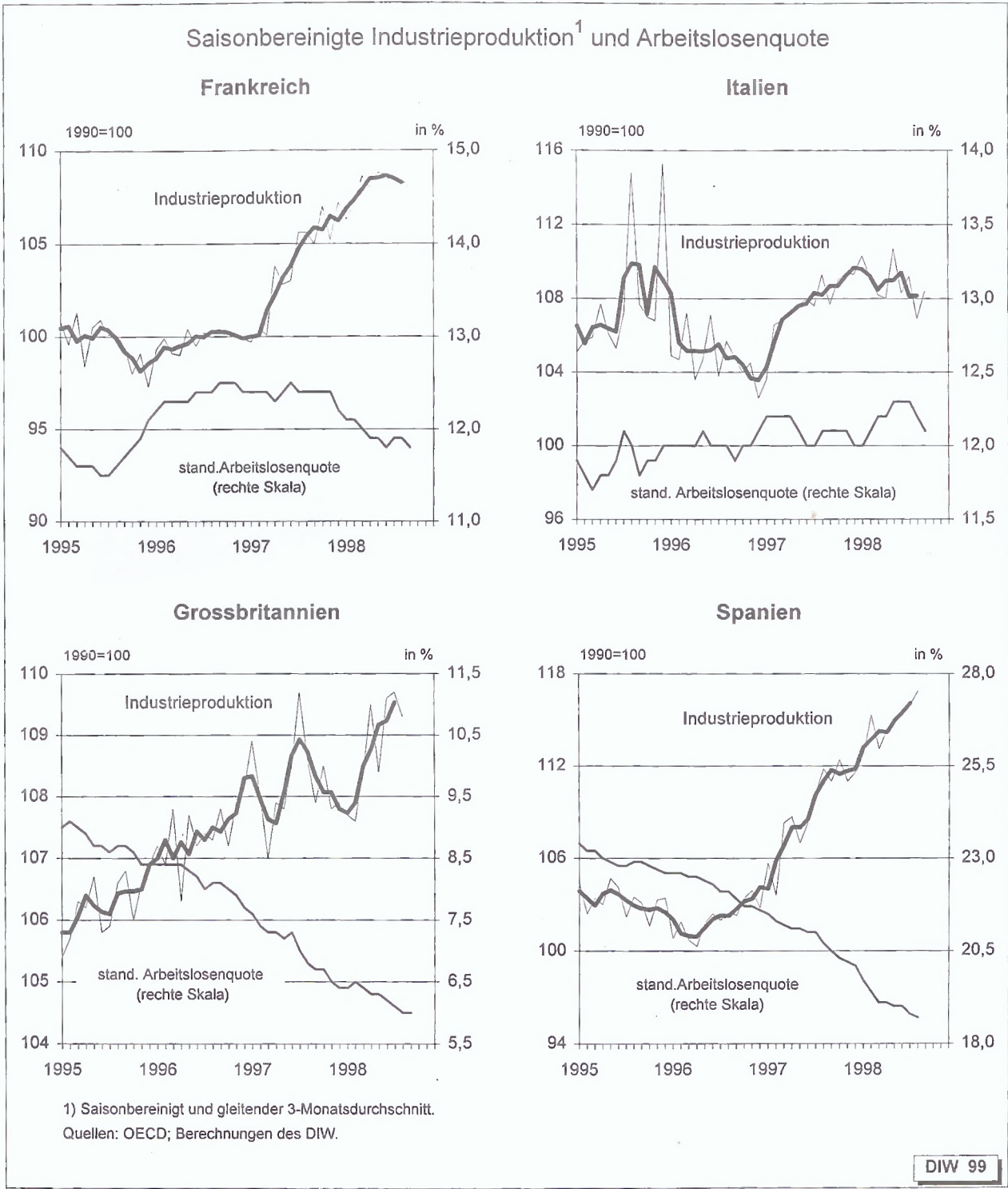
Für die Warenausfuhr (Spezialhandel) und die Auftragseingänge beim verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland liegen zur Zeit Ursprungswerte des Statistischen

Bundesamtes bis einschließlich Oktober 1998 vor. Unterstellt man, daß die Werte für November und Dezember auf dem saisonbereinigten Niveau vom Oktober verharren haben, so errechnet sich zwar mit beiden Verfahren für die Warenexporte (Spezialhandelsstatistik) ein Zuwachs von 6,1 % für das gesamte Jahr 1998. Das Ergebnis für 1999 ist beim Censusverfahren aber — bei sonst gleichen Annahmen über die Entwicklung im Verlauf des Jahres — aufgrund des größeren negativen Überhangs auf das Jahr gerechnet um 0,8 % niedriger. In der hier vorgelegten Prognose, die mit dem Berliner Verfahren durchgeführt worden ist, wurde unterstellt, daß 1999 der Rückgang bei den Warenexporten in der ersten Jahreshälfte durch eine Zunahme im späteren Verlauf des Jahres etwa ausgeglichen wird; so entspricht der für 1999 in die Prognose eingegangene Rückgang der Warenexporte um 1,8 % etwa dem statistischen Überhang.

1998	Ausfuhr, Spezialhandel		Auftragseingang aus dem Ausland	
	Census	BV 4	Census	BV 4
	Werte in Mrd. DM		Volumen 1995 = 100	
Januar	79,3	78,8	123,8	122,2
Februar	78,7	79,0	122,9	124,1
März	78,1	77,6	123,8	124,4
April	82,6	83,3	125,8	123,6
Mai	78,5	78,4	124,3	124,5
Juni	79,7	79,5	124,5	124,1
Juli	80,8	79,4	123,7	122,2
August	78,6	77,9	122,0	119,2
September	77,5	75,5	123,7	120,2
Oktober	76,9	77,2	118,8	118,1
I. Quartal	236,1	235,4	123,5	123,6
II. Quartal	240,8	241,2	124,9	124,1
III. Quartal	236,9	232,8	123,1	120,5
IV. Quartal (geschätzt)	230,6	231,7	118,8	118,1
Jahr (geschätzt)	944,4	941,1	122,6	121,6
	in % gegenüber Vorwert			
I. Quartal	2,3	1,2	0,4	-0,4
II. Quartal	2,0	2,5	1,1	0,4
III. Quartal	-1,6	-3,5	-1,4	-2,8
IV. Quartal (geschätzt)	-2,7	-0,5	-3,6	-2,0
Statistischer Überhang	-2,3	-1,5	-3,1	-2,8
Jahr (geschätzt)	6,1	6,1	2,2	2,1

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Deutschen Bundesbank und des DIW.

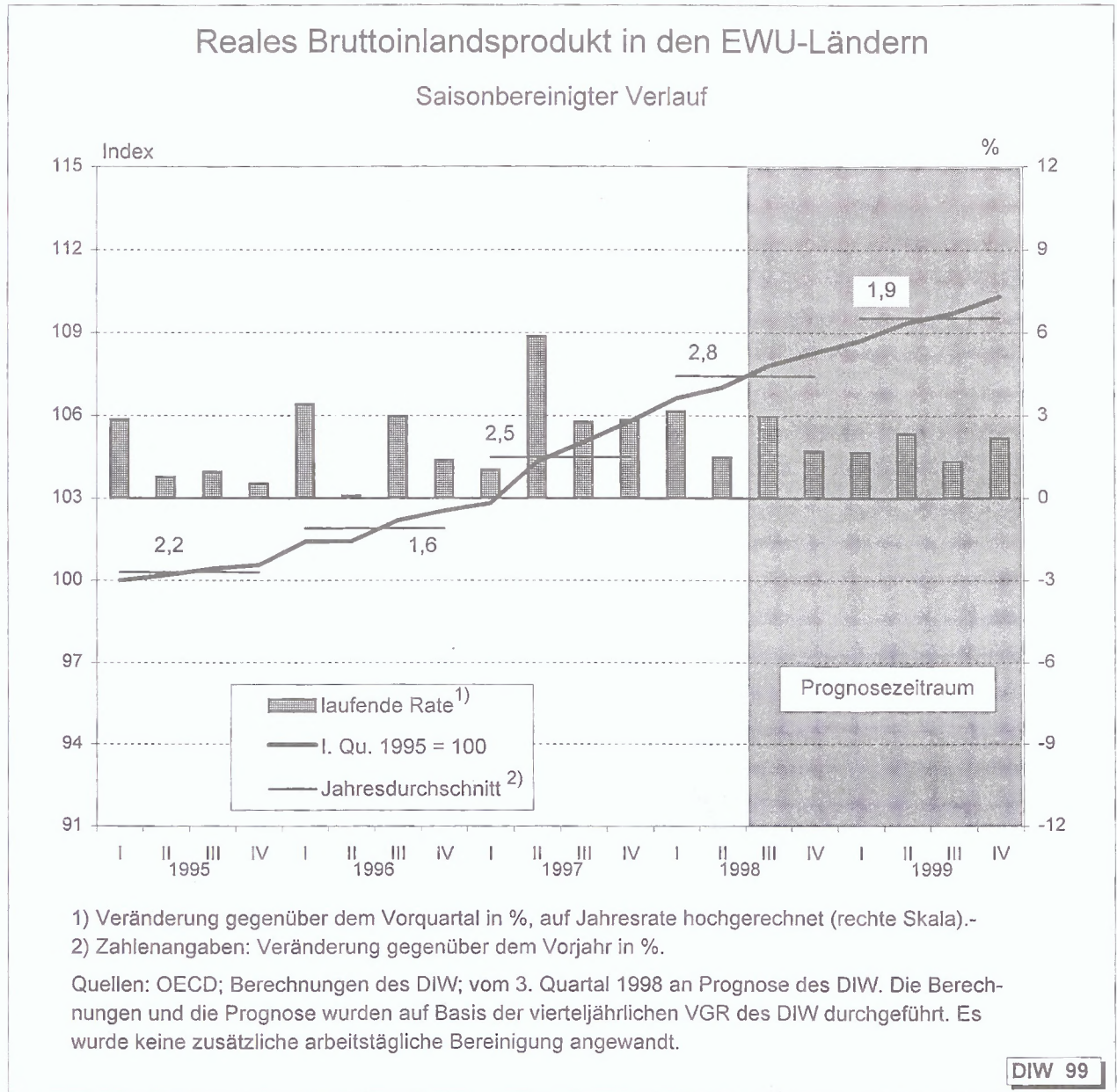
Abbildung 4



Nachdem das Ausfuhrtempo bereits im zweiten Halbjahr 1998 nachgelassen hat, reagieren nun die Ausrüstungs-investitionen. Die günstigere Entwicklung beim privaten

Verbrauch verhindert jedoch einen ähnlich starken Rückgang der Wachstumsraten wie bei den Exporten. Obwohl das niedrige Zinsniveau und die verbesserte Einkommens-

Abbildung 5



situation der privaten Haushalte in einigen Ländern günstige Voraussetzungen schaffen, bleiben die Bauinvestitionen schwach.

Insgesamt wuchs die Wirtschaft 1998 im EWU-Raum um mehr als 2½ %. Die Beschäftigung stieg, und die Arbeitslosigkeit ging zurück. Mit etwa 11½ % lag die Arbeitslosenquote um rund einen halben Prozentpunkt unter der im Vorjahr.

Die nominalen Lohnsteigerungen haben sich im vergangenen Jahr etwas beschleunigt. Dabei haben sich die Abweichungen in der Entwicklung der Lohnstückkosten — gemessen am Durchschnitt der EWU-Länder — gegenüber 1997 merklich verringert. Eine solche Annäherung in

der Lohnstückkostenentwicklung ist für die Währungsunion von erheblicher Bedeutung, verhindert sie doch divergierende Entwicklungen in der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den EWU-Ländern. In den letzten Jahren scherte vor allem Deutschland — mit rückläufigen Lohnstückkosten — aus dem Annäherungsprozeß aus. Nunmehr droht die Entwicklung allerdings wieder stärker zu divergieren. Vor allem in Italien — hier auch aufgrund des sehr schwachen Wirtschaftswachstums — und in Irland wird der Zuwachs der Lohnstückkosten 1999 deutlich über dem EWU-Durchschnitt liegen.

Der Preisauftrieb ging noch einmal etwas zurück. In einigen Regionen und Bereichen, so etwa teilweise im Baube-

reich, war die Preisentwicklung sogar rückläufig. Mit der sich abschwächenden Konjunktur und der absehbaren Verschlechterung der Arbeitsmarktentwicklung besteht die Gefahr, daß sich diese Tendenzen verstärken. Der Rückgang der Importpreise aufgrund zurückgehender Rohstoff- und insbesondere Rohölnotierungen dürfte allerdings im Verlauf des Jahres zum Stillstand kommen.

Durch eine restriktive Finanzpolitik konnten die meisten Länder in den vergangenen Jahren spürbare Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung verbuchen. Die Defizitquoten lagen 1998 überall deutlich unter 3 %, Luxemburg und Irland erzielten sogar einen Budgetüberschuß. Derzeit gehen von der Finanzpolitik in der EWU jedoch keine restriktiven Effekte mehr aus.

Die etwas besseren geld- und finanzpolitischen Vorgaben für dieses Jahr reichen allerdings — nicht zuletzt

wegen der verspäteten Reaktion der Geldpolitik auf die weltwirtschaftlichen Turbulenzen — nicht aus, eine Wachstumsrate wie im Vorjahr zu erzielen. Infolge der insgesamt ungünstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der damit verbundenen schwächeren Nachfrage aus dem nichteuropäischen Raum wird sich das Wirtschaftswachstum in der EWU in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr um etwa einen Prozentpunkt auf unter 2 % abschwächen. Dabei wird die Konjunktur vor allem noch von der privaten Verbrauchsnachfrage gestützt. Erst im Verlauf des Jahres, wenn auch die positiven Effekte der weltweiten Zinssenkungen stärker zum Tragen kommen, ist mit einem allmählichen Auslaufen der negativen direkten und indirekten Effekte der Finanz- und Währungskrisen zu rechnen. Die Arbeitsmarktlage dürfte sich im Durchschnitt des Jahres 1999 kaum verbessern. Das Preisniveau bleibt stabil.

Bundesrepublik Deutschland: Konjunktureller Rückschlag

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland war über einen Zeitraum von gut zwei Jahren durch eine rasche Expansion der Exporte geprägt. Eine herausragende Rolle spielte dabei, daß der reale Außenwert der D-Mark bis zum Frühjahr vorigen Jahres ständig sank, und zwar um etwa 11 % seit Mitte 1995. Zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit haben dank Lohnzurückhaltung insbesondere die niedrigen Lohnstückkosten beigetragen: Seit dem letzten Höhepunkt zur Jahreswende 1995/96 sind diese bis heute um 3½ % gesunken. Als Folge der Krisen in Asien, Rußland und Lateinamerika, die auch wieder zu einem leichten Anstieg des realen Außenwertes der D-Mark geführt haben, hatten die Warenexporte schon in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres deutliche Abschwächungstendenzen gezeigt; nach der Jahresmitte waren sie — früher als in den meisten Vorhersagen vermutet — kräftig gesunken.

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat die inländische Nachfrage im Verlauf des Jahres 1998 die Verluste beim Export zu einem großen Teil wettgemacht. Allerdings wurde nach diesen Angaben das Wachstum im Jahr 1998 zu etwa zwei Dritteln vom Lageraufbau getragen (vgl. hierzu Box 3). Nach ersten Berechnungen des DIW ist die inländische Güterverwendung um 2,5 % und das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,7 % gestiegen. Mit 1,9 % lag das BIP-Wachstum in Ostdeutschland erneut deutlich unter dem in Westdeutschland (2,8 %). Ostdeutschland ist also weiter zurückgefallen.

Im Jahresdurchschnitt 1998 gesehen war das gesamtwirtschaftliche Ergebnis durchaus zufriedenstellend. Doch in der Verlaufsbetrachtung wird deutlich, daß es in der zweiten Jahreshälfte als Folge der außenwirtschaftlichen Entwicklung zu einem konjunkturellen Rückschlag gekommen ist. Die jüngsten Indikatoren signalisieren zudem, daß vorläufig nicht mit einer Erholung bei den Exporten gerechnet werden kann. Diese Entwicklung wird auch nicht durch einen entsprechenden Anstieg der Inlandsnachfrage kompensiert. Nach dem ifo-Konjunkturtest haben sich die Geschäftserwartungen bis zuletzt spürbar verschlechtert (Abbildung 7). Nachdem die Auftragseingänge aus dem Ausland beim verarbeitenden Gewerbe bereits seit dem Sommer 1998 rückläufig gewesen waren, sind die aus dem Inland — insbesondere beim Investitionsgüter produzierenden Gewerbe — in den letzten beiden Monaten ebenfalls gesunken (Abbildungen 8 und 9). Auch auf dem Arbeitsmarkt sind erste Bremsspuren auszumachen; die Arbeitslosenzahl ist am Jahresende 1998 auch witterungsbereinigt nicht mehr zurückgegangen.

Im Gegenteil: Aufgrund der weltweiten Konjunkturabschwächung muß zunächst mit weiteren Exportrückgän-

gen gerechnet werden. In diesem Jahr erweist es sich nun als Nachteil, daß die konjunkturelle Erholung der letzten Jahre fast ausschließlich vom Export getragen war und der Entwicklung der Binnennachfrage zu wenig Beachtung geschenkt worden ist. Zwar wird es 1999 zu einem deutlich rascheren Anstieg der verfügbaren Realeinkommen und auch des privaten Verbrauchs — 2½ % gegenüber 1½ % im Jahre 1998 — kommen, dieser Anstieg wird aber zu gering sein, um die Ausfälle im Auslandsgeschäft auch nur annähernd auszugleichen: Das reale Bruttoinlandsprodukt wird 1999 mit 1,4 % nur noch etwa halb so rasch wie 1998 expandieren. Dabei dürfte in Ostdeutschland das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion mit 0,8 % abermals schwächer ausfallen als in Westdeutschland (1,5 %). Eine Fortsetzung des Aufholprozesses ist noch nicht in Sicht.

Angesichts der schwachen Nachfrageentwicklung und der bereits sinkenden Kapazitätsauslastung in der Industrie werden 1999 die Investitionsplanungen der Unternehmer nach unten revidiert. Von der Industrie — sie war in den vergangenen beiden Jahren die tragende Kraft der Aufwärtsentwicklung in Deutschland — werden in diesem Jahr keine stimulierenden Impulse ausgehen; dabei wird der Investitionsgüterbereich wegen der starken Exportorientierung am härtesten betroffen sein.

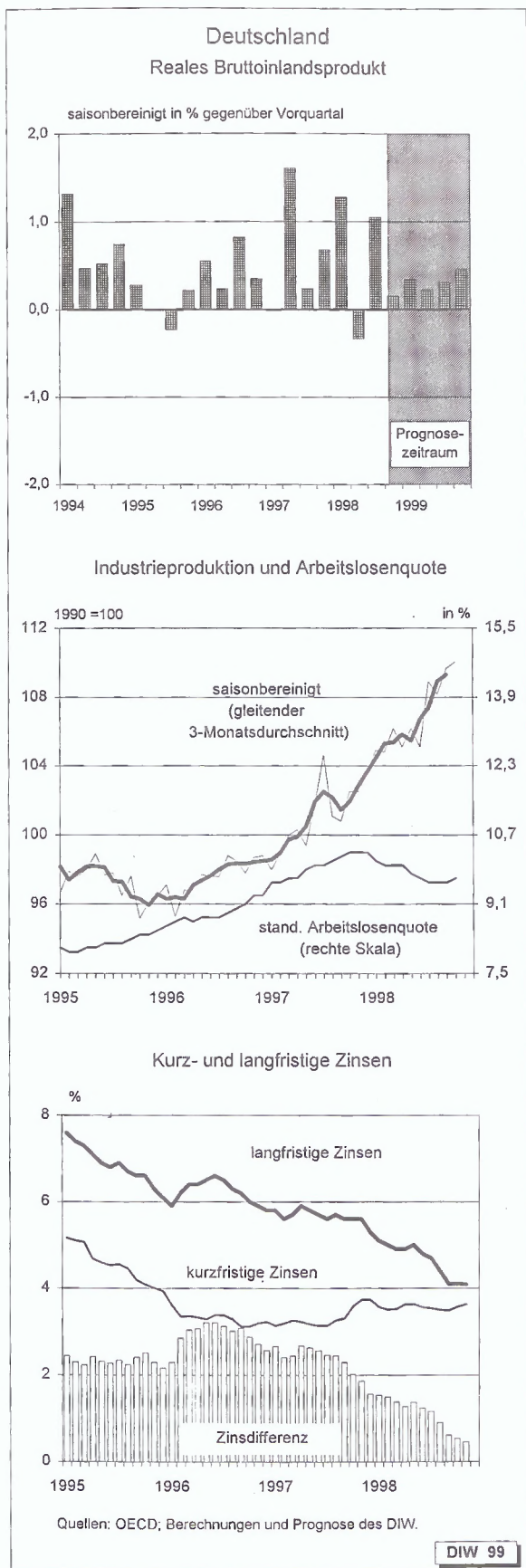
Der Preisauftrieb wird sich auch in diesem Jahr in engen Grenzen halten. Zwar werden die Einfuhrpreise im späteren Verlauf des Jahres vermutlich nicht weiter sinken; die Lohnstückkosten werden erstmals seit 1995 wieder steigen, aber ihr Anstieg wird mit knapp 1 % moderat bleiben.

Die Gewinnsituation der Unternehmen wird sich in diesem Jahre wiederum verbessern, wenn auch nicht mehr so stark wie in den vergangenen Jahren. Die Arbeitseinkommensquote — sie hatte bereits 1998 den niedrigsten Stand der Nachkriegsgeschichte erreicht — wird dabei aber noch weiter sinken. Jedoch werden 1999 — im Gegensatz zu den Arbeitseinkommen — die Unternehmereinkommen steuerlich etwas stärker belastet, so daß die Mittel zur Eigenfinanzierung in den Unternehmen etwas geringer als 1998 ausfallen werden.

Privater Verbrauch stützt Konjunktur

Der private Verbrauch war 1998 um 1½ % und damit stärker als im Jahr zuvor gestiegen. Gestützt wurde dies durch die Entwicklung der Arbeitseinkommen: Nach einem Rückgang um 1½ % im Jahre 1997 waren die Nettolöhne 1998 in gleicher Höhe wieder gestiegen. Den Ausschlag gab dabei, daß das eingesetzte Arbeitsvolumen 1998 nur noch um 0,3 % (1997: -2,2 %) sank. Hinzu kam, daß die Tarifverdienste mit 1,7 % wieder etwas stärker als im Vor-

Abbildung 6



jahr (1,3 %) angehoben wurden und daß es mit Beginn des Jahres fiskalische Entlastungen gegeben hatte. Insgesamt expandierten die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 1998 um 2½ %; dabei war das Wachstum der Transfereinkommen mit 1½ % unterdurchschnittlich, das der entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen mit 4 % erneut überdurchschnittlich. Gestärkt wurde die private Kaufkraft zudem durch die Preisentwicklung: 1998 halbierte sich die Teuerungsrate gegenüber dem Vorjahr. Während dabei die Preise für im Inland erzeugte Güter und Dienste wie 1997 um 1½ % stiegen, sanken die für importierte Güter um 3 % (1997: +3 %).

Von der Einkommensentwicklung her ist 1999 eine weitere leichte Belebung des privaten Verbrauchs angelegt. Zwar wird sich die Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt dämpfend auswirken, aber wenn es zu den erwarteten höheren Tarifabschlüssen kommt, wird dieser Effekt dadurch mehr als wettgemacht. Aufgrund der fiskalischen Entlastungen wird die Lohn- und Gehaltssumme netto mit 2,8 % stärker steigen als brutto (2,3%). Die Erhöhung des Kindergeldes und des Grundfreibetrages am 1.1.1999 sowie die Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung am 1.4.1999 werden 1999 das verfügbare Einkommen um etwa 10 Mrd. DM steigern. Da diese Maßnahmen vor allem Haushalte mit hoher Konsumquote betreffen, wird von daher ein überdurchschnittlich positiver Effekt auf die Entwicklung des privaten Verbrauchs ausgehen. Mit 2½ % werden die Transfereinkommen ebenfalls rascher als 1998 steigen, da die Leistungen ausgeweitet und die gesetzlichen Altersrenten wieder mit einem höheren Anpassungssatz steigen werden. Bei den entnommenen Gewinnen und Vermögenseinkommen wird der Zuwachs mit gut 4 % etwa unverändert bleiben. Alles in allem werden 1999 die Verbrauchsausgaben mit 3½ % etwa im Tempo der verfügbaren Einkommen steigen. Die Teuerungsrate wird 1999 mit 1,2 % nur wenig höher sein als 1998 (0,9 %); der Jahresdurchschnitt verdeckt aber, daß es im Verlauf des Jahres wieder zu einem etwas stärkeren Preisanstieg kommen dürfte. So werden die Preise für Importe nicht weiter sinken, sondern im Jahresverlauf eher wieder leicht steigen. Hinzu kommt, daß auch die Erhöhung der Mineralölsteuer und die neue Stromsteuer von den Unternehmern weitgehend an die Verbraucher weitergegeben werden. Per saldo stehen den privaten Haushalten insgesamt am Ende nicht mehr Mittel zur Verfügung als ohne die Reformen. Die positive Wirkung auf den realen Verbrauch resultiert folglich allein aus der Umverteilung zugunsten der Bezieher niedriger Einkommen mit geringer Sparquote.

Ausrüstungsinvestitionen verlieren an Schwung — der Attentismus nimmt zu

Im Jahre 1998 sind die realen Ausrüstungsinvestitionen mit einer Rate von 8 % zwar kräftig gestiegen, allerdings blieb ihre Dynamik weit hinter der anderen Konjunktur-

Anmerkungen zur Lagerveränderung in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Die Berechnung von Lagerveränderungen geht im allgemeinen von Bestandsangaben der Unternehmen über Vorräte zum Beginn und Ende einer Periode aus. Die Vorräte umfassen alle in den Unternehmen lagernden Vorprodukte, halbfertige und fertige Enderzeugnisse, Handelswaren, Vieh- und Pflanzenbestände, soweit sie zum Eigenverbrauch oder zum Verkauf bestimmt sind. Jeder Unternehmer ist bestrebt, seine Vorräte so knapp wie möglich zu halten, da Lagerhaltung teuer ist. Ausnahmen werden nur dann gemacht, wenn Preissteigerungen (z. B. bei Rohstoffen) erwartet werden, die über die Lagerkosten hinausgehen. Die elektronische Datenverarbeitung hat die technischen Möglichkeiten für eine knappe Lagerhaltung (just in time) in den letzten Jahren ständig verbessert.

Seit 1980 sank in der VGR-Abgrenzung die reale Lagerquote (Lagerbestand im Verhältnis zur Güterverwendung insgesamt ohne Lagerveränderung) von Jahr zu Jahr nahezu kontinuierlich von annähernd 80 % auf knapp 63 % am Ende des Jahres 1996. Seitdem ist sie jedoch — folgt man den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes — kräftig gestiegen und lag im dritten Vierteljahr 1998 mit fast 71 % bereits auf einem Niveau, wie es zuletzt im Jahr 1987 zu verzeichnen gewesen war. Damit ist der reale Lagerbestand in nicht ganz zwei Jahren um 17 % gestiegen, die Güterverwendung aber nur um 3½ %. Eine ökonomische Begründung für dieses Phänomen läßt sich schwer finden. Scheingewinne, die aus der preisbedingten Veränderung der Buchwerte resultieren, könnten zwar eine Rolle gespielt haben, jedoch keinesfalls in diesem Umfang. Von der Preisentwicklung ging in diesem Zeitraum kein „lagererhöhender“ Anreiz aus, da die Preiserwartungen in letzter Zeit eher abwärts gerichtet waren. Zudem wird ungeplanter Lageraufbau im nachhinein rasch zurückgeführt, indem die Produktion an die geringere Nachfrage angepaßt wird. Es spricht somit vieles dafür, daß die Lagerentwicklung in der VGR seit Anfang 1997 zu hoch ausgewiesen wird. Unterstellt man, daß in den letzten zwei Jahren Lagerbestand und Güterverwendung im gleichen Tempo gestiegen sind, wäre die Lagerveränderung 1997 um 25 Mrd. DM und 1998 um 85 Mrd. DM niedriger gewesen als vom Amt ausgewiesen.

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gehört das Aggregat „Vorratsveränderung“ zu den Größen, für die kurzfristig so gut wie keine statistischen Informationen zur Verfügung stehen. Das Bruttoinlandsprodukt wird deshalb ausschließlich über die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum BIP berechnet und die Lagerveränderung als Differenz zu den übrigen Aggregaten auf der Verwendungsseite ermittelt.

Eine Fehlerquelle bei den Berechnungen könnte in der Einschätzung des „Outsourcing“ — insbesondere von Dienstleistungen — liegen, das in den letzten Jahren immer größere Bedeutung gewonnen hat. Für die Berechnung des Beitrags der Dienstleistungsbereiche liegen dem Statistischen Bundesamt kurzfristig — die letzten Unternehmensergebnisse beziehen sich auf 1996 — ebenfalls so gut wie keine Informationen vor, und es ist deshalb zunächst auf Setzungen und Extrapolationen angewiesen. Es besteht Anlaß zu der Vermutung, daß das Statistische Bundesamt das Tempo der Entwicklung der Wertschöpfung bei den Dienstleistungsbereichen vielleicht richtig eingeschätzt hat, aber nicht ausreichende Kürzungen bei den „auslagernden“ Bereichen vorgenommen hat. Damit wäre aber das BIP zu hoch ausgewiesen. Weitere Fehlerquellen könnten bei der Berechnung der Aggregate der Verwendungsseite liegen. So ist seit 1993 in der Außenhandelsstatistik der EU-Intrahandel wesentlich schlechter erfaßt.¹ Es besteht der Verdacht, daß deshalb diese Statistik dem Phänomen des „Outsourcing“ nicht ausreichend Rechnung tragen kann. Sind aber beispielsweise die deutschen Exporte in diesem Bereich unterschätzt und die Importe überschätzt worden, so wäre der Außenbeitrag zu niedrig ausgewiesen und die Lagerveränderung — als Restposten — zu hoch.

Eine bessere statistische Erfassung des Dienstleistungssektors wäre auch vor diesem Hintergrund dringend erforderlich.

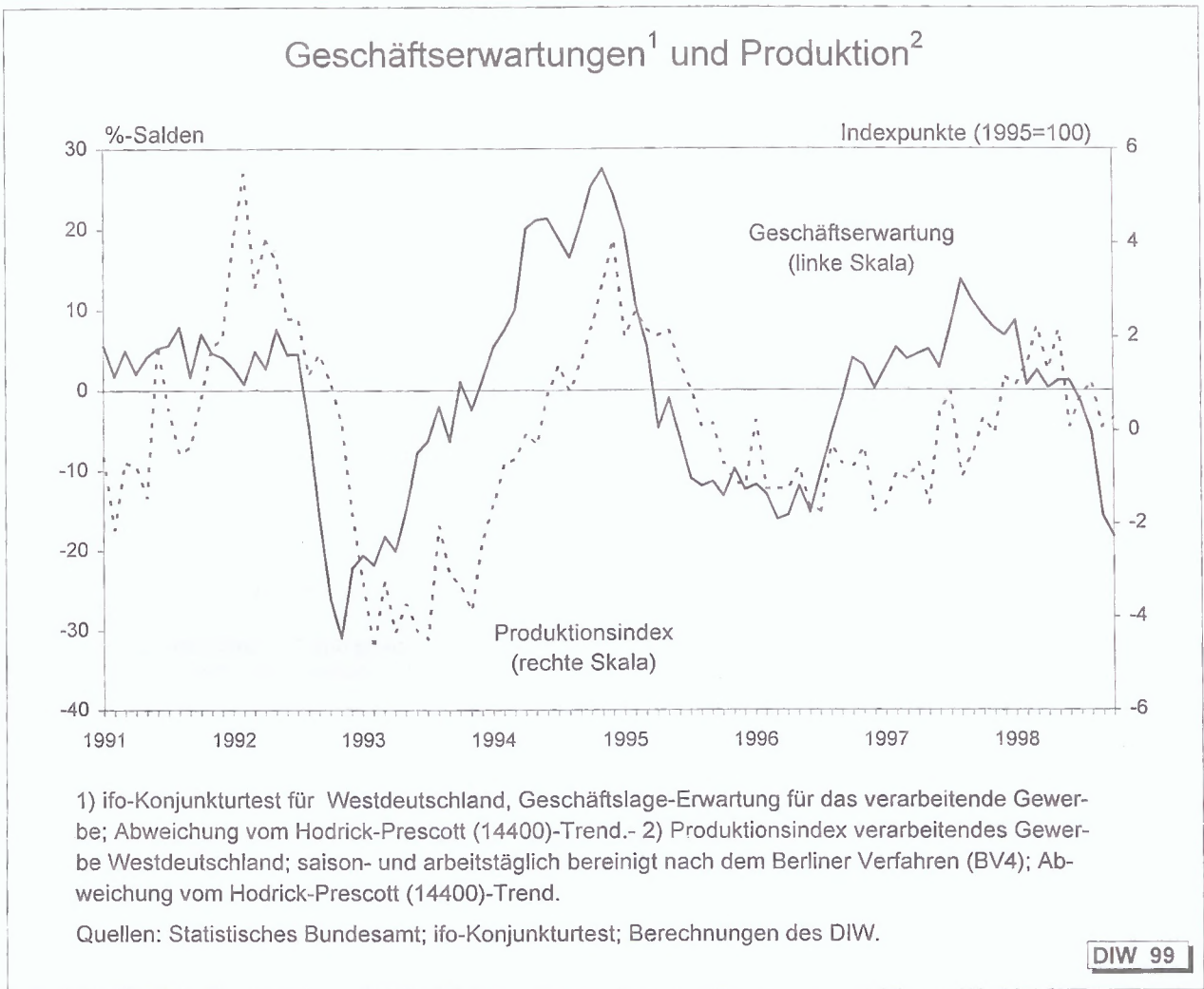
¹ Vgl. Statistisches Bundesamt: Studie über Möglichkeiten zur Ableitung des Statistischen Wertes. In: Wirtschaft und Statistik Nr. 10/1998, S. 820 ff.

zyklen zurück (Abbildung 10). Die jüngste Entwicklung der Auftragseingänge wie auch die ifo-Indikatoren zu den Geschäfts- und Exporterwartungen weisen darauf hin, daß die Unsicherheit der Unternehmen über die weitere wirtschaftliche Entwicklung deutlich zugenommen hat (Abbildung 11). Erhöhte Unsicherheit veranlaßt Investoren zu einer abwartenden Haltung; Investitionen werden verschoben.²

Auch das Sinken der Exportnachfrage dürfte die Investitionstätigkeit nachhaltig dämpfen. Da die Kapazitätsauslastung in einigen Industriebereichen bereits

² Vgl. Mailand, Wilhelm (1998): Der Einfluß von Unsicherheit auf die Ausrüstungsinvestitionen, in: Wirtschaftsdienst Nr. V/1997, S. 296-300.

Abbildung 7



zurückgeht, ist angesichts der erwarteten konjunkturellen Entwicklung zunächst nur noch mit einem geringen Anstieg der Investitionen zu rechnen. Die Leitzinssenkung vom Dezember 1998 dürfte in diesem Jahr nur geringfügige Auswirkungen haben. 1999 werden die Ausrüstungsinvestitionen vermutlich nur noch um 2½ % steigen.

Bau: Erste Stabilisierungstendenzen

1998 setzten sich die rezessiven Tendenzen in der Bauwirtschaft fort. Erste Anzeichen einer konjunkturellen Wende sind beim Wohnungsbau — besonders im Ein- und Zweifamilienhausbereich — zu erkennen. Niedrige Zinsen, weitgehend stabile Baupreise und eine stärkere Erhöhung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte lassen hier für 1999 positive Wachstumsraten erwarten. Dem steht gegenüber, daß wegen der Einschränkung der Abschreibungsmöglichkeiten ein Ende der Talfahrt

beim Geschoßwohnungsbau nicht in Sicht ist. Ob die neuen Fördermöglichkeiten — wie die Investitionszulage für Ostdeutschland — angesichts hoher Leerstände große Wirkungen erzielen können, bleibt fraglich.

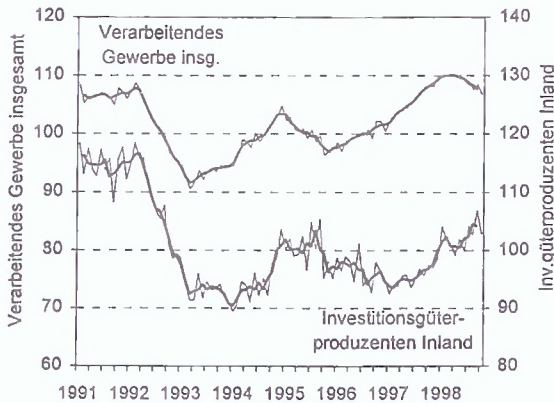
Eine leichte Besserung deutet sich beim gewerblichen Bau in den alten Bundesländern ab. Sie wird allerdings wegen der schwachen Investitionsneigung äußerst moderat bleiben. In den neuen Bundesländern ist angesichts des hohen Leerstandes bei gewerblichen Bauten nicht mit einer Abkehr vom rezessiven Trend zu rechnen.

Der öffentliche Bau wird 1999 nach mehreren Jahren einer kräftigen Talfahrt insgesamt nicht mehr sinken; in der zweiten Jahreshälfte wird es zu einem leichten Anstieg kommen.

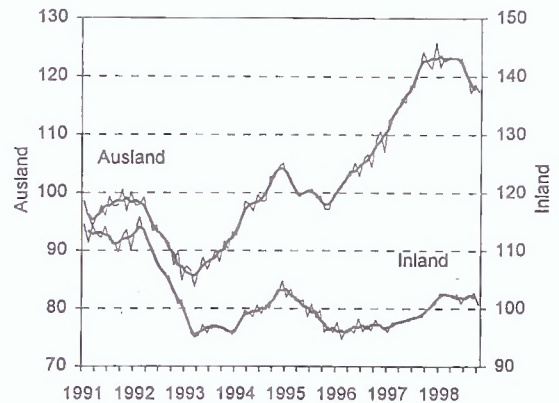
Alles in allem werden die Bauinvestitionen 1999 nicht weiter zurückgehen (Tabelle 7). Dabei werden sie in Westdeutschland das Niveau von 1998 geringfügig übertreffen, während sie in Ostdeutschland nochmals — um 2 % — gekürzt werden.

Zur konjunkturellen Entwicklung in Westdeutschland

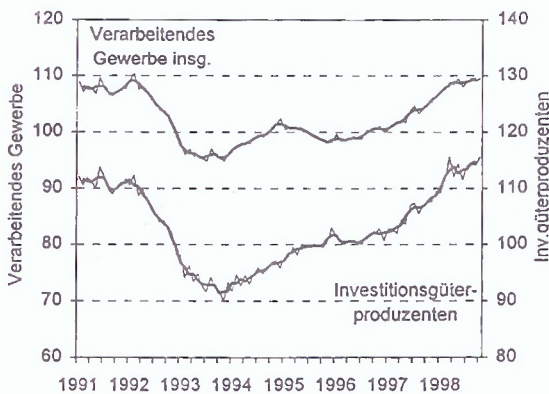
Auftragseingang¹
im verarbeitenden Gewerbe insgesamt und bei
Investitionsgüterproduzenten aus dem Inland
1995 = 100



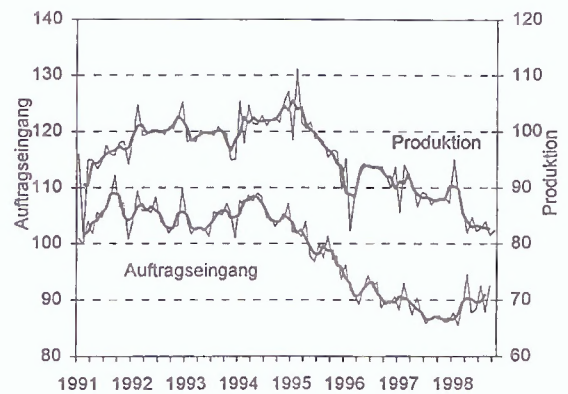
Auftragseingang
im verarbeitenden Gewerbe¹
aus dem Inland und Ausland
1995 = 100



Produktionsindex¹ für das verarbeitende Gewerbe
und die Investitionsgüterproduzenten
1995 = 100



Auftragseingang und Produktionsindex
für das Bauhauptgewerbe¹
1995 = 100



1) Volumenindex; saison- und arbeitstägig bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4) und gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

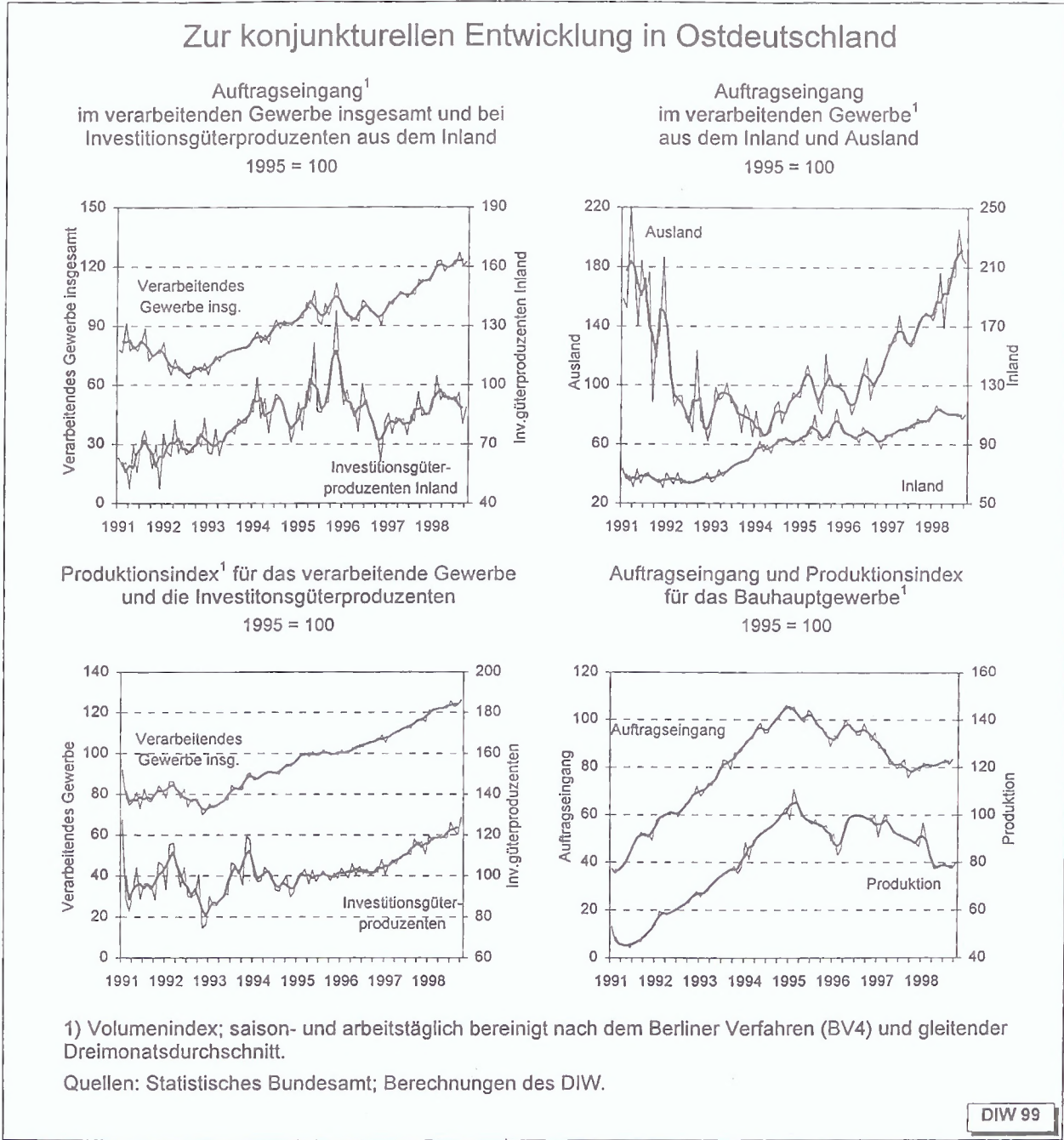
DIW 99

Deutliche Verschlechterung beim Export

Im Spätsommer 1998 sind die Wareneinfuhren erstmals seit 1993 wieder deutlich gesunken (Box 2). Dazu haben hauptsächlich die zunehmenden Einbußen bei den Lieferungen in die Krisenländer Ostasiens sowie in die vom anhaltenden Preisverfall bei Erdöl besonders betroffenen OPEC-Länder beigetragen. Die nominalen Einfuhren (Spezialhandel) nach Ostasien lagen 1998 um rund 30 %,

die in die OPEC um rund 10 % unter dem Vorjahrsniveau. Auch in die europäischen Reformländer sowie in die NAFTA waren die Einfuhren gegen Jahresende 1998, nach einer knapp drei Jahre währenden Phase kräftigen Wachstums, zurückgegangen; allerdings übertrafen sie im gesamten Jahr 1998 das Vorjahrsniveau noch um jeweils 15 %. Überraschend war, daß auch die Einfuhren in die EU-Länder im zweiten Halbjahr 1998 sanken. Dabei dürften die negativen Einflüsse aus den Krisenländern, aber

Abbildung 9

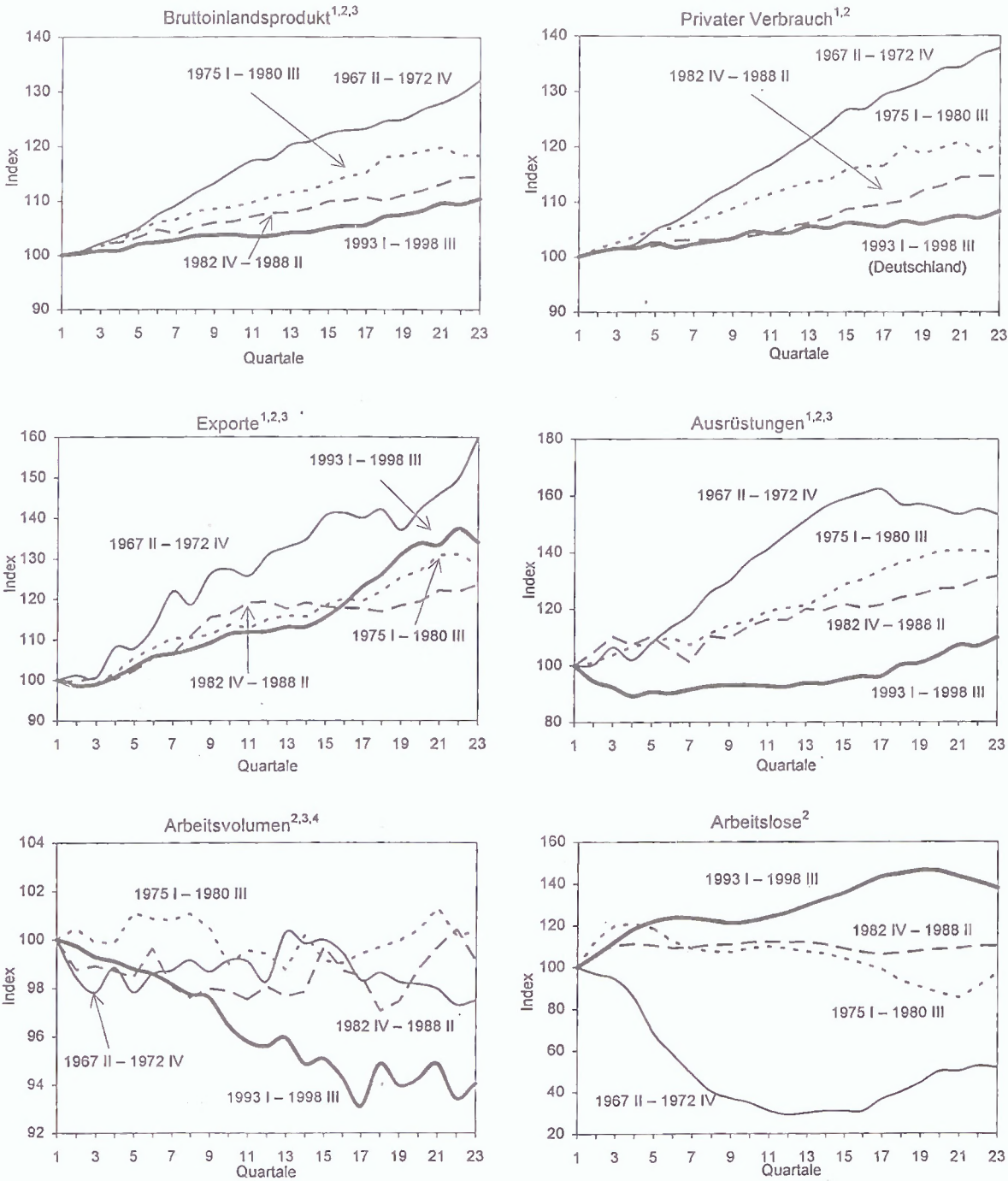


auch die hieraus folgende schwächere Investitionstätigkeit eine Rolle gespielt haben. Die Auftragseingänge aus dem Ausland haben sich besonders im Investitionsgütergewerbe erheblich verringert (Abbildung 13); die Exporterwartungen in Deutschland (Abbildung 11) ebenso wie die in der übrigen EU haben sich weiterhin deutlich verschlechtert.

Der Export wird auch im ersten Halbjahr 1999 noch merklich schrumpfen; dabei gehen negative Wirkungen weiterhin vom Ausfall der Nachfrage aus den Krisenländern aus, insbesondere jedoch von der merklichen Verlangsamung des Wachstums in den Industrieländern. Nach Osteuropa werden die Ausfuhren 1999 ebenfalls erheblich weniger zunehmen als im Vorjahr. Erst in der zweiten Jahreshälfte

Abbildung 10

Vergleich der konjunkturellen Aufschwungphasen in Westdeutschland



1) Zu Preisen von 1991.– 2) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4); Index: Quartal des jeweiligen BIP-Tiefpunktes = 100.– 3) Zusätzlich arbeitstäglich bereinigt.– 4) Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW.

dürfte angesichts der insgesamt günstigen monetären Rahmenbedingungen innerhalb der EWU-Länder und der Stabilisierungstendenzen in den Krisenländern wieder eine allmähliche Exportbelebung einsetzen.

Keine weitere Besserung am Arbeitsmarkt

Insgesamt gesehen hat die einseitig auf Exportwachstum setzende Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren auf dem Arbeitsmarkt nur wenig Früchte getragen. Mit 4,5 Mill. Personen hatte die Arbeitslosenzahl Ende 1997 in Deutschland ihren höchsten Stand erreicht. Daß es im Verlauf von 1998 insgesamt zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit um etwa 400 000 Personen kam, war zum überwiegenden Teil zusätzlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zuzu-

schreiben. So nahmen am Jahresende 100 000 Personen mehr an Weiterbildungsmaßnahmen und 400 000 Personen mehr an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teil als am Jahresanfang. Erst zur Jahresmitte 1998 hatte dies auch zu einer Ausweitung des Beschäftigtenstandes beigetragen — das erste Mal seit der deutschen Währungsunion im Sommer 1990. Doch angesichts der erwarteten konjunkturellen Entwicklung muß in den kommenden Monaten wieder mit einem Abbau des Personalbestandes gerechnet werden; in der Industrie ist die Zahl der Beschäftigten schon im Herbst 1998 wieder gesunken. Jedoch ist zu vermuten, daß sich der Rückgang bei den Beschäftigten — wegen der knappen Personalhaltung — insgesamt in engen Grenzen halten wird. Vielmehr dürften Überstunden abgebaut und die tariflichen Möglichkeiten zur flexibleren

Abbildung 11

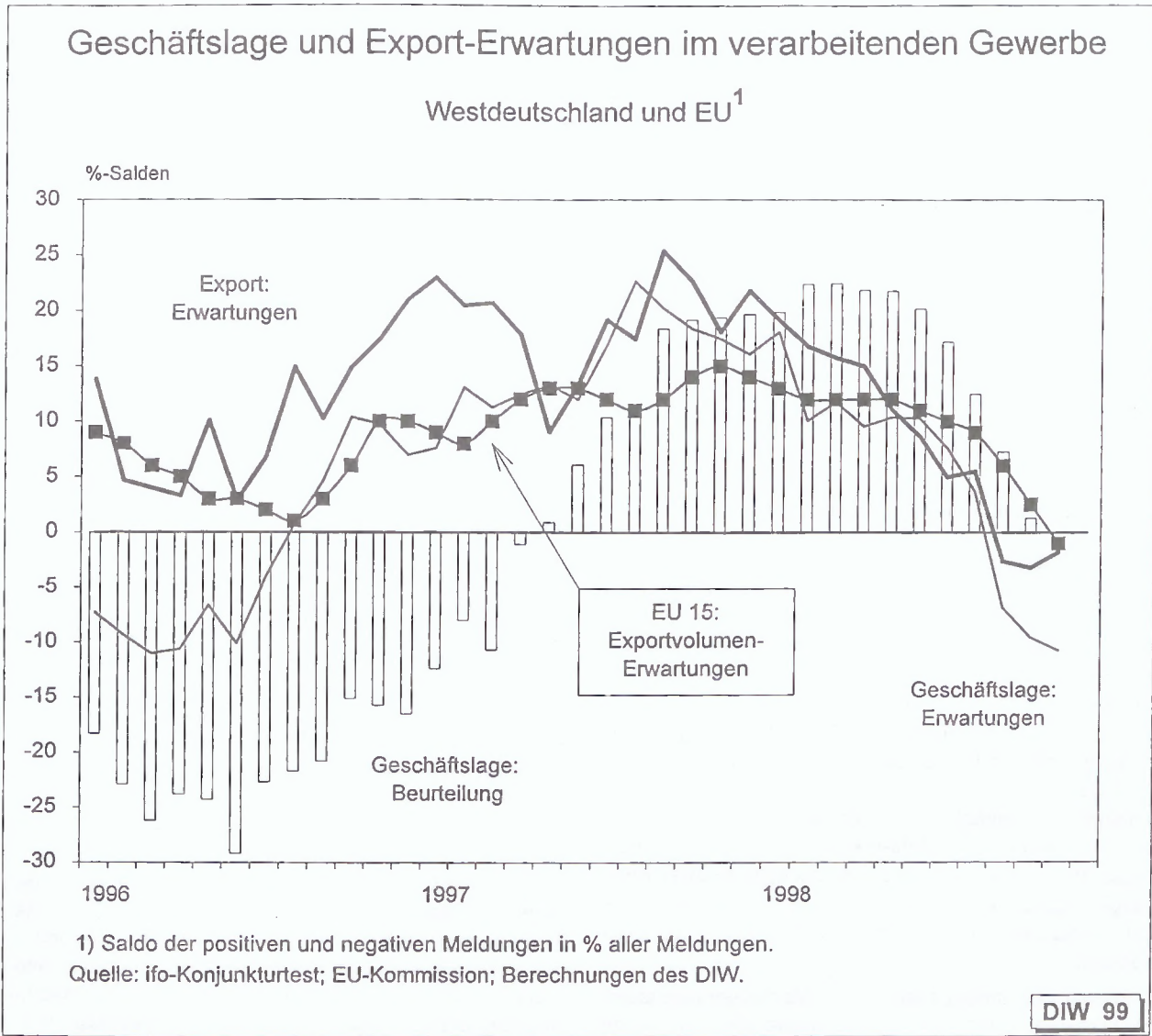


Tabelle 7

Reale Bauinvestitionen¹⁾ in der Bundesrepublik Deutschland

	1997	1998	1999	1997	1998	1999
	Mrd. DM			Veränderung in % gegenüber Vorjahr		
Wohnungsbau	212,1	202,2	203,1	-0,7	-4,7	0,4
Westdeutschland	162,0	157,7	159,5	-0,9	-2,7	1,2
Ostdeutschland	50,1	44,6	43,6	-0,1	-11,0	-2,3
Wirtschaftsbau	120,3	114,0	113,1	-2,4	-5,3	-0,8
Westdeutschland	82,3	80,2	80,4	-1,1	-2,5	0,2
Ostdeutschland	38,0	33,8	32,7	-4,9	-11,3	-3,0
Öffentlicher Bau	53,9	52,3	51,8	-9,0	-3,0	-0,9
Westdeutschland	35,3	33,8	33,4	-9,0	-4,1	-1,3
Ostdeutschland	18,6	18,4	18,4	-9,0	-0,8	0,0
Bauinvestitionen insgesamt	386,4	368,5	368,0	-2,5	-4,6	-0,1
Westdeutschland	279,6	271,7	273,3	-2,1	-2,8	0,6
Ostdeutschland	106,8	96,8	94,7	-3,5	-9,3	-2,1

¹⁾ In Preisen von 1991; in Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.
Quellen: Statistisches Bundesamt; 1998 Schätzung, 1999 Prognose des DIW.

Gestaltung der Wochenarbeitszeit verstärkt genutzt werden. Alles in allem werden aber am Ende dieses Jahres vermutlich 125 000 Personen weniger beschäftigt sein als zu Beginn. Die Zahl der Arbeitslosen wird dabei nur um etwa 70 000 Personen zunehmen, da das Erwerbspersonenpotential aus demographischen Gründen sinkt. Im Jahresdurchschnitt wird in Deutschland die Zahl der Arbeitslosen mit 4,2 Mill. um 100 000 Personen niedriger sein als 1998; die Arbeitslosenquote wird in Westdeutschland auf 9,3 % (1998: 9,4 %) und in Ostdeutschland auf 17,9 % (1998: 18,4 %) sinken.

Geldpolitik hemmt Kapitalzinssenkung

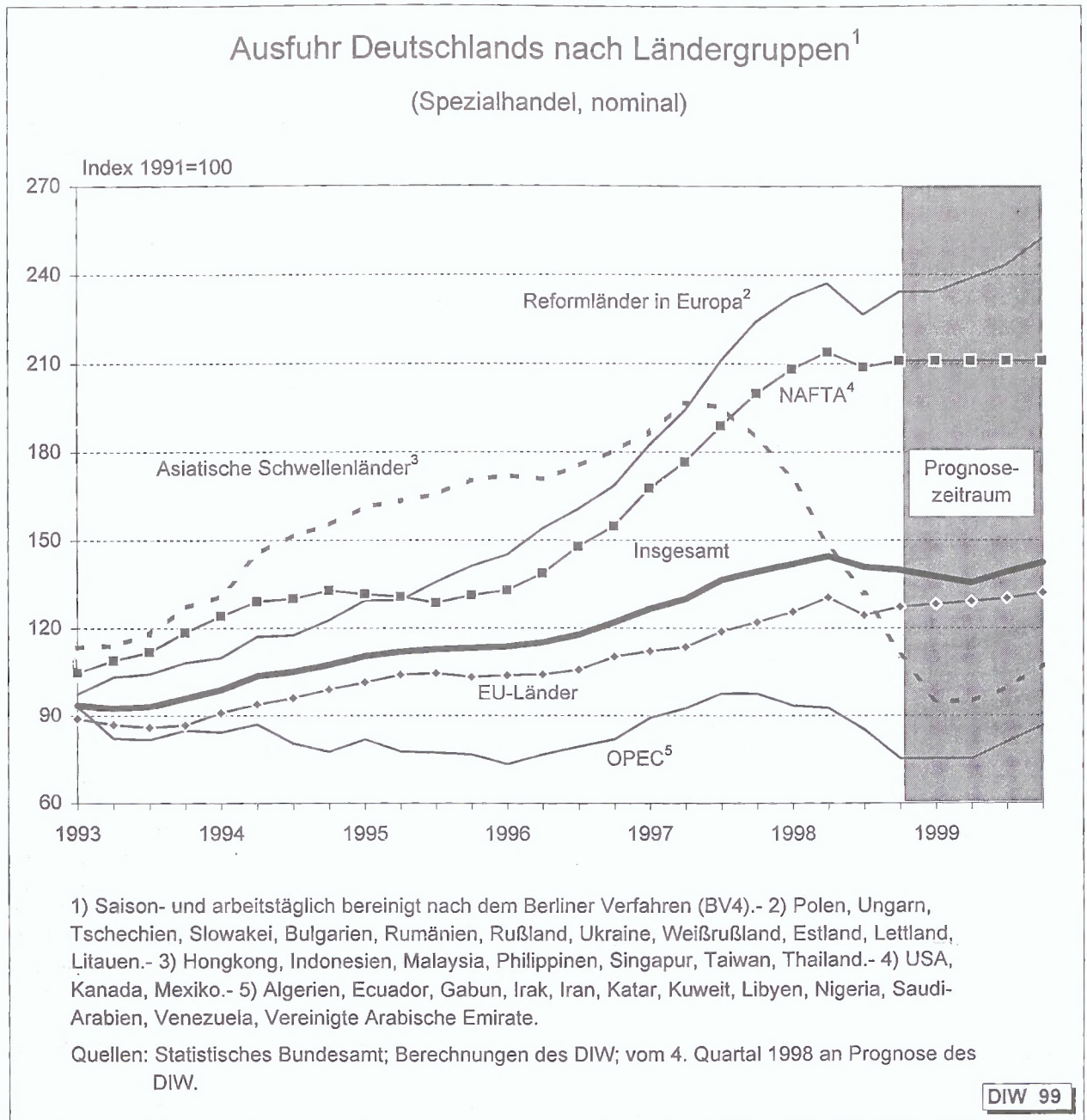
Die Entwicklung der deutschen Geld- und Kapitalmärkte steht spätestens seit dem Beginn der Europäischen Währungsunion (EWU) zur Mitte vorigen Jahres im Zeichen einer gemeinsamen westeuropäischen Geldpolitik. Sie wurde allerdings bis zur gemeinsamen Senkung der Leitzinsen Anfang Dezember letzten Jahres überwiegend vom Verhalten der Deutschen Bundesbank geprägt. Diese hatte im Oktober 1997 ihren Wertpapierpensionssatz von 3 auf 3,3 % erhöht, da sie vergrößerte Risiken für die Preisstabilität sah. Tatsächlich hat sich der Preisauftrieb im Verlaufe des vergangenen Jahres erheblich abgeschwächt; in Deutschland sank von Herbst 1997 bis Mitte 1998 die Preissteigerungsrate von fast 2 % auf unter 1 %. Dies hätte es nahegelegt, schon im Sommer diesen Schritt zurückzunehmen.

So ist die Geldmenge M3 im Verlaufe des vorigen Jahres beschleunigt gewachsen und bewegte sich im zweiten

Halbjahr in der oberen Hälfte des Zielkorridors (Abbildung 14). Die monetäre Expansion schien demnach nicht nur unter stabilitätspolitischen, sondern auch unter wachstumspolitischen Aspekten angemessen. Wie jedoch die Diskussion in der Vergangenheit zeigt, ist das Geldmengenziel kein sakrosankter Maßstab. So hat das DIW gemeinsam mit den anderen großen Wirtschaftsforschungsinstituten im Herbstgutachten 1996 einen höheren Geldmengenpfad als stabilitäts- und wachstumsgerecht angesehen. Hieran gemessen war die Geldmengenexpansion seit Mitte 1997 eindeutig zu schwach, so daß keine Leitzinserhöhung, wie sie im Oktober 1997 vorgenommen worden war, sondern eine deutliche Senkung der Leitzinsen geboten gewesen wäre.

Für die damalige Leitzinserhöhung und ihre Beibehaltung bis Anfang Dezember 1998 schien zu sprechen, daß auch ohne zinspolitische Anstöße die Kapitalmarktzinsen fühlbar sanken, in Deutschland von 5½ % im Herbst 1997 auf das ungewöhnlich niedrige Niveau von 4 % im Herbst 1998. Dieser Zinsrückgang hat zumindest zwei Ursachen. Ein Grund ist die Kapitalflucht aus den Krisenregionen in den Euroraum. Der davon auf die Konjunktur ausgehende Impuls kann allerdings nicht uneingeschränkt als zusätzlich gewertet werden. Denn jene Krise, welche die — auf die EWU-Kapitalmärkte positiv wirkende — Kapitalflucht verursachte, hat zugleich zu einem kontraktiv wirkenden Ausfall der Nachfrage der Krisenregionen nach Gütern des Euroraums geführt. Der zweite, wohl wichtigere Grund für die Kapitalzinssenkung ist der Rückgang der weltweiten Inflationserwartungen und der weltweiten realen Kapitalnachfrage. Die Diagnose, der Kapitalzinsrückgang sei

Abbildung 12



auch Reflex nachlassender Wirtschaftsaktivität, impliziert aber die Feststellung, daß ein Kapitalzinsrückgang insofern, wie er endogener Natur ist, weniger expansiv auf die Investitionsneigung und damit auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung wirkt als ein Kapitalzinsrückgang, der durch eine geldpolitische Senkung der kurzfristigen Zinssätze fundiert ist. Denn je geringer mit dem Rückgang der langfristigen Zinsen deren Abstand zu den (noch niedrigeren) Kurzfristzinsen wird, desto mehr Gelder fließen am Kapitalmarkt vorbei in den Geldmarkt und hemmen die zu einer nachhaltigen Belebung der Investitionstätigkeit not-

wendige Verbesserung der Kapitalmarktbedingungen. Genau in dieser Weise hat sich die Zinsstruktur im vergangenen Jahr entwickelt: Mit dem Rückgang des Langfristzinses von 5½ % auf 4 % hat sich, bei einem konstanten Tagesgeldsatz von 3½ %, das Zinsgefälle von 2 % bis November vorigen Jahres auf 0,5 % verringert — auf eine Spanne, die nur halb so groß war wie der bei der Verzin- sung von Langfristanlagen übliche Risikoaufschlag auf die Zinsen für Kurzfristanlagen. Die Leitzinssenkung Anfang Dezember in der EWU war somit ein Schritt in die richtige Richtung.

Tabelle 8

Regionale Entwicklung der deutschen Ausfuhren (Spezialhandel)

Ländergruppe	Mrd. DM			Anteile in %			in % des BIP		
	1996	1997	1998 ¹⁾	1996	1997	1998 ¹⁾	1996	1997	1998 ¹⁾
Insgesamt	789	889	940	100	100	100	22,4	24,5	25,1
EU	454	494	534	57,5	55,6	56,9	12,9	13,6	14,2
EFTA ²⁾	45	48	52	5,7	5,4	5,5	1,3	1,3	1,4
NAFTA ³⁾	68	89	105	8,6	10	11,1	1,9	2,5	2,8
Ostasien ⁴⁾	77	79	65	9,8	8,9	6,9	2,2	2,2	1,7
MOE ⁵⁾	61	78	98	7,7	8,8	10,5	1,7	2,1	2,6
Übrige ⁶⁾	84	101	86	10,7	11,3	9,1	2,4	2,8	2,3

¹⁾ Monate Januar bis September auf Jahresbasis hochgerechnet. — ²⁾ Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein. — ³⁾ USA, Kanada, Mexiko. — ⁴⁾ Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. — ⁵⁾ Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Rußland, Ukraine, Weißrußland. — ⁶⁾ Lateinamerika (ohne Mexiko), Afrika, Australien und Ozeanien, restliches Asien.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Tabelle 9

Auswirkungen der geplanten Steuerreform auf das Steueraufkommen 1999 in Mill. DM

Lohnsteuer	—6 150
Kindergelderhöhung	—5 800
Tarifsenkung	—1 270
Abbau Steuervergünstigungen	920
Veranlagte Einkommensteuer	900
Tarifsenkung für gewerbliche Einkünfte	—880
Abbau Steuervergünstigungen	1 780
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	500
Körperschaftsteuer	850
Senkung der Steuersätze	—1 300
Abbau Steuervergünstigungen	2 150
Gewerbesteuer	1 160
Steuern vom Umsatz	5 000
Abbau Steuervergünstigungen	3 200
Besteuerung von Mineralöl und Strom	1 800
Mineralölsteuer	7 100
Stromsteuer	4 200
Sonstige	170
Insgesamt	13 730
Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen des DIW.	

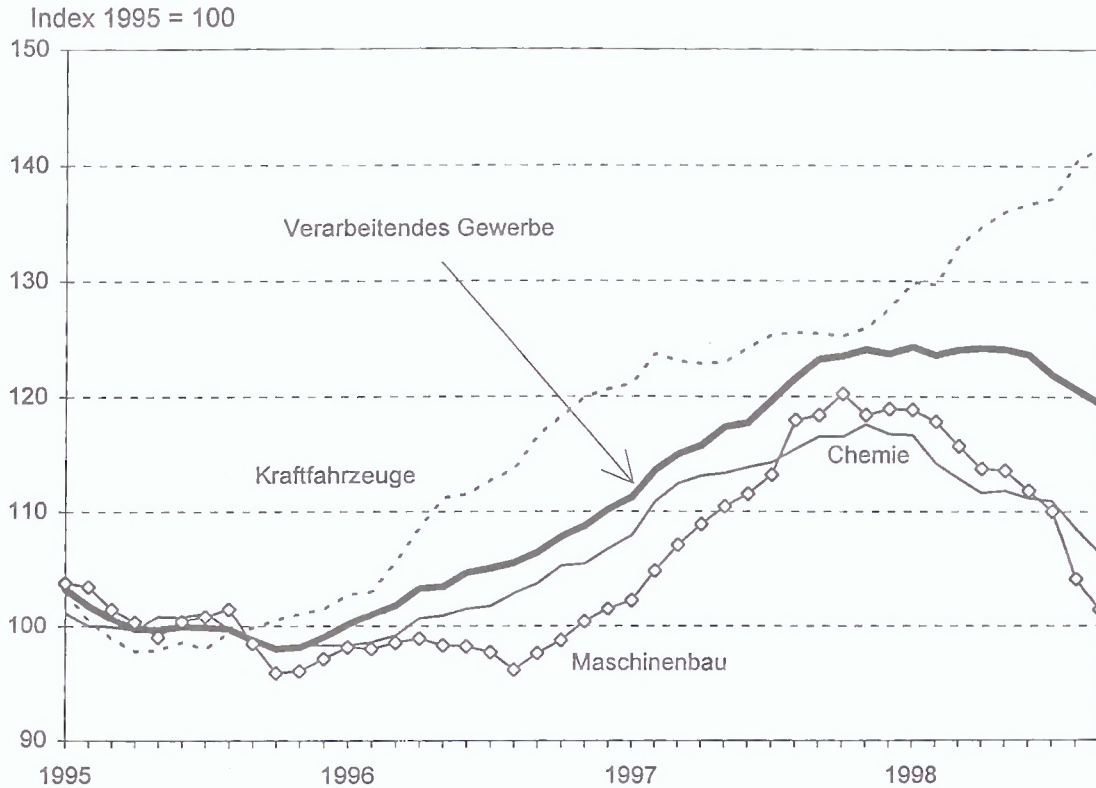
Öffentliche Haushalte: Wieder steigende Defizite

Auch im vergangenen Jahr stand die Finanzpolitik im Zeichen der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt ging das Defizit der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen von 2,8 % auf 1,9 % zurück, so daß die vom Stabilitätspakt gezogene Grenze (3 %) deutlich unterschritten wurde. Die Gründe für diese Entwicklung lagen vornehmlich auf der Ausgabenseite; die Staatsausgaben sind mit 1,5 % abermals sehr viel langsamer als das nominale BIP gestiegen. Mit reichlich 3 % blieb der Zuwachs bei den Einnahmen nur wenig hinter der gesamtwirtschaftlichen Bemessungsgrundlage zurück.

Anders als in den beiden vergangenen Jahren wird es 1999 nicht gelingen, das Staatsdefizit weiter zurückzuführen. Nach der hier vorgelegten Schätzung wird das Defizit auf 75 Mrd. DM (1998: 70 Mrd. DM) steigen; dies entspricht einer Quote von 2,0 %. Die Ausgaben werden etwas stärker, die Einnahmen etwas schwächer als das nominale Bruttoinlandsprodukt zunehmen. Dabei wird die Finanzierungsposition von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen weiter auseinanderdriften: Während sich die Haushaltsfehlbeträge der Gebietskörperschaften von 90 Mrd. DM auf 103 Mrd. DM ausweiten, können die Sozialversicherungen mit noch höheren Überschüssen als im Vorjahr rechnen; diese dürften von 20 Mrd. DM auf 28 Mrd. DM steigen. Die positive Entwicklung ist insbesondere auf höhere Zahlungen des Bundes an die Renten-

Abbildung 13

Auftragseingang aus dem Ausland im verarbeitenden Gewerbe ¹



1) Volumenindex; saison- und arbeitstäglich bereinigt (BV4), gleitender 3-Monatsdurchschnitt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW 99

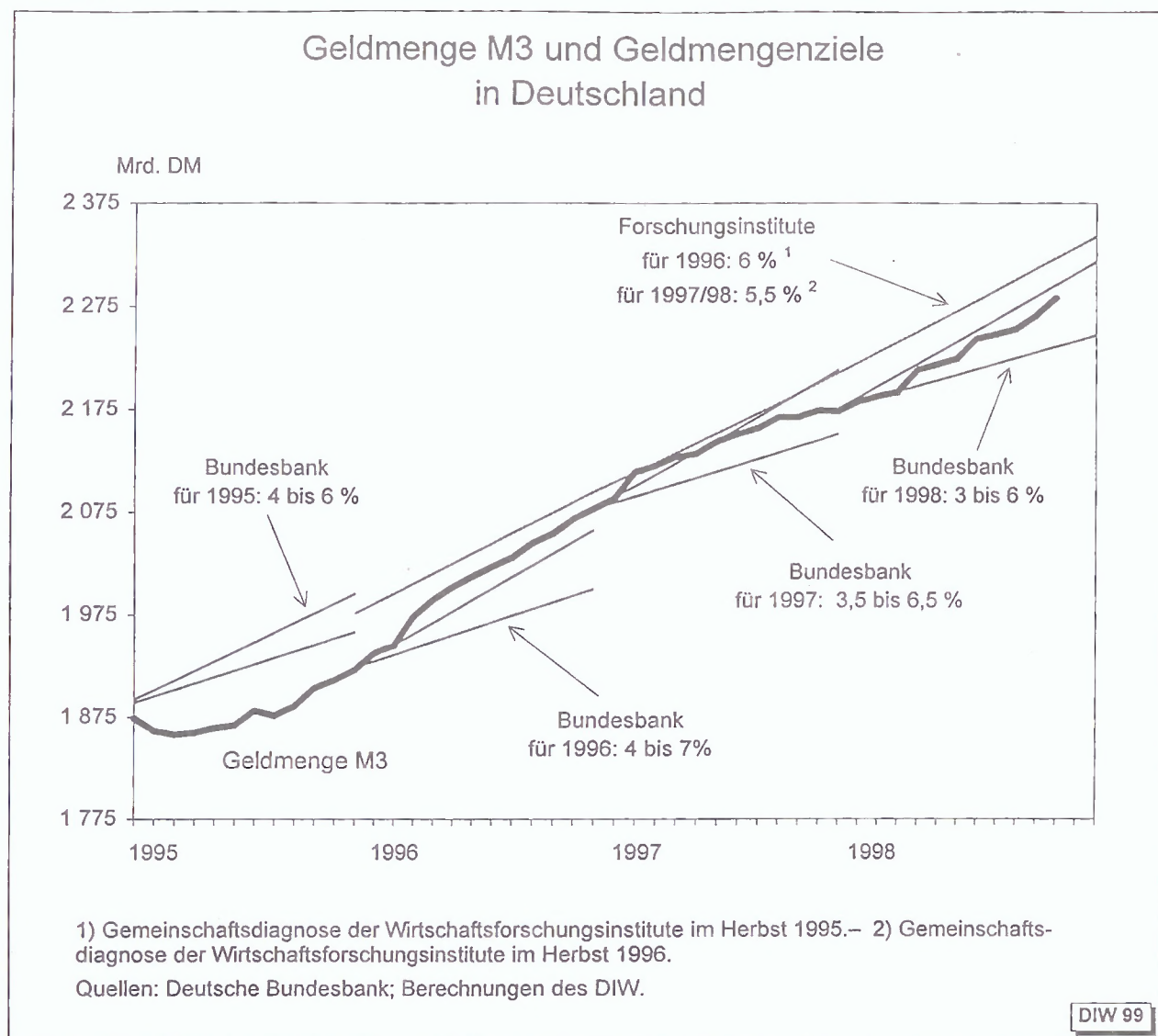
versicherungsträger zurückzuführen (Ausgleichszahlungen für Kindererziehungszeiten, Erstattung der Auffüllbeträge für Renten nach DDR-Recht, Überweisung des erstmals ganzjährig wirksamen Aufkommens durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1.4.1998).

Auf der Einnahmenseite werden sich die beiden großen Aggregate, die Steuern und die Sozialbeiträge, recht unterschiedlich entwickeln. Für das Steueraufkommen wird ein überdurchschnittliches Plus (3,5 %), für die Sozialbeiträge indes nur eine Zunahme um 1,8 % prognostiziert. Der Grund für diese Differenz ist vornehmlich in den Auswirkungen der geplanten Reformen zu sehen. In der Summe

werden die Rechtsänderungen im Zuge der Steuerreform nach den Schätzungen des Bundesministeriums der Finanzen zu Mehreinnahmen von 14 Mrd. DM führen (Tabelle 9). Aufkommensmindernd wirkt die noch von der alten Bundesregierung beschlossene Anhebung des Grundfreibetrags (5 Mrd. DM), ebenso die Abschaffung der Pauschalbesteuerung der 620-Mark-Jobs (2,5 Mrd. DM).

Die konjunkturelle Abschwächung wird nicht ohne Rückwirkungen auf das Steueraufkommen bleiben. Die Steuerausfälle schlagen sich vor allem bei Lohn-, Körperschaft- und Umsatzsteuer nieder. Gegenüber der Prognose des „Arbeitskreises Steuerschätzungen“ vom letzten Novem-

Abbildung 14



ber liegen die hier vorgestellten Schätzergebnisse um 3 Mrd. DM niedriger, nachdem die Einnahmen im abgelaufenen Jahr um 3 Mrd. DM höher ausgefallen sein dürften.

Die Entwicklung der Sozialbeiträge wird durch die geplante Senkung der Beitragssätze zur Rentenversicherung zum 1.4.1999 um 0,8 Prozentpunkte geprägt. Hieraus resultieren für 1999 Beitragsausfälle von 8,5 Mrd. DM. Rechnet man die zusätzlichen Einnahmen aus der Versicherungspflicht der 620-Mark-Jobs sowie der Scheinselbstständigen dagegen, verbleibt ein Minus von 5,5 Mrd. DM. Zwar werden die reformbedingten Einnahmeausfälle infolge der Erhöhung der Einkommen wie auch der Beitragsbemessungsgrenzen mehr als kompensiert. Die

ungünstige Beschäftigungsentwicklung dämpft aber den Zuwachs der Beitragseinnahmen.

Auf der Ausgabenseite ist 1999 mit einer relativ gleichmäßigen Entwicklung der verschiedenen Ausgabearten zu rechnen. Der Staatsverbrauch dürfte wieder etwas stärker als in den beiden Vorjahren, nämlich um reichlich 2 %, expandieren. Hierzu tragen die vermutlich höheren Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst ebenso bei wie vermehrte Sachaufwendungen der Krankenkassen, nachdem deren Anstieg insbesondere aufgrund höherer Zuzahlungen im Vorjahr gebremst worden war. Hingegen dürfte der Personalbestand im öffentlichen Dienst abermals, wenn-

Tabelle 10

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Bundesrepublik Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1997	1998	1999
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,2	2,7	1,4	2,3	2,8	1,5	1,7	1,9	0,8
Erwerbstätige ²⁾ (1 000 Personen)	33 962	33 970	33 950	27 884	27 920	27 915	6 078	6 050	6 035
Arbeitslose (1 000 Personen)	4 385	4 270	4 175	3 022	2 900	2 860	1 363	1 370	1 315
Arbeitslosenquote ³⁾ (in %)	11,4	11,2	10,9	9,8	9,4	9,3	18,3	18,4	17,9
Verbraucherpreise ⁴⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,8	1,0	1,2	1,7	0,9	1,2	2,0	1,2	1,4
Lohnstückkosten ⁵⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	-1,9	-1,0	0,9	-1,7	-0,9	0,9	-2,7	-1,4	1,2
Finanzierungssaldo des Staates ⁶⁾ in Mrd. DM	-101,5	-69,5	-75	—	—	—	—	—	—
in % des nominalen Brutto- inlandsprodukts	—	—	—	—	—	—	—	—	—
nationale Abgrenzung	-2,8	-1,8	-2,0						
Abgrenzung gemäß ESG	-2,6	-1,7	-1,9						
Leistungsbilanzsaldo ⁷⁾ (Mrd. DM)	-6,9	13	5	—	—	—	—	—	—
¹⁾ In Preisen von 1991. — ²⁾ Im Inland. — ³⁾ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept); West- und Ostdeutschland: Arbeitslose in % der Erwerbspersonen im Inland (Beschäftigungsortkonzept). — ⁴⁾ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. — ⁵⁾ Im Inland entstandene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991. — ⁶⁾ In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — ⁷⁾ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; DIW; IV. Quartal 1998 Schätzung des DIW, 1999 Prognose des DIW.									

gleich weniger stark als in den Jahren zuvor, verringert werden. In einigen Bereichen (Schulen, Hochschulen) sind weitere Stelleneinsparungen kaum mehr realisierbar, ohne das Leistungsangebot erheblich einzuschränken. Auch das Tempo, mit dem bisher vornehmlich kommunale Einrichtungen aus den Haushalten ausgegliedert (privatisiert) worden sind, wird sich erheblich verlangsamen. Die etwas raschere Zunahme der Sozialleistungen erklärt sich neben dem Anstieg der Renten vor allem aus den höheren Auf-

wendungen für die Maßnahmen im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik.

Bei den öffentlichen Investitionen ist mit einer Stabilisierung auf niedrigem Niveau zu rechnen; erstmals seit 1992 dürften sie nicht rückläufig sein. Dies hängt mit der etwas verbesserten Finanzlage der Gemeinden zusammen, deren Steuer- und Gebühreneinnahmen sich recht günstig entwickeln und ihnen mehr Handlungsspielraum verschaffen.

Wirtschaftspolitik vor besonderen Herausforderungen

Das monetär wie realwirtschaftlich labile Umfeld stellt die Wirtschaftspolitik vor besondere Anforderungen. Nach 1994 erleidet erneut ein Aufschwung in Deutschland frühzeitig, noch bevor die Arbeitslosigkeit spürbar gemildert werden konnte, einen herben Rückschlag, wenn auch aus heutiger Sicht keine Rezession zu erwarten ist. Gefordert ist eine Wirtschaftspolitik, die den retardierenden Einflüssen rechtzeitig und entschlossen entgegentritt.

Dabei ist mit dem Beginn der Währungsunion die deutsche Wirtschaftspolitik in einem europäischen Kontext zu sehen. Die Geldpolitik ist nur noch auf Ziele der EWU ausgerichtet. Die Finanzpolitik sieht sich den Zwängen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes mit vereinbarten Defizitschranken ausgesetzt. Damit steht die Finanzpolitik für Stabilisierungsmaßnahmen nur eingeschränkt zur Verfügung. Auch die Lohnpolitik muß in einem gemeinsamen Währungsraum Restriktionen beachten: Zum einen das Stabilitätsziel der Geldpolitik, zum anderen die Lohnstückkostenentwicklung in den übrigen EWU-Ländern. Vor diesem Hintergrund ist der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum in Deutschland merklich begrenzt. Gerade deshalb kommt es darauf an, wie er genutzt wird.

Die Fehler der einseitigen Angebotsorientierung

Der Sachverständigenrat hat in seinem jüngsten Gutachten auch angesichts der weltwirtschaftlichen Turbulenzen erneut für eine Fortsetzung der im wesentlichen angebotsseitig orientierten Ausrichtung der Wirtschaftspolitik plädiert.³ „Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, richtig verstanden, zielt darauf, daß auf lange Sicht verlässliche Rahmenbedingungen für unternehmerisches Wirtschaften hergestellt werden, die der Wahrnehmung von Marktchancen förderlich sind und die von der Aussicht auf Gewinnerzielung ausgehenden Anreize voll zur Wirkung kommen lassen, die einer flexiblen Anpassung an sich wandelnde Marktbedingungen nicht entgegenstehen, dies alles jedoch ohne in das durch Wettbewerb bestimmte Marktgeschehen einzugreifen.“⁴ Dies mag eine korrekte Beschreibung von Angebotspolitik sein, allein auch Nachfragepolitik, gegen die sich der Sachverständigenrat an gleicher Stelle dezidiert ausspricht, steht mit einer vernünftigen Ordnungspolitik ebenso im Einklang wie Angebotspolitik.

Die eigentlichen Gegensätze liegen denn auch weniger in einer unterschiedlichen ordnungspolitischen Ausrichtung. Der Kern des Streites besteht vielmehr in einer grundsätzlich unterschiedlichen Auffassung über das Funktionieren des Marktsystems.⁵

Der Sachverständigenrat legt seiner makroökonomischen Analyse die üblichen neoklassischen Modelle zugrunde.⁶ Das bedeutet, es werden gesamtwirtschaftliche Schlußfolgerungen ausschließlich aus einzelwirtschaftlichen Überlegungen abgeleitet. Transaktionen finden in einem Marktumfeld statt, das sich durch hinreichend flexible, markträumende Preise und Löhne auszeichnet und in dem die Teilnehmer am Wirtschaftsleben über systematisch korrekte Informationen verfügen. In einem solchen Gedankengebäude kann Arbeitslosigkeit im Kern immer nur das Produkt von Lohnrigiditäten sein, also nur dann entstehen, wenn die im neoklassischen Sinne optimalen Marktverhältnisse nicht gegeben sind. Von daher ist Arbeitslosigkeit dann entweder letztlich freiwillig — und insofern allenfalls ein mikroökonomisches Angebotsproblem — oder aber struktureller Natur, nämlich durch institutionelle Rigiditäten erzeugt. Letzteres würde für eine gesamtwirtschaftliche Veränderung der institutionellen Regelungen auf dem Arbeitsmarkt in Richtung mehr Flexibilität sprechen. Auf dieser Grundlage läßt sich tatsächlich nur eine Wirtschaftspolitik ableiten, die Wachstums- und Konjunkturprobleme angebotsseitig zu lösen versucht.

Nach Auffassung des Sachverständigenrates können die üblichen Instrumente einer expansiven Nachfragepolitik allenfalls temporär das Wachstum stimulieren und haben auf Dauer lediglich Preiserhöhungen zur Folge.⁷ Hieraus ergeben sich zwangsläufig die Empfehlungen für eine zurückhaltende Geld- und Fiskalpolitik auch bei hoher Arbeitslosigkeit. Diese kann letztlich nur durch Lohnmäßigung überwunden werden. Die Lohnpolitik hätte die gesamte Anpassungslast zu tragen. Die Wirtschaftspolitik soll sich im übrigen auf die Veränderung von Rahmenbedingungen konzentrieren. Die marktwirtschaftliche Realität entspricht jedoch nicht den Prämissen einer ausschließlich auf die Angebotsseite fixierten Wirtschaftspolitik.

Eines der entscheidenden Defizite neoklassischer Modelle besteht in der realitätsfremden Annahme, daß die Koordination von Transaktionswünschen der Marktteilnehmer weitgehend reibungslos erfolgt. Im wesentlichen

³ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1998/99, Ziffer 335 ff.

⁴ Siehe Sachverständigenrat, a.a.O., Ziffer 336.

⁵ Siehe Tober, Silke: Lohnzurückhaltung als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit? Eine Analyse vor dem Hintergrund der Mehrheits- und Minderheitenvoten in den Gutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute, in: Diskussionspapiere des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle Nr. 77, August 1998.

⁶ Siehe hierzu vor allem Lucas, Robert E. Jr.: Studies in Business-Cycle Theory, Cambridge/Mass., London 1981.

⁷ Siehe Sachverständigenrat, a.a.O., Ziffer 339.

gehen diese theoretischen Ansätze von der Fiktion eines Auktionsmarktes aus, auf dem die Transaktionsabsichten unmittelbar geäußert und durch einen Auktionator zur Übereinstimmung gebracht werden. Tatsächlich zeichnen sich Marktwirtschaften aber durch hohe Informations- und Anpassungserfordernisse aus, die durch ausgeprägte Heterogenität der Verhaltensweisen, Unsicherheit⁸ und Spezialisierung entstehen und die Transaktionskosten verursachen.⁹ Somit müssen andere Koordinationsmechanismen an ihre Stelle treten. Berücksichtigt man Unsicherheit, Heterogenität und Spezialisierung — wie dies in neueren neokeynesianischen Ansätzen¹⁰ geschieht —, zeigt sich, daß abwartende, mithin nicht markträumend flexible Preis- und Lohnreaktionen, also bewußte Anpassungsverzögerungen, aus einzelwirtschaftlicher Sicht rational sind. Folglich sind Preis- und Lohnrigiditäten keine Mängel eines ansonsten wohlfunktionierenden Marktsystems, sondern Ausdruck rationalen Verhaltens und damit konstitutiver Bestandteil von Marktwirtschaften.

Aus dieser Sicht ist die Nachfrage nach Arbeit nicht mehr nur abhängig vom Preis der Arbeit, dem Reallohn, sondern auch von dem Transaktionsvolumen auf dem Gütermarkt, wie umgekehrt auch das Transaktionsvolumen auf dem Gütermarkt von der Beschäftigungslage abhängt. Dann kann Nachfragemangel sehr wohl die Ursache für unfreiwillige Arbeitslosigkeit sein. Wenn die Lohnentwicklung gemessen an den Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft zu gedämpft ist, werden nicht genügend Güter nachgefragt, und auch die Nachfrage nach Arbeit ist schwach. Nachfragemangel ist aber keinesfalls immer und zwangsläufig die Ursache von Arbeitslosigkeit. Auch Angebotsprobleme wie zu hohe Reallöhne können Arbeitslosigkeit hervorrufen, wenn trotz guter Absatzmöglichkeiten der Einsatz von Arbeit infolge hoher Lohnkosten unrentabel wird.

Das bedeutet, daß Wirtschaftspolitik an beiden Seiten des Marktes, dem Angebot wie auch der Nachfrage, ansetzen kann. Welche Strategie geboten ist, hängt von den jeweiligen Umständen ab. Es ist im Einzelfall zu prüfen, ob Arbeitslosigkeit Folge von Angebots- oder Nachfragemängeln ist, um die wirtschaftspolitischen Instrumente richtig einzusetzen. Die generelle Rückführung von länger anhaltenden Beschäftigungsproblemen auf Angebotsmängel trägt freilich nicht.

Entscheidend für die Wahl der wirtschaftspolitischen Instrumente ist, welcher Natur die zu beobachtenden Schocks sind. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Schocks gleich welchen Ursprungs die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur kurzfristig beeinflussen, sondern daß ihre Wirkungen längerfristig anhalten.¹¹ Wenn es durch eine Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage rechtzeitig gelingt, negativen Schocks entgegenzutreten, ergibt sich ein höherer Wachstumstrend. Umgekehrt kann die Vernachlässigung der Nachfrageseite zu einer dauerhaften Abschwächung des Wachstums und damit zu verstärkter Arbeitslosigkeit führen, die sich dann verfestigt und schließlich als strukturell gegeben interpretiert wird. Geld-

und Fiskalpolitik können durchaus den realwirtschaftlichen Kurs der Volkswirtschaft dauerhaft beeinflussen. Sie zeigen keinesfalls nur kurzfristige reale Wirkungen, und ihre primäre Konsequenz ist nicht die, die Inflation zu beschleunigen. Nachfragepolitik richtig verstanden ist dann mehr als nur die zyklische Stabilisierung um einen gegebenen Trend.¹² Insofern ist Nachfragepolitik auch Wachstumspolitik.

Leidet die deutsche Wirtschaft unter Angebots- oder Nachfragemängeln?

Die Bedeutung einer korrekten Ursachenanalyse zeigt sich geradezu exemplarisch in der gegenwärtigen Situation. Spricht die zu erwartende deutliche konjunkturelle Abschwächung dafür, daß die deutsche Volkswirtschaft Angebotsprobleme aufweist, oder besteht Nachfragemangel?

Die Schlüsselgröße, anhand derer sich eine Einschätzung herausbilden muß, sind die Investitionen. Unbestritten ist die Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen¹³ im Verlauf dieses Zyklus im Vergleich zu früheren ausgesprochen schwach (Abbildung 10). Dies könnte auf Angebotsprobleme deuten, wenn gleichzeitig die Rentabilitätsindikatoren ebenfalls Schwächetendenzen aufweisen würden. Genau dies ist aber nicht der Fall. Die Gewinn-Erlös-Relation der Unternehmen ist zur Zeit so günstig wie seit Ende der achtziger Jahre nicht mehr, als die Rentabilität im historischen Vergleich wieder ein hohes Niveau erreicht hatte (Abbildung 15). Damals wurde die gleiche Rentabilität bei deutlich höheren Lohnzuwächsen erzielt. Schon dies zeigt, daß die Diagnose von Angebotsmängeln zumindest unvollständig ist. Deshalb wird vom Sachverständigenrat angeführt,¹⁴ nicht der historische Vergleich sei entscheidend, sondern — im Zeitalter der Globalisierung — die realisierte Rendite in anderen Ländern. Wenn sich etwa in den

⁸ Unsicherheit wird hier als Unkenntnis von Zusammenhängen verstanden, die nur unter prohibitiv hohem Aufwand für Informationsbeschaffung überwunden werden kann. Sie ist zu unterscheiden von dem Begriff des Risikos, das sich bei im Kern bekannten Zusammenhängen durch stochastische Schocks ergibt.

⁹ Zu dieser und der folgenden Kritik der neoklassischen Makroökonomie siehe Hahn, Frank und Robert A. Solow: A Critical Essay on Macroeconomic Theory, Cambridge/Mass. 1995.

¹⁰ Siehe Ball, Lawrence und Stephen G. Cecchetti (1988): Imperfect Information and Staggered Price Setting, in: American Economic Review, vol 78, pp 999-1018.

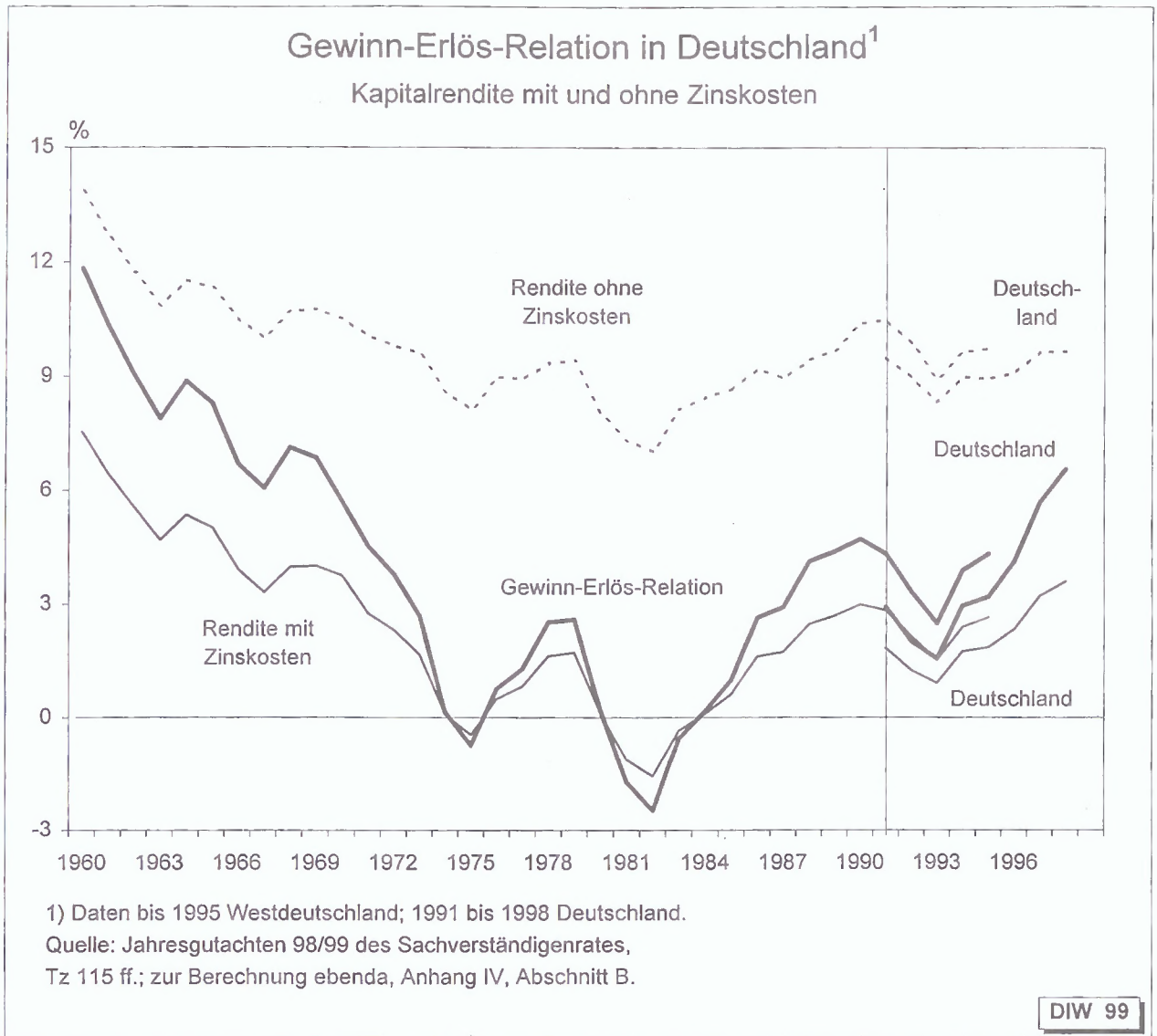
¹¹ Siehe hierzu Campbell, John Y. und N. Gregory Mankiw: International Evidence on the Persistence of Economic Fluctuations, in: Journal of Monetary Economics, March 1988, 23(2), pp 319-333.

¹² Dies schließt — wie der Sachverständigenrat richtig erkennt — auch eine restriktive Nachfragepolitik in Zeiten konjunktureller Überhitzung ein. Siehe Sachverständigenrat, a.a.O., Ziffer 339.

¹³ Die schwache Entwicklung der Bauinvestitionen ist primär auf Sonderentwicklungen im Zuge der deutschen Vereinigung zurückzuführen.

¹⁴ Siehe Sachverständigenrat, a.a.O., Ziffer 119 ff.

Abbildung 15



USA eine höhere Rendite erzielen lasse, so würden die Investitionen eben dorthin fließen und nicht in Deutschland getätigt werden.

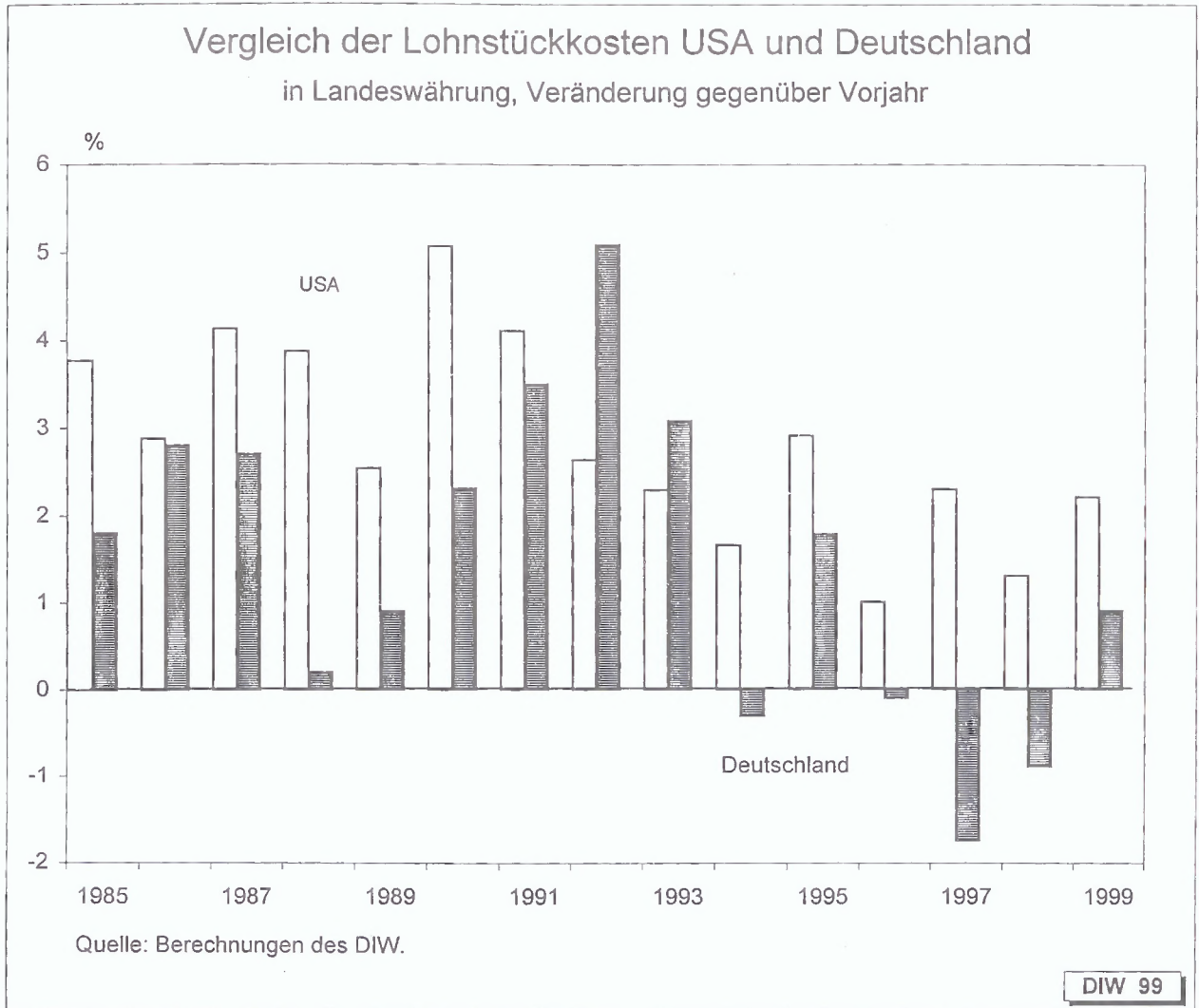
Abgesehen davon, daß internationale Renditenvergleiche aufgrund teilweise systematischer Erfassungsunterschiede problematisch sind,¹⁵ bleibt die entscheidende Frage zu beantworten: Sind höhere Renditen im Ausland eine Folge angebots- oder nachfrageorientierter Politik? Wenn sie ausschließlich das Ergebnis einer nachfrageorientierten Politik wären, könnte aus der potentiellen Renditendivergenz schwerlich eine Empfehlung für eine angebotsorientierte Politik in Deutschland abgeleitet werden. Gerade das vom Sachverständigenrat angeführte Beispiel der Entwicklung in den USA seit Mitte der neunziger Jahre spricht dafür. In den USA ist vor und während der letzten

Rezession Anfang der neunziger Jahre eine erfolgreiche Nachfragepolitik betrieben worden.¹⁶ Die Geldpolitik war mit einem kurzfristigen Realzins in der Nähe von Null über fast ein Jahr und einer Zinsdifferenz von über 4 Prozentpunkten wesentlich expansiver als in Deutschland vor und nach der Rezession von 1993. Auch hat die Finanzpolitik in den USA in wesentlich stärkerem Umfang konjunkturbedingte Defizite hingenommen als in Deutschland. Die Lohnentwicklung war in diesen Jahren eng an der Produktivität orientiert, so daß die Lohnstückkosten zwar kaum stiegen, aber niemals rückläufig waren (Abbildung 16).

¹⁵ Hierauf weist auch der Sachverständigenrat hin.

¹⁶ Siehe: Beschäftigungswachstum in den USA — ein erklärbares Wunder. Bearb.: von Gustav Adolf Horn. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 9/98.

Abbildung 16



Damit wurde die Entwicklung der Binnennachfrage stabilisiert, ohne daß Stabilitätsziele verletzt wurden. Ganz anders verhält es sich in Deutschland, wo die Lohnentwicklung über Jahre zum Teil deutlich hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückblieb und insbesondere der private Verbrauch und in Folge auch die Investitionen geschwächt wurden.

Erst mit der Festigung der Konjunktur zog in den USA zunächst die Finanzpolitik, dann auch die Geldpolitik die Zügel an, ohne daß sie je ausgeprägt restriktiv wurden. Zugleich verließ die Lohnentwicklung auch im Aufschwung ihren produktivitäts- und stabilitätsorientierten Pfad nicht. Es war diese Mischung aus potentialorientierter und somit antizyklisch angelegter Nachfragepolitik und stetiger Lohnentwicklung, die den USA bisher einen der längsten Aufschwünge ihrer Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg

beschert hat. Deutschland mit seiner restriktiveren Geld- und Finanzpolitik und seiner eher prozyklischen Lohnpolitik blieb weit hinter dieser Dynamik zurück. Insbesondere erklärt dies, warum in Deutschland die Ausrüstungsinvestitionen und der private Verbrauch sich im Verlauf des derzeitigen Zyklus so schwach entwickelt haben. Das Beispiel USA zeigt zudem, warum Nachfragepolitik auch Wachstumspolitik ist. Denn mit dem nachfrageinduzierten Aufschwung verbesserten sich auch die Renditen und damit auch die Angebotsbedingungen. Dieser Effekt war so stark, daß er die Wirkungen der 1993 beschlossenen Steuererhöhungen insbesondere für höhere Einkommen offensichtlich überkompensiert hat. Mit der Stimulierung der Nachfrage bildeten sich in den USA die Voraussetzungen für einen kumulativen Aufschwung, der bis heute anhält.

Annahmen der Prognose

Der Prognose liegen eine Reihe von Annahmen zugrunde:

- Die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe werden 1999 allenfalls erst im späteren Verlauf des Jahres wieder steigen.
- Der reale Außenwert des Euro wird aufgrund einer Abwertung des US-Dollars im Verlauf des Jahres 1999 zunehmen.
- Die kurzfristigen Zinsen in den EWU-Ländern bleiben bis zum Jahresende mit 3 % konstant. Auch die Kapitalmarktzinsen ändern sich nicht wesentlich.
- Die Tariflöhne in Deutschland erhöhen sich um etwa 3 %. In Ostdeutschland werden die Löhne nicht stärker angehoben als in Westdeutschland.
- Die Finanzpolitik verfolgt einen Kurs moderater Konsolidierung. Konjunkturbedingte Erhöhungen der Defizite werden hingenommen. Die Reform der Einkommensteuer, die ökologische Steuerreform und die Entlastung bei den Sozialbeiträgen treten wie beschlossen 1999 in Kraft.

Wirtschaftspolitik im Zeichen weltweiter Konjunkturabschwächung

Die in Deutschland verfolgte wirtschaftspolitische Strategie setzte bisher im wesentlichen auf einen exportinduzierten Aufschwung, indem über Lohnzurückhaltung eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit erreicht wurde. Daß dies ein mit großen Unsicherheiten behafteter Weg ist, zeigt sich spätestens jetzt. Zwar gelang eine deutliche Ausweitung der Exporte in den vergangenen Jahren. Die weltwirtschaftliche Abschwächung setzte diesem Vorgehen jedoch eine Grenze, ehe es zu einer hinreichenden kompensatorischen Aufwärtsbewegung der Binnennachfrage gekommen ist.

Obwohl die Krisen in den asiatischen Ländern bereits vor gut einem Jahr begannen, hat die europäische und auch die deutsche Wirtschaftspolitik im besonderen kaum reagiert. Neben der allgemeinen Unterschätzung der Brisanz der krisenhaften Entwicklungen spielte die angebotsseitige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik eine entscheidende Rolle. Sollte auch die jetzt spürbar werdende Schwächephase weiterhin im Sinne von Angebotsproblemen interpretiert werden, drohen weitere binnen- wie weltwirtschaftliche Verwerfungen. Der konjunkturelle Rückschlag, der im Kern wegen der späten Reaktion der Wirtschaftspolitik nicht mehr zu vermeiden ist, wird um so härter ausfallen, je weniger die Wirtschaftspolitik gegensteuert. Der Verlust von Weltmarktanteilen seitens aller Industrieländer zugun-

sten der Krisenländer Asiens bei gleichzeitiger Stimulierung der Binnennachfrage ist zur Stabilisierung unerlässlich, um die Weltwirtschaft wieder in ruhigeres Fahrwasser zu dirigieren. Die USA wie der gesamte NAFTA-Raum haben hierzu in der Vergangenheit einen Beitrag geleistet, nicht aber Europa und Japan.

Geldpolitik am Beginn der Europäischen Währungsunion

Mit Beginn des Jahres 1999 ist die geldpolitische Entscheidungsbefugnis auf die Europäische Zentralbank (EZB) übergegangen. Schon am 1. November 1998 hat die EZB die wesentlichen Ziele und Elemente ihrer geldpolitischen Strategie bekanntgegeben. Vorrangiges Ziel ist die Erhaltung der Preisstabilität. Sie gilt als gewahrt, wenn die Rate des Anstiegs des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HICP) gegenüber dem Vorjahrswert unter 2 % liegt. Für die geldpolitische Strategie der EZB spielt die Geldmenge eine herausragende Rolle als Indikator und Zwischenzielgröße. Parallel hierzu beabsichtigt die EZB aber auch, eine Inflationsprognose vorzunehmen und dabei eine Vielzahl anderer finanzieller und realer Indikatoren heranzuziehen.

Die EZB hat, der Tradition der Deutschen Bundesbank folgend, als Indikator und Zwischenzielgröße nicht die enge Geldmenge M1, sondern eine relativ breit abgegrenzte Geldmenge gewählt: die erweiterte Geldmenge M3, deren Wahl und Definition in Box 5 beschrieben werden. Doch angesichts der erheblichen Unsicherheit, die jeder geldpolitische Regimewechsel mit sich bringt, verzichtete sie darauf, sich schon von Anfang an mit der Ankündigung eines Geldmengenziels zu binden. Um trotzdem der Wirtschaft eine Vorstellung von der Grundrichtung ihres geplanten Kurses zu vermitteln, gab sie für das Jahr 1999 einen „Referenzwert“ der für stabilitätsgerecht angesehenen monetären Expansion bekannt. Er beträgt 4,5 %, und seine Einhaltung würde auf eine Fortsetzung der Geldmengenexpansion in der bisher für 1998 erkennbaren Größenordnung hinauslaufen, aber in einem Tempo, das angesichts des voraussichtlich schwachen Wirtschaftswachstums eher zu verhalten als zu rasch zu nennen ist.

Diese Rate ist nicht — wie beim Geldmengenziel der Bundesbank — mit der „laufenden“ Expansionsrate auf Jahresbasis gleichzusetzen. Denn definiert wurde dieser Referenzwert als jene Rate, mit der die gleitenden Dreimonatsdurchschnitte der Geldmenge die jeweiligen Vorjahrswerte übertreffen. Auf die Angabe eines Zielkorridors hat die EZB verzichtet.

Dem Referenzwert von 4,5 % liegen drei für die EWU geschätzte oder geplante Komponenten zugrunde: die als „proxy“ für das Wachstum des noch nicht bekannten gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials geschätzte Trendrate des Wachstums des realen Bruttoinlandspro-

dukts von 2 % bis 2,5 %, die für mit Geldwertstabilität vereinbar gehaltene Rate des Anstiegs des Verbraucherpreisniveaus von unter 2 % sowie ein Zuschlag für die trendmäßige Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes von 0,5 % bis 1 %. Angesichts dieser etwas vagen Angaben kann kein exakter Mittelwert errechnet werden. Je nachdem, ob man unter „Preisstabilität“ — einer Rate von „unter zwei Prozent“ — eine Rate von 1,9 % oder nur eine von 1,5 % versteht, kommt man zu Mittelwerten von 4,9 % bzw. 4,5 %. Dieses rechnerische Ergebnis hätte (fast) gleichermaßen die Entscheidung für einen Referenzwert von 4,5 % wie die für einen Referenzwert von 5 % gerechtfertigt. Sie hätte aber auch die Wahl eines Zielkorridors von zum Beispiel 3 % bis 6 % nahegelegt, wie ihn die Bundesbank für 1998 für die deutsche Geldmenge angesichts deren relativ hoher Volatilität vorgesehen hatte.

Hilfreich zur Beurteilung des von der EZB gewählten Referenzwertes kann auch ein — mit der Abbildung 17 illustriertes — Gedankenexperiment sein, das mittelfristigen Aspekten Rechnung trägt: Wie wäre die Entwicklung der aggregierten Geldmenge einzuschätzen gewesen, wenn sich die (späteren) Mitgliedsländer der EWU Anfang 1992 ein gemeinsames, mittelfristig konstantes Geldmengenziel mit einem Korridor von drei Prozentpunkten gesetzt hätten? Die Antwort fällt ganz unterschiedlich aus, je nachdem, welchen Mittelwert dieser Korridor gehabt hätte. Wäre die Wahl auf einen Mittelwert von 4,5 % gefallen, hätte die Expansion der aggregierten Geldmenge zwar zunächst als zu stark, aber von 1995 an als durchaus potentialgerecht angesehen werden können. Bei der Entscheidung für eine mittlere Rate von 5,5 % — wie sie von den Wirtschaftsforschungsinstituten im Herbstgutachten 1996

Box 5

Zur Schätzung der Geldmenge in der Europäischen Währungsunion (EWU)

Bei der Erstellung dieses Berichts lagen noch keine offiziellen Angaben über jene aggregierte Geldmenge in den elf Mitgliedsländern der EWU vor, die von der Europäischen Zentralbank (EZB) als geldpolitische Zwischenzielgröße gewählt worden ist. Um trotzdem zumindest eine grobe Vorstellung von der Entwicklung der gesamten Geldmenge der EWU-Länder zu gewinnen, hat das DIW eine EWU-Geldmenge geschätzt, die der vermutlichen offiziellen Zwischenzielgröße möglichst nahekommen dürfte.

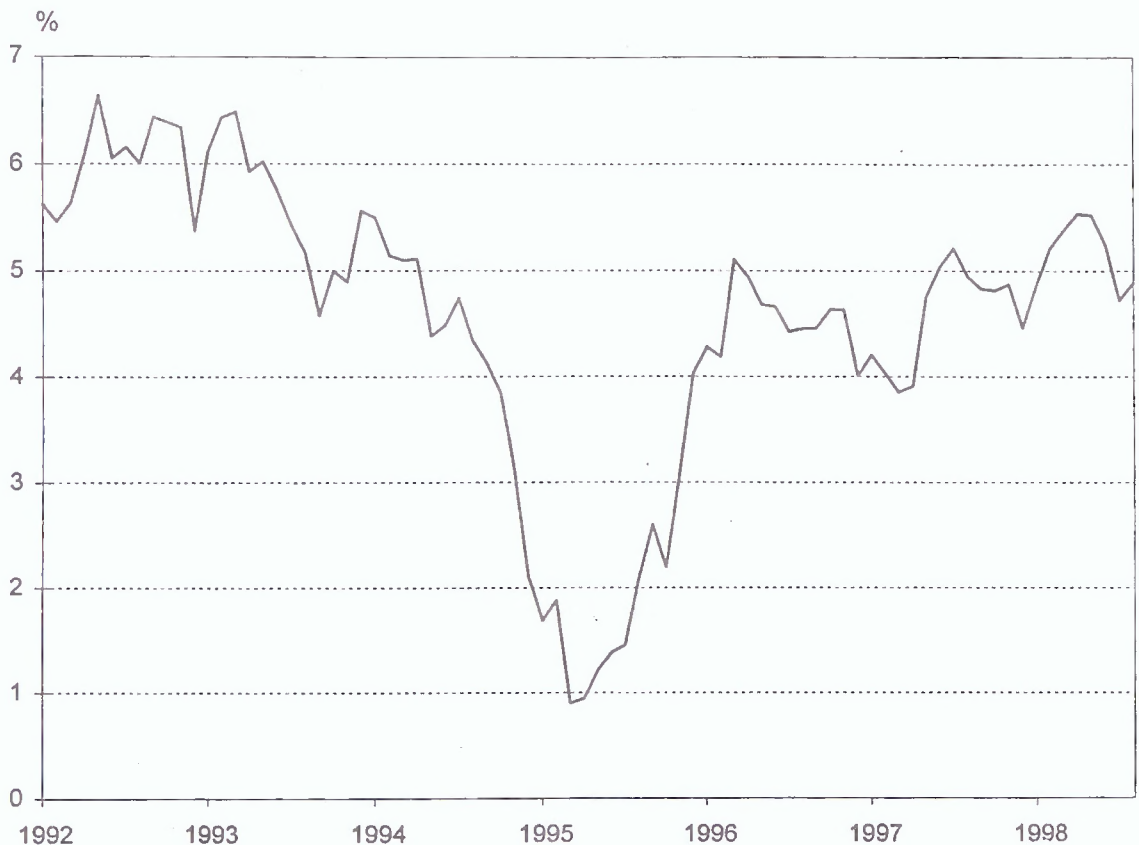
Die Entwicklung dieser Zwischenzielgröße soll den geldpolitischen Kurs möglichst gut abbilden. Sie soll von der Zentralbank hinreichend genau beeinflusst werden können und eine hinreichend stabile Beziehung zu den eigentlichen Zielgrößen, namentlich der Preisentwicklung, aufweisen. Zudem soll sie nicht allzustark schwanken. Die eng abgegrenzte Geldmenge M1 (Bargeldumlauf und Sichteinlagen) hat zwar den Vorteil, daß sie sensibel auf zinspolitische Maßnahmen reagiert; sie weist jedoch eine starke Volatilität auf, da Zinsstrukturänderungen und andere Faktoren, etwa das Aufkommen von Unsicherheit, beträchtliche Portfolioumschichtungen zugunsten oder zu Lasten verzinslicher Geldanlagen auslösen. Daraus folgt, daß die Volatilität um so geringer ist, je breiter die Geldmenge abgegrenzt ist — was freilich damit erkauft wird, daß die Geldmenge um so mehr solche „geldfernen“ Elemente (Geldkapital) enthält, deren Anstieg eher auf eine vermehrte Sparneigung als auf künftige Mehrausgaben und Preissteigerungen deuten. Diese Überlegungen dürften die EZB — der Tradition der Deutschen Bundesbank und anderer Notenbanken fol-

gend — veranlaßt haben, sich für einen Kompromiß zwischen einer sehr engen und einer extrem weitgefaßten Geldmenge zu entscheiden. Er läuft auf die Wahl der sogenannten erweiterten Geldmenge M3¹ als geldpolitische Zwischenzielgröße hinaus.

Mangels ausreichender Informationen über das, was die traditionelle Geldmenge M3 „erweitert“, z. B. Geldmarktpapiere, Geldmarktfondsanteile, Einlagen bei Auslandsfilialen und -töchtern inländischer Banken, hat sich das DIW darauf beschränkt, die nationalen Geldmengen M3 (ohne Erweiterung) zu aggregieren. Für Länder, die für diese Geldmenge keine Angaben veröffentlichen, wurden von den vorliegenden Geldmengenaggregaten diejenigen einbezogen, die der Geldmenge M3 am besten entsprechen. Diese sind für Italien M2, für Portugal M2- und für Irland M3E. Die auf diese Weise ausgewählten nationalen Geldmengen wurden anhand der zuletzt geltenden ECU-Leitkurse umgerechnet. Als Datenquellen dienten für die Geldmenge M3 der Bundesrepublik Deutschland die Monatsberichte der Deutschen Bundesbank und für die Geldmengen der übrigen Länder die Main Economic Indicators der OECD.

¹ Sie besteht neben dem Bargeldumlauf aus bestimmten Verbindlichkeiten von „Monetary Financial Institutions“ der Eurozone gegenüber Gebietsansässigen dieser Zone, das sind täglich fällige Einlagen (overnight deposits), Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu zwei Jahren, Einlagen mit einer Kündigungsfrist von bis zu drei Monaten, Guthaben aus Pensionsgeschäften (Repos), Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von bis zu zwei Jahren, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere (netto).

Entwicklung der Geldmenge M3¹ in den EWU-Ländern



1) Bargeld zuzüglich Sicht-, Termin- und Spareinlagen, für Italien M2, für Portugal M2- und für Irland M3E, auf Basis der ECU-Leitkurse; Monatsdaten; nicht saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in %.

Quellen: Deutsche Bundesbank; OECD; Berechnungen des DIW.

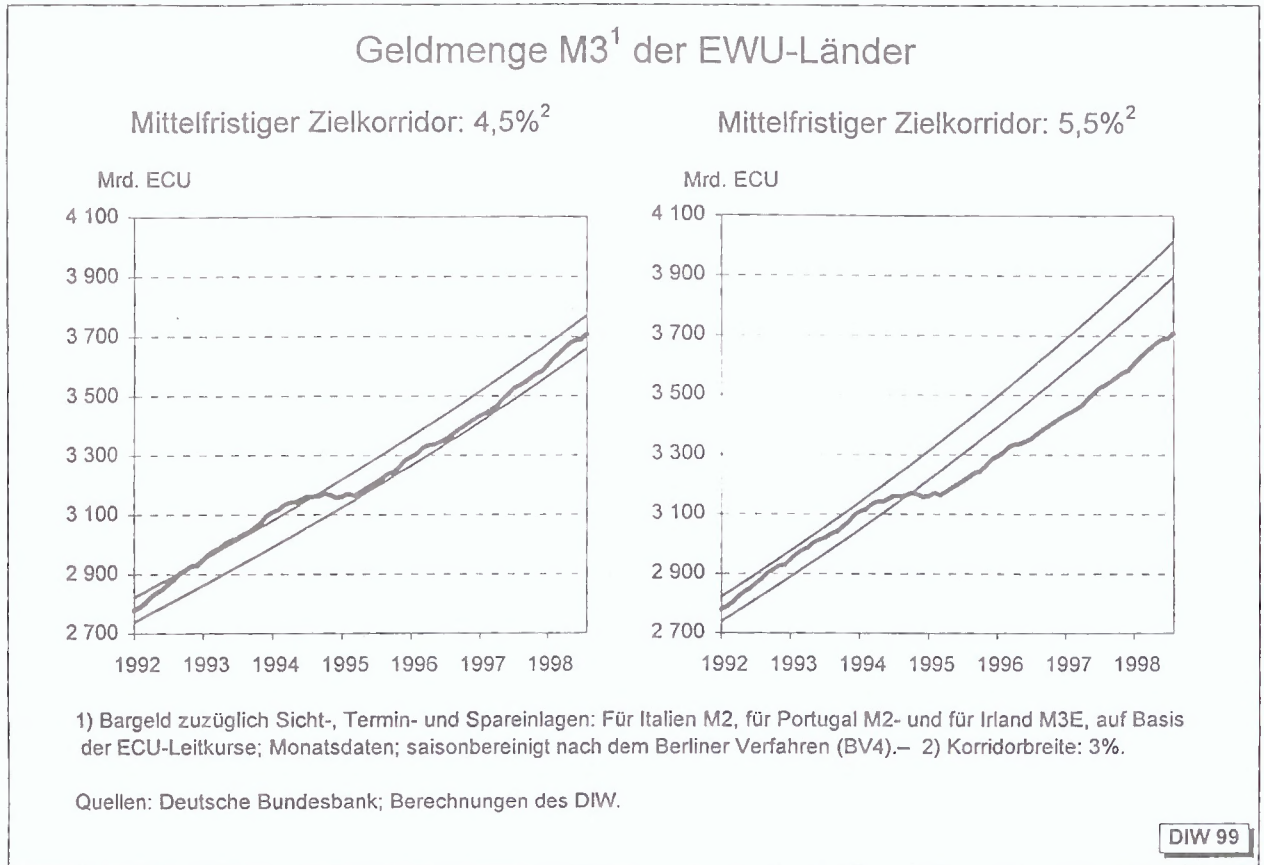
DIW 99

(Abbildung 14) für Deutschland empfohlen worden war — wäre die Entwicklung der aggregierten EWU-Geldmenge hingegen eindeutig negativ zu bewerten gewesen. Denn die Geldmenge hätte im Jahre 1995 den Korridor unterschritten und sich von diesem mehr und mehr entfernt. Diese „Zielverfehlung nach unten“ hätte man mit dem Bestreben der westeuropäischen Notenbanken, zur Erfüllung des stabilitätspolitischen Maastricht-Kriteriums beizutragen, erklären können. Man hätte damit aber auch zugeben müssen, daß dieser Restriktionskurs eindeutig zu Lasten des Wirtschaftswachstums gegangen ist und jetzt, nach Erreichung des Stabilitätsziels, einer Korrektur bedarf, mit der das beschäftigungspolitisch erforderliche Wirtschaftswachstum stärker als zuvor berücksichtigt wird.

Warum hat die EZB auf die Ankündigung eines Zielkorridors von z.B. 3 % bis 6 % verzichtet? Sie begründet dies mit der Gefahr, die Marktteilnehmer würden genau im Zeitpunkt eines Überschreitens der oberen oder der unteren Grenze des Korridors eine automatische Erhöhung bzw. Senkung der Notenbankzinssätze selbst dann erwarten, wenn die übrigen Indikatoren dies nicht rechtfertigten. In der Tat: Ohne eine solche Restriktion hätte die EZB genügend Flexibilität, auch auf solche anderen Indikatoren zu reagieren, die gegen eine Gefährdung der Preisstabilität — sei es in inflatorischer, sei es in deflatorischer Richtung — sprechen.

Es gibt allerdings auch triftige Gründe für die Wahl eines Zielkorridors. Wenn auch Abweichungen vom Referenz-

Abbildung 17



wert um mehr als anderthalb Prozent in der einen oder anderen Richtung ohne weiteres — und das heißt auch: ohne den Zwang zur Begründung für diese Abweichung — möglich wären, liefe dies auf eine Immunisierung gegen Kritik, eine Entwertung selbst des provisorischen „Referenzwertes“ und auf einen Verlust an Glaubwürdigkeit hinaus. Die EZB wäre deshalb gut beraten gewesen, wenn sie sich für einen Korridor entschieden hätte. Hierfür spricht zudem, daß die EZB für zwei der Komponenten des Referenzwertes eine Art Korridor genannt hat: für das Trendwachstum der Produktion 2 % bis 2,5 % und für den rückläufigen Trend der Umlaufgeschwindigkeit von M3 Raten von 0,5 % bis 1 %. Wenn die EZB aber schon für diese beiden Komponenten Korridore genannt hat, hätte sie konsequenterweise auch für den Referenzwert einen Korridor angeben sollen. Dieser Korridor von drei Prozentpunkten wäre nicht so eng bemessen gewesen, daß er der voraussichtlichen Volatilität der Geldmenge keine Rechnung getragen hätte. Er wäre aber auch nicht so breit gewesen, daß er die EZB von dem Zwang befreit hätte, mit guten Argumenten zu begründen, warum sie gegebenenfalls das Verlassen des Geldmengenkorridors tolerieren will. Wer für einen Korridor plädiert, kann sich auch auf die Bundesbank berufen. Sie hat häufig Überschreitungen der von ihr

vorgegebenen Zielkorridore hingenommen. Da sie dies jedoch überzeugend verteidigen konnte, hat ihre stabilitätspolitische Reputation nicht gelitten.

Die Entscheidung für einen punktzieldähnlichen Referenzwert von 4,5 % für 1999 kann man freilich auch noch anders interpretieren als die EZB: Sowohl die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem letzten Herbstgutachten¹⁷ als auch der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1998/99¹⁸ haben sich für ein Geldmengenziel von 5 % ausgesprochen. Die Differenz gegenüber dem von der EZB genannten Referenzwert von einem halben Prozentpunkt erscheint angesichts der erheblichen prognostischen Ungewißheit als eine Quantité négligeable. Doch sollte man nicht die Signalwirkung in Richtung Restriktion unterschätzen, die von der Wahl der niedrigeren Rate ausgehen könnte: Vor die Wahl gestellt, mehr Raum für wirtschaftliches Wachstum zu geben oder mehr für die Preisstabilität zu tun, würde sich die EZB im Zweifelsfalle für eine restriktive Maßnahme entscheiden, um genügend stabilitätspolitische Glaubwürdigkeit zu erwerben.

¹⁷ Abgedruckt in: Wochenbericht des DIW, Nr. 43/98, S. 784.

¹⁸ In Ziffer 285.

Die Wahl eines relativ niedrigen Referenzwertes scheint — im nachhinein — um so eher gerechtfertigt zu sein, als die Zentralbanken der EWU wenige Wochen vor dem offiziellen Beginn der gemeinsamen Geldpolitik diese mit einer expansiven Maßnahme „belasteten“. Am 3. Dezember vorigen Jahres senkten sie ihre Pensionssätze und gaben damit jenen Leitzins vor, mit dem die EZB Anfang dieses Jahres ihren geldpolitischen Kurs gestartet hat. Die im Einvernehmen mit der EZB vorgenommene Fixierung eines Leitzinses von 3 % ist manchenorts als Symptom für eine zu weiche stabilitätspolitische Haltung der Mitglieder des Europäischen Zentralbankrats interpretiert worden.

Die Warnung vor einer Leitzinssenkung in der EWU wurde unter anderem mit dem Argument begründet, durch diese Maßnahme würden Länder, die aus binnenwirtschaftlichen (stabilitätspolitischen) Gründen noch an einem relativ hohen kurzfristigen Zins festhielten, bei einer Senkung ihrer Leitzinsen auf das EWU-Referenzniveau von 3 % einen unerwünscht starken inflatorischen Impuls erhalten. Dieses Argument überzeugt aber nicht. Träfe es zu, könnte zum Beispiel Deutschland angesichts einer extrem niedrigen Preissteigerungsrate bei schwachem Wirtschaftswachstum mit demselben Recht eine noch stärkere Zinssenkung fordern. Tatsächlich aber können künftig nicht mehr regionale, sondern nur noch europaweite Aspekte bei der Wahl der Leitzinsen berücksichtigt werden. Sicherlich wird es innerhalb der EWU immer wieder vorübergehend regionale Differenzen zwischen den Preissteigerungsraten geben; doch der zunehmende Wettbewerb bei „konstanten Wechselkursen“ wird keine nennenswerten Abweichungen der regionalen *Inflationsraten*, also der *permanenten* Preis- und Kostensteigerungen, vom EWU-Durchschnitt zulassen.

Schwerer wiegt dagegen das gegen die Leitzinssenkung vorgebrachte Argument, die kurzfristigen wie die langfristigen Realzinsen auf dem Kapitalmarkt im Europa hätten ein ungewöhnlich niedriges Niveau erreicht. In der Tat lag zuletzt der statistisch erfaßbare (Ex-post-) Realzins — die Differenz zwischen der nominalen Anleiherendite von 4 % und der aktuellen Inflationsrate von gut 1 % — mit 3 % unter dem Durchschnitt in den bisherigen neunziger Jahren. Doch dieser Durchschnitt ist für eine Beurteilung dessen, was gegenwärtig angemessen ist, ungeeignet. Er umfaßt auch solche Jahre, in denen der Zins wegen eines starken Preisauftriebs eine überhöhte Risikoprämie enthielt; diese Prämie dürfte inzwischen erheblich gesunken sein. An die Stelle des historischen Vergleichs sollte deshalb ein anderes Kriterium für die Angemessenheit des realen Kapitalmarktzinses treten: der Vergleich mit der Sachkapitalrendite, genauer mit der Relation zwischen der aus Sachinvestitionen zu erwartenden realen Rendite und dem realen Kapitalmarktzins. Diese Relation mag in letzter Zeit größer und damit für die Investitionstätigkeit günstiger geworden sein. Der langfristige Zins ist aber — was die hier vorgelegte Prognose des Wirtschaftswachstums in der EWU befürchten läßt — nach wie vor nicht niedrig genug,

um einen Beitrag zu einem anhaltend kräftigen Aufschwung zu leisten.

Deshalb sollte auch die Geldpolitik ihren Part spielen: Mit einer deutlichen Senkung der kurzfristigen Zinsen und mit der Schaffung eines ausreichenden Zinsgefälles zwischen dem Geld- und dem Kapitalmarkt könnte sie verhindern, daß zu viele Ersparnisse in kurzfristige Anlagen gelenkt und damit dem der längerfristigen Investitionsfinanzierung dienenden Kapitalmarkt vorenthalten werden. Angesichts des hohen Risikos einer Ausbreitung der internationalen Krise auf Europa und die USA wäre es sogar geboten gewesen, gemeinsam mit der US-Notenbank durch eine Zinssenkung die Bereitschaft zu signalisieren, schon den Anfängen einer Krise zu wehren.

Finanzpolitik: Prozyklische Wirkungen vermeiden

Durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt wird der Handlungsspielraum der nationalen Finanzpolitik erheblich eingeschränkt, denn der Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben werden relativ enge Grenzen gesetzt. Das Leitbild stellt ein ausgeglichener Haushalt in einer konjunkturellen Normalsituation dar. In wirtschaftlich schwachen Jahren dürfen die öffentlichen Haushalte bis zu 3 % ihrer Ausgaben über Kredite finanzieren; bei Überschreiten dieser Grenze drohen Sanktionen. Nur in einer schweren Rezession — sie liegt vor, wenn das reale Bruttoinlandsprodukt um 2 % hinter dem Vorjahreswert zurückbleibt — darf die Quote höher ausfallen.

Das zentrale Problem der Finanzpolitik besteht darin, daß sie infolge der Massenarbeitslosigkeit mit enormen Finanzierungslasten zu kämpfen hat. Zwar hat sie sich eines Teils dieser Lasten entledigt, indem immer wieder Ausgaben gekürzt wurden. Allein bei den sozialen Leistungen sind in den letzten Jahren Einsparungen realisiert worden, die sich auf bis zu 100 Mrd. DM jährlich summieren. Auch beim Staatsverbrauch und bei den öffentlichen Investitionen kam es zu erheblichen Kürzungen. Dadurch konnten die Defizitquoten gesenkt werden. Allerdings war dieser Prozeß mit erheblichen gesamtwirtschaftlichen Anpassungskosten verbunden. Per saldo ist es der Wirtschaft in den letzten Jahren nicht gelungen, zu einer „Normalsituation“ bei merklich höherer Beschäftigung zurückzufinden.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die konjunkturelle Normalsituation der geeignete Bezugspunkt ist, wann ein Haushalt ausgeglichen sein soll. Dies wäre dann der Fall, wenn eine solche Normalsituation mit einem hohen Beschäftigungsstand verknüpft wäre. Da konjunkturelle Schwankungen jedoch allein am Auslastungsgrad des Sachkapitals gemessen werden, kann sich eine so definierte Normalsituation auch bei hoher Unterbeschäftigung des Erwerbspersonenpotentials einstellen. Von einer solchen Konstellation war die deutsche Wirt-

schaft im vergangenen Jahr nicht allzuweit entfernt. Wenn die Konjunktur über Jahre hinweg schwach war und die Arbeitslosigkeit sich auf hohem Niveau verfestigt hat, ist ein ausgeglichener Haushalt aber eine Fiktion. Versucht die Finanzpolitik dennoch dieses Ziel zu erreichen, schmälert sie mit jedem Schritt in diese Richtung die Auftriebskräfte und trägt zur weiteren Verfestigung der Arbeitslosigkeit und damit auch der hohen fiskalischen Belastung bei.

In jedem Fall wandelt die Finanzpolitik auf schmalen Grat, denn bei einem konjunkturellen Rückschlag wäre die Grenze von 3 % relativ rasch erreicht. Ein höheres Defizit ist nur zulässig, wenn das reale BIP gegenüber dem Vorjahr um mindestens 2 % und die Zahl der Beschäftigten um weit mehr als eine Million zurückgeht.¹⁹ Verharrt im folgenden Jahr die Arbeitslosigkeit auf dem hohen Niveau und schrumpft die gesamtwirtschaftliche Leistung nicht neuerlich um wenigstens 2 %, müßte die Finanzpolitik umgehend zur Politik des strikten Defizitabbaus zurückkehren.

Auch ohne die im Stabilitätspakt gezogenen Grenzen stellt sich die Frage, in welchem Maße die Finanzpolitik auf die wirtschaftliche Entwicklung Einfluß nehmen kann. Hiermit sind nicht nur die Erwartungen angesprochen, die mit einer stärker nachfrageorientierten Strategie verknüpft werden, sondern auch die Wachstumshoffnungen, die auf eine Steuerreform gerichtet werden. In jedem Falle sind die Wirkungen, die von der Finanzpolitik auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgehen, begrenzt, da der Staat immer nur befristet expansive Impulse geben kann. Für sich genommen werden höhere Ausgaben und/oder niedrigere Steuersätze die Unternehmen nur dann zu mehr Investitionen veranlassen, wenn sie dauerhaft mit einer höheren Kapazitätsauslastung bzw. Rendite rechnen können. Dies ist dann der Fall, wenn im Zuge einer Belebung entweder private Nachfrage an die Stelle des Staates tritt oder aber der Staat ständig neue Impulse gibt. Nur dann, wenn sich die Impulse durch höhere Steuer- und Beitragseinnahmen auf Dauer quasi selbst finanzieren, werden die Zinslasten des Staates nicht steigen. Dieser Fall wird jedoch kaum eintreten, weil nur wenige finanzpolitische Maßnahmen so starke Multiplikator- und Akzeleratoreffekte auslösen, daß entsprechend hohe Steuer- und Beitragseinnahmen an den Staat zurückfließen.

Auch wenn der Staat nicht als permanenter Impulsgeber für die Wirtschaft fungieren kann und kurzatmige, lediglich politischen Aktionismus verkörpernde Programme nur vorübergehend für mehr Wachstum und Beschäftigung sorgen, bedeutet dies nicht, daß ein Rückzug des Staates die angemessene Form ist, auf die anhaltende Wachstums- und Beschäftigungskrise zu reagieren. Vielmehr geht es darum, daß der Staat auch und erst recht in einer Phase schwachen Wirtschaftswachstums und hoher Arbeitslosigkeit seinen vielfältigen distributiven, allokativen und stabilisierungspolitischen Aufgaben nachkommen kann. Zu diesem Zwecke sollte sich die Finanzpolitik in der gegenwärtigen Situation wie die Geldpolitik primär an der mittelfristigen (trendmäßigen) Entwicklung des Produk-

tionspotentials der Wirtschaft orientieren, wobei die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung nicht mit berücksichtigt werden. Damit wäre eine antizyklische Wirkung programmiert, die über die in das Steuer- und Transfersystem eingebaute „automatische“ Stabilisierung hinausginge. Bei rückläufiger gesamtwirtschaftlicher Nachfrage nimmt der staatliche Einfluß zu, bei expandierender Nachfrage schwächt er sich ab. Im Zuge eines kräftigen Aufschwungs verschwinden nicht nur die konjunkturellen Defizite. Auch der Abbau des strukturellen Defizits fällt dann sehr viel leichter, weil die Belastungen von den Wirtschaftssubjekten eher verkraftet werden können. Versucht der Staat indes, in einer stagnierenden Wirtschaft die Defizite abzubauen, so belastet er in einem labilen Umfeld die Wirtschaft mit einem weiteren negativen Nachfrageschock.

Im welchem Maße von der Finanzpolitik letztlich „antizyklische“ Effekte ausgehen, hängt auch davon ab, ob die anderen Politikbereiche, also Geld- und Lohnpolitik, in die gleiche Richtung wirken. So wird die stabilisierende Wirksamkeit der Finanzpolitik eingeschränkt, wenn die Geldpolitik eine Stabilisierungsrezession einleitet und die Finanzpolitik die Anpassungskosten einer solchen Restriktion — Einnahmeausfälle, Unterstützung der Arbeitslosen — tragen muß. Umgekehrt darf die Finanzpolitik nicht durch restriktive Maßnahmen eine geldpolitische Lockerung konterkarieren.

Alles in allem ist die Finanzpolitik in der gegenwärtigen Situation gut beraten, den leichten Anstieg der staatlichen Finanzierungsdefizite hinzunehmen. Zugleich sollte sie dafür Sorge tragen, daß die öffentlichen Investitionen wieder stärker expandieren. Insbesondere in Ostdeutschland sind vermehrte Investitionen vonnöten. Alarmierend sind auch die seit langem rückläufigen Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft. Gerade in einer Volkswirtschaft, deren Leistungsfähigkeit auf immateriellen Investitionen in Forschung und Bildung basiert, sind stetig steigende Ausgaben erforderlich, damit durch eine Verbreiterung der Wissensbasis das Produktionspotential wachsen kann. Maßnahmen wie diese stärken nicht nur die Nachfrage, sondern auch die Angebotsseite der Wirtschaft.

Zur Steuerreform

Im vergangenen Jahr wurde immer wieder die Verschiebung der Steuerreform als ein wesentlicher Grund für die anhaltende Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft identifiziert. Zugleich wurden mehr Steuergerechtigkeit und ein transparenteres Steuersystem angemahnt. Die vielfältigen Steuervergünstigungen sollten abgeschafft und im Gegenzug die Steuersätze radikal gesenkt werden. Das Reformpaket der neuen Bundesregierung ist bei der Wirtschaft umgehend auf Ablehnung gestoßen. Während sich viele der geplanten Maßnahmen zum Abbau

¹⁹ Sinkt das BIP um 2 %, verringert sich bei einem Produktivitätsanstieg um 2 % das Beschäftigungsvolumen um 4 %, also um 1,2 Mill. Erwerbstätige.

der Steuervergünstigungen auch in dem Vorschlag der alten Bundesregierung fanden, gibt es bei dem geplanten Nettoentlastungsvolumen sowie dem Zeitpunkt des Inkrafttretens deutliche Unterschiede. Nach den Vorstellungen der neuen Bundesregierung soll die Entlastung nur halb so hoch ausfallen wie im Konzept der alten Regierung; zudem wird die Entlastung zeitlich gestreckt. Im kommenden Jahr sollen kleine und mittlere Einkommen entlastet, die Unternehmen per saldo indes belastet werden; erst für das Jahr 2000 sind auch für die Unternehmen Entlastungen vorgesehen.

Ein gewichtiger Punkt in der gegenwärtigen Diskussion ist die Frage, ob eine Steuerreform tatsächlich in entscheidender Weise zu mehr Wachstum und Beschäftigung beitragen kann. Häufig bleibt die Tatsache ausgeblendet, daß sich die gesamtwirtschaftliche Steuerquote auf einem historisch niedrigen Niveau eingependelt hat. Erinnert sei in diesem Zusammenhang daran, daß sowohl die Vermögen- wie auch die Gewerbesteuer abgeschafft wurden und die Steuerbelastung der Unternehmen im Rahmen des Standortsicherungsgesetzes erheblich gesenkt wurde. Zudem zeichnet sich das deutsche Steuersystem durch verhältnismäßig großzügige Abschreibungsregelungen aus, wodurch die negative Wirkung der relativ hohen Steuersätze auf die Investitionstätigkeit erheblich geschmälert wird. Im Gegensatz zu den „Petersberger Beschlüssen“ der früheren Koalition finden sich im Konzept der neuen Regierung keine Maßnahmen, welche die *allgemeinen* Abschreibungsvergünstigungen verschlechtern, so daß es nicht zu negativen Anreizwirkungen für Investitionen kommt.

Unbestritten ist, daß ein transparentes Steuersystem die alloкативе Effizienz erhöht. Doch geht es auch um die Frage, ob in der gegenwärtigen Situation eine Politik, die einkunftsspezifische Sonderregelungen u.ä. abbaut und im Gegenzug die Steuersätze senkt, tatsächlich die Wirtschaft zu mehr Investitionen anregen kann — in einem Umfeld, in dem auch die Entlastungen bei den Lohnkosten die Unternehmen nicht zu Kapazitätserweiterungen veranlassen haben. Unter den gegebenen Bedingungen ist vielmehr zu erwarten, daß Steuerentlastungen vor allem zur Eigenfinanzierung ohnedies geplanter Investitionsvorhaben verwendet werden. Und selbst im günstigsten Fall wird eine Steuerentlastung immer nur temporäre Impulse geben.

Wenn eine höhere Nettoentlastung bei den Steuern gefordert wird, muß die Frage der Finanzierung geklärt sein. Die Hoffnung auf Selbstfinanzierung steht auf tönernen Füßen, weil die anregenden Wirkungen begrenzt sein dürften. Aber auch die verschiedenen Möglichkeiten zur Gegenfinanzierung — etwa eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder Kürzungen auf der Ausgabenseite — werden immer den expansiven Effekt der Steuerentlastung dämpfen, ganz abgesehen davon, daß solche Maßnahmen die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit aufwerfen.

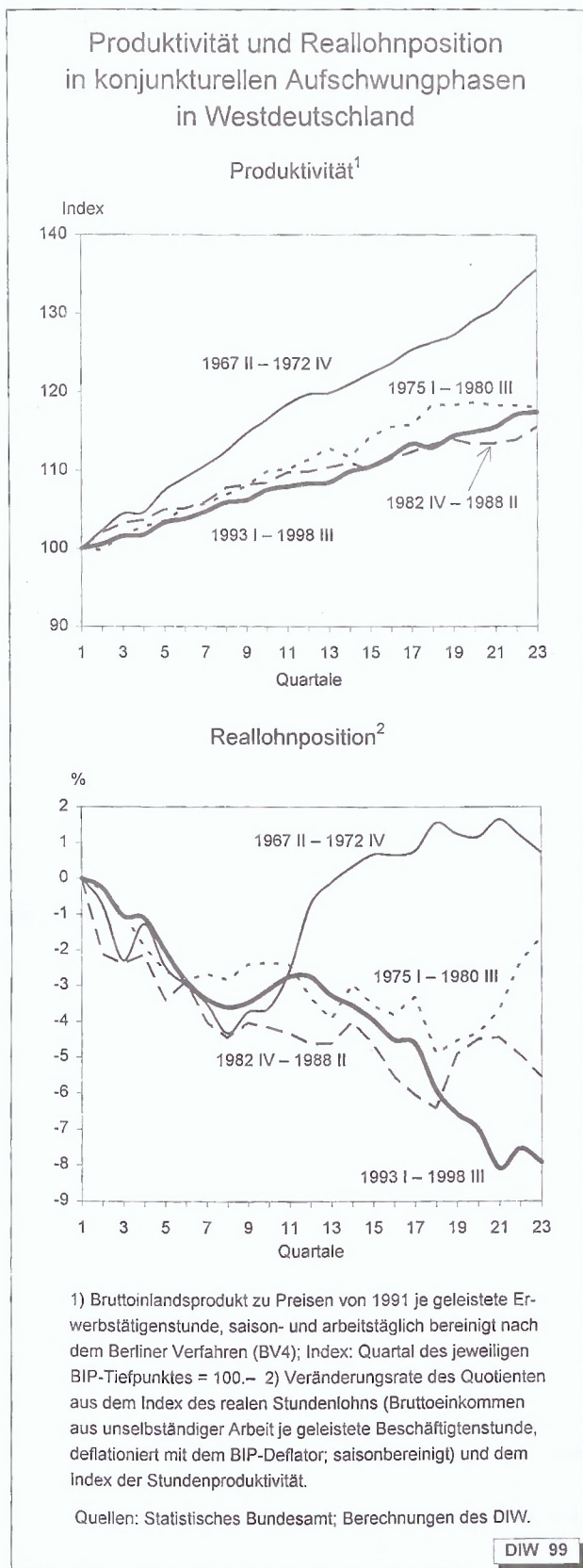
Ohnedies ist durch die Steuerpolitik der letzten Jahre das Leistungsfähigkeitsprinzip als tragende Säule einer „gerechten“ Besteuerung immer mehr ausgehöhlt worden. Dies gilt selbst dort, wo aus angebotspolitischen Überlegungen Grundsätze des Steuersystems aufgegeben wurden. So wird mit den niedrigeren Steuersätzen auf gewerbliche Einkünfte nicht nur das Prinzip der synthetischen Einkommensteuer in Frage gestellt;²⁰ zudem werden die Bezieher gewerblicher Einkünfte in den unteren und mittleren Einkommensklassen benachteiligt.

Vor dem Hintergrund der im Stabilitätspakt gezogenen Verschuldungsgrenzen, der unsicheren Wirkung von Steuerentlastungen auf die Investitionstätigkeit wie auch aus verteilungspolitischen Gründen kann das Steuerpaket alles in allem als ausgewogen bezeichnet werden, wenn gleich eine Reform nicht in drei Stufen, sondern in einem Schritt wünschenswert gewesen wäre. Hierfür sprechen vor allem konjunkturelle Gründe, denn finanzpolitische Stimuli sind gerade jetzt erforderlich. Freilich stehen dieser Forderung innerstaatliche Umsetzungsprobleme entgegen, denn Länder und Gemeinden haben kaum ein Interesse an einer Steuerreform, die mit Einnahmeverlusten verbunden ist. Muß der Bund für Ausgleichszahlungen aufkommen, gerät er in Kollision mit Art. 115 GG, denn dann überschreitet seine Nettokreditaufnahme die Höhe der Investitionsausgaben. Dies wäre nur zulässig, wenn geltend gemacht wird, daß ein Überschreiten zur Abwehr einer gesamtwirtschaftlichen Störung erforderlich ist. Aus diesen Überlegungen ist es unerlässlich, daß sich Länder und Gemeinden an der Finanzierung der Steuerreform beteiligen, zumal sie auch an den positiven Wirkungen teilhaben.

Neben einer Reform der Einkommensbesteuerung plant die Bundesregierung den Einstieg in eine ökologische Steuerreform. Höhere Steuersätze auf Mineralöl und die Einführung einer Stromsteuer sollen die Energieträger verteuern; mit den Mehreinnahmen sollen die Sozialbeiträge gesenkt werden. Im Vergleich zu einer umfassenden ökologischen Steuerreform, wie sie etwa vom DIW in verschiedenen Studien untersucht worden ist, nehmen sich die bisher beschlossenen Maßnahmen eher bescheiden aus. Die auf der ersten Reformstufe beschlossene Mineralölsteuererhöhung um sechs Pfennig je Liter ist kaum spürbar, gleiches gilt für die Maßnahmen bei Heizöl, Gas und Strom. Doch kommt es weniger auf die Höhe der Einstiegssätze als vielmehr auf die Nachhaltigkeit und Vorhersehbarkeit der Maßnahmen an. Abrupte Veränderungen der Preise schaden eher, da sie Anpassungsfriktionen auslösen. Ein langsamer und allmählicher Einstieg in die Veränderung der Preisrelationen läßt dagegen Spielraum, umweltschonendere Technologien und Produktionsverfahren einzuführen. Wichtig wäre daher, Wirtschaft und privaten Haus-

²⁰ Als Begründung für die Begünstigung wird die Belastung mit Gewerbesteuer genannt. Doch ist diese als Kostensteuer und nicht als Gewinnsteuer konzipiert.

Abbildung 18



halten deutlich zu machen, daß die Energiepreise längerfristig spürbar steigen werden, um die Wirtschafts- und Lebensverhältnisse zu verändern. Dazu müßte der mittelfristige Pfad der Steuererhöhungen als Orientierungsrahmen vorgegeben werden.

Bedenklich stimmen die vorgesehenen Ermäßigungs- und Ausnahmeregelungen für die energieintensive Wirtschaft. Diese widersprechen dem Ziel, die Umweltbelastungen gleichmäßig zu verringern. Indes wird man schon aus politischen Gründen nicht umhinkommen, tatsächliche oder vermeintliche Gefährdungen der Wettbewerbsfähigkeit durch Sonderregelungen für besonders belastete Bereiche zu mildern. Diese sind als Zugeständnisse an einen „zu schnellen“ Strukturwandel zu verstehen, der mit sozialen und regionalen Verwerfungen einhergeht. Soll eine Reform wirksam sein, dürfen solche Regelungen jedoch nur eng befristet sein.

Lohnpolitik: Rückkehr zur Produktivitätsorientierung

Wie in den vergangenen Jahren gehen die Meinungen über die angemessene Höhe der Tariflohnsteigerungen weit auseinander. Während der Sachverständigenrat in seinem jüngsten Gutachten wiederum für Lohnsteigerungen plädiert, die weit hinter dem erwarteten Produktivitätsfortschritt zurückbleiben, sieht das DIW in diesem Weg keine geeignete Strategie, um die Beschäftigungslage in Deutschland nachhaltig zu verbessern (Abbildung 18).

Die wesentliche Problematik der Argumentation des Sachverständigenrates besteht darin, daß der Rat den Arbeitsmarkt als Partialmarkt betrachtet und Rückkopplungen zwischen Gütermarkt und Arbeitsmarkt sowie Reaktionen der anderen Marktteilnehmer systematisch vernachlässigt. Insbesondere läßt er außer acht, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht nur vom Preis der Arbeit, sondern auch von der Nachfragesituation auf den Gütermärkten beeinflusst wird. Bleibt der Lohnanstieg unterhalb des Produktivitätsanstiegs, nehmen bei gegebener Beschäftigung die Lohneinkommen und die davon ausgehende Nachfrage weniger zu als das gesamtwirtschaftliche Angebot. Es entsteht eine Lücke zwischen Angebot und Nachfrage, die für die Unternehmen verminderte Absatzchancen auf den Gütermärkten zur Folge hat. Der Sachverständigenrat hofft, daß diese Lücke durch eine Beschäftigungszunahme und die damit verbundene Ausweitung der privaten Nachfrage geschlossen werden kann. Allerdings schreibt der Sachverständigenrat selbst, daß die Beschäftigung immer mit einer gewissen Verzögerung reagiert. Zu der erhofften synchronen Belebung der Nachfrage kommt es also nicht. Daß unternehmerische Investitionsentscheidungen nicht nur von der aktuellen Gewinnentwicklung abhängig sind, sondern auch von der Expansion der Absatzmärkte, findet jedoch in der Argumentation des Sachverständigenrats keine Berücksichtigung. Wenn der Absatz sich nur schwach entwickelt, wird in die Erweiterung der Produktionsanlagen auch nicht

investiert. Wird nicht investiert, werden aber auch keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen.

Die Nachfragerücke kann nur geschlossen werden, wenn der Staat (öffentlicher Verbrauch und Investitionen) und/oder das Ausland (Exporte) einspringen. Lediglich über den Export, stimuliert durch die Lohnzurückhaltung, konnten in den letzten Jahren die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ausgeweitet und damit Anreize für zusätzliche Investitionen geschaffen werden. Jedoch kann dies keine nachhaltige Strategie sein. Die ausländischen Akteure nehmen eine Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition auf Dauer nicht hin. Vielmehr verfolgen sie einen ähnlichen Weg, um damit ihre Wettbewerbsposition wieder zu verbessern.

Dies ist also kein Weg, den internationalen Handel nachhaltig zu stimulieren. Eine Ausdehnung der wirtschaftlichen Möglichkeiten ist untrennbar mit Wettbewerb verbunden, aber nicht mit jeder Art von Wettbewerb. Höheres Wachstum insgesamt ist nur möglich, wenn Wettbewerb einen unternehmerischen Charakter hat. Das heißt, er muß sich im privaten Sektor vor allem auf die Anwendung neuer Technologien, auf die effizientere Verknüpfung von Produktionsfaktoren oder die Entwicklung neuer Produkte richten, um Wettbewerbsvorteile für Unternehmen zu schaffen. Diese Art von Wettbewerb erzeugt Wachstum durch ökonomische Kreativität. Er fördert auch den internationalen Handel und steigert den Wohlstand aller beteiligten Länder. Dem entgegen steht jene Form von Wettbewerb, die Beschäftigung durch Lohnsenkungen, den Abbau von Sozialleistungen oder Steuersenkungen schaffen will. Ein solcher Ansatz ist lediglich aus der Sicht eines einzelnen Landes oder einer einzelnen Firma — also einzelwirtschaftlich betrachtet — erfolgversprechend. Die hieraus resultierenden Wettbewerbsvorteile beruhen aber nicht auf der Schaffung von Neuem, sondern ausschließlich aus der „Abwertung“ von Bestehendem. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht eröffnen sich daraus keine zusätzlichen wirtschaftlichen Möglichkeiten; es handelt sich bestenfalls um ein Nullsummenspiel, bei dem der Verlierer, der bei dieser Art von Kostensenkungswettlauf zurückbleibt.

Die Strategie einer Belebung des Wachstums durch eine Exportsteigerung war allerdings nicht kostenlos zu erreichen. Die Exporterfolge wurden vielmehr mit einer anhaltenden Schwäche der inländischen Nachfragekomponenten erkauft. Wie Abbildung 8 zeigt, übertrafen in Westdeutschland die Auftragseingänge aus dem Ausland im vergangenen Jahr das Niveau vor der Rezession in den Jahren 1992/93 um etwa 40 %, die Auftragseingänge aus dem Inland haben sich dagegen kaum vom Tiefpunkt in der Rezession gelöst. Diese Schwäche der inländischen Nachfrage ist primär mit dem eingeschlagenen Kurs der Lohnpolitik nach 1995 zu erklären. Den positiven Effekten auf den Auslandsmärkten standen negative Effekte auf den Inlandsmärkten gegenüber.

Vom Sachverständigenrat wird diese Interdependenz jedoch nur unzureichend berücksichtigt, wie auch bei seiner Ex-post-Bewertung der lohnpolitischen Empfehlungen für das Jahr 1998 deutlich wird. Im Jahresgutachten 1997 (Ziffer 273) berechnete er auf Basis seiner Prognose einen Anstieg der bereinigten Grenzproduktivität von 2¼ %. Bei einem vom Sachverständigenrat erwarteten Anstieg des BIP-Deflators von 1¾ % hätte der beschäftigungsneutrale Lohnerhöhungsspielraum etwa 4 % betragen. Gemessen an diesem erwarteten Potential hätten die Tarifvertragsparteien den „erwarteten Spielraum mit Lohnerhöhungen von 2 % nicht ausgeschöpft und (hätten) den mit Blick auf die nach wie vor schwierige Beschäftigungssituation zwingend notwendigen Abschlag vorgenommen“ (Jahresgutachten 1998, Ziffer 169).

Aus heutiger Sicht bewertet der Sachverständigenrat die Tarifpolitik des Jahres 1998 weit weniger positiv, weil sich die Daten, auf denen die Berechnungen des Verteilungsspielraumes basieren, anders als damals prognostiziert entwickelt haben. Nach den neuen Berechnungen des Sachverständigenrates (Jahresgutachten 1998, Ziffer 169) beträgt die beschäftigungsneutrale Grenzproduktivität in diesem Jahr nur noch 1¾ %, ist also um etwa einen halben Prozentpunkt niedriger als im letzten Jahr angenommen. Die Revision der Einschätzung ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß sich das Bruttoinlandsprodukt leicht schwächer als erwartet entwickelt hat. Da die Steigerungsrate des BIP-Deflators ebenfalls geringer ausfiel (weniger als 1 % gegenüber 1¾ %), verringerte sich der beschäftigungsneutrale Verteilungsspielraum auf nur noch 2 %. Die Tariflohnsteigerungen für das vergangene Jahr unterschritten daher den „tatsächlich gegebenen Spielraum bei weitem zu wenig, um dadurch die Basis für deutlich mehr Beschäftigung legen zu können“ (Jahresgutachten 1998, Ziffer 169).

Der Sachverständigenrat unterläßt es an dieser Stelle, einen möglichen Zusammenhang zwischen den tarifpolitischen Empfehlungen und den veränderten Konjunkturdaten zu ziehen. Nicht zuletzt wegen der schwachen Nachfrage der privaten Haushalte — infolge geringer Einkommenssteigerungen — nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion langsamer als erwartet zu. Von besonderer Bedeutung ist jedoch die deutlich geringere Preissteigerungsrate, die durch über mehrere Jahre rückläufige Lohnstückkosten herbeigeführt wurde. Neben den Nachfragewirkungen eines deutlichen Zurückbleibens der Tarifsteigerungen hinter der Produktivität hat der Sachverständigenrat insbesondere die Interdependenz von Preis- und Lohndynamik unterschätzt: Auch wenn die Lohnsteigerungen noch unter den tatsächlich vereinbarten 2 % gelegen hätten, wäre der Abschlag vom Produktivitätsfortschritt im Sinne des Sachverständigenrates ex post nicht groß genug gewesen. Noch kräftiger sinkende Lohnstückkosten hätten die Unternehmen aufgrund der Wettbewerbssituation auf den Gütermärkten an die Konsumenten weitergegeben, und die tatsächliche Preissteigerungsrate wäre folglich noch niedriger ausgefallen.

Was geschähe, wenn die Lohnpolitik in diesem Jahr — dem Sachverständigenrat folgend — den Verteilungsspielraum wiederum nicht ausnützte oder sogar berücksichtigte, daß die bereits für 1998 vereinbarten niedrigen Tariflohnsteigerungen gemessen am Konzept des Sachverständigenrates aus heutiger Sicht immer noch zu hoch gewesen wären? Der dementsprechende Abschlag auf die Tariflöhne hätte wiederum negative Produktions- und Preiseffekte zur Folge. Mehr Beschäftigung wäre damit aber nicht zu erreichen, vielmehr wäre der Weg in die Deflation dann wohl endgültig nicht mehr zu verhindern.

Wie sollte die Lohnpolitik in den nächsten Jahren ausgerichtet sein? Das DIW hat in der Vergangenheit für eine Orientierung an der trendmäßigen Produktivität und der Zielinflationsrate der Zentralbank plädiert. Es hat sich damit für eine lohnpolitische Strategie ausgesprochen, die nicht auf aktuellen, kurzfristigen Größen, sondern auf trendmäßigen Entwicklungen basiert. Das hätte einen Lohnstückkostenanstieg zur Folge, der mit der Stabilitätspolitik der Zentralbank nicht in Konflikt geriete und bei dem sowohl inflationsverstärkende als auch deflationäre Tendenzen vermieden werden.

In der gegenwärtigen Situation ist eine derartige Politik jedoch nicht ohne Probleme. Der Rat der Europäischen Zentralbank hat sich nicht auf eine eindeutige Zielrate der Inflation festgelegt, sondern sich lediglich dafür ausgesprochen, den Anstieg des harmonisierten Verbraucherpreisindex in der EWU unter 2 % zu halten. Es ist nicht auszuschließen, daß die Zentralbank bereits präventiv bei einer Annäherung an das Zwei-Prozent-Ziel die geldpolitischen Zügel anzieht. De facto würde das bedeuten, daß die effektive Zielrate der Inflation näher bei 1½ % liegt als bei 2 %.

Angesichts dieser Tatsachen und des noch nicht bekannten Vorgehens der Europäischen Zentralbank erscheint auf mittlere Sicht eine Lohnentwicklung vernünftig, die zwar ein weiteres Sinken der Lohnstückkosten verhindert, aber auch den Spielraum für tolerierte Inflation nicht voll ausschöpft. Die Zuwachsrates des Produktivitätstrends lag im Durchschnitt der letzten Zyklen bei 2½ %. Bei einer von der EZB tolerierten Inflationsrate von rund 1½ % läge damit der stabilitätskonforme Zuwachs der Stundenlöhne bei rund 4 %. In den kommenden Jahren sollte sich die Lohnentwicklung diesem Pfad schrittweise nähern. In der hier vorgelegten Prognose für 1999 wurden Tarifierhebungen von knapp 3 % unterstellt.

Mit der Einführung der Europäischen Währungsunion kann auch die Lohnpolitik nicht mehr allein im nationalen Rahmen gesehen werden. Der Wegfall der Wechselkurse innerhalb des Euroraums bedeutet, daß unterschiedliche Entwicklungen in den Lohnstückkosten nicht mehr durch Wechselkursanpassungen ausgeglichen werden können und sich daher unmittelbar auf die nationalen Arbeitsmärkte auswirken. Wenn in einem Land — wie gegenwärtig in Deutschland — die Lohnstückkosten sinken, während sie in anderen Ländern steigen, kommt es zu Verschiebun-

gen in den Wettbewerbsrelationen, die nur dann ökonomisch sinnvoll sind, wenn sie der Korrektur zuvor eingetretener Verzerrungen dienen. Das war in Deutschland nicht der Fall. Auch deshalb scheint eine Rückkehr auf einen produktivitätsorientierten Pfad dringend erforderlich.

Zum Bündnis für Arbeit

Die Erwartungen an das Bündnis für Arbeit sind hoch gesteckt. Viele erhoffen sich von ihm die Lösung der größten Beschäftigungsprobleme durch das Zusammenwirken von Tarifparteien und Regierung.

Auch wenn die beteiligten Verbände keine direkte Tarifkompetenz besitzen, so wäre das wichtigste Signal, das von den Beratungen ausgehen könnte, das über die mittelfristige Tariflohnentwicklung. Wenn Gewerkschaften und Arbeitgeber sich im Grundsatz auf eine an der gesamtwirtschaftlichen Trendproduktivität orientierte Lohnpolitik verständigen könnten, bestünde die Chance für eine spannungsfreie Ausweitung der Beschäftigung. Wie in den lohnpolitischen Überlegungen dargelegt, würde eine solche Lohnpolitik per se Wachstum und Beschäftigung fördern. Ein derartiger lohnpolitischer Konsens könnte darüber hinaus dazu führen, daß ein destabilisierendes Über- oder Unterschießen der Löhne als Folge extremer Positionen bei den Lohnverhandlungen weitgehend vermieden wird. Insbesondere wäre damit die Lohnfindung von jeglichen Umverteilungsbestrebungen losgelöst. Zugleich ginge von einer derartigen Vereinbarung auch das Signal aus, daß von der Lohnseite keine Bedrohung der Preisstabilität entstünde. Genau dies müßte in die Inflationsprognose der EZB einfließen und böte — wenn es europaweite Auswirkungen hätte — die Basis für eine Geldpolitik, die einen breiten monetären Spielraum für Wachstum und Beschäftigung ließe.

Zum geplanten Tariffonds

Ein Bestandteil des „Bündnis für Arbeit“ ist der Vorschlag, über einen neu einzurichtenden Tariffonds, der durch einen Lohnverzicht der Beschäftigten gespeist werden soll, kurzfristig den Rentenzugang für über 60jährige zu erleichtern. Auf diese Weise soll dem zunehmenden Angebotsdruck auf dem Arbeitsmarkt begegnet werden, der dadurch entsteht, daß für ältere Arbeitnehmer die Möglichkeit des Bezuges einer Rente wegen Arbeitslosigkeit entfällt und zugleich das Renteneintrittsalter in den nächsten Jahren steigt. Hinzu kommt der Stillstand bei den allgemeinen Arbeitszeitverkürzungen. Dies alles dürfte eine Verdrängung primär zu Lasten der Zugänge auf den Arbeitsmarkt, also der jüngeren Generation, zur Folge haben; die Jugendarbeitslosigkeit droht erheblich zuzunehmen.

Um dies zu vermeiden, werden Modelle diskutiert, die ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben attraktiver machen, indem die damit verbundenen finanziellen

Einbußen verringert werden. Die Diskussion hierüber steht erst am Anfang. Alle Vorschläge sollten allerdings wesentliche Rahmenbedingungen erfüllen. So ist eine weitere Belastung der Sozialversicherungssysteme insgesamt zu vermeiden. Auch ist eine „gerechte“ Aufteilung der Kosten zwischen den Beschäftigten und den Rentnern anzustreben. Insbesondere ist ein möglichst großer Anreiz für die Wiederbesetzung frei werdender Stellen erwünscht. Schließlich dürfen vor dem Hintergrund der labilen konjunkturellen Lage in nächster Zeit keine Nachfrage-Entzugseffekte entstehen.

Bisher sind nur Grundzüge des Vorschlags über Tariffonds bekannt. So sollen die Beschäftigten während der nächsten fünf Jahre jeweils bis zu einem Prozent ihres Lohnes in diesen Tariffonds einzahlen, der seinerseits dazu genutzt werden soll, die Rente von vorzeitig aus dem Berufsleben ausscheidenden Personen aufzustocken. Ob die Zuschüsse zur „normalen“ Rente an die Wiederbesetzung der Arbeitsplätze gekoppelt werden und sich dieses Modell später in ein kapitalgedecktes Zusatzrentensystem für alle Beschäftigte umwandeln läßt, ist noch unklar. Zwar dürfte die Rentenversicherung — folgt man diesen Vorschlägen — auf Dauer nicht zusätzlich belastet werden. Inwieweit aber gleichzeitig die Arbeitslosenversicherung entlastet wird, hängt von der Wiederbesetzungsrate ab. Ein Problem entstünde, wenn der angestrebte Fonds relativ rasch einen Kapitalstock aufbauen sollte. Dann ergäben sich Entzugseffekte, die nicht in die derzeitige konjunkturelle Landschaft passen.

Eine Alternative zum Tariffonds wäre eine Ausweitung der schon bestehenden Altersteilzeitregelung. So ist es im Prinzip für viele Beschäftigte schon heute möglich, früher die Erwerbsphase zu beenden. Bedingung dafür ist eine Vereinbarung mit dem Arbeitgeber nach dem Altersteilzeitgesetz, das einem Vollbeschäftigten von der Vollendung des 55. Lebensjahres an die Möglichkeit der Altersteilzeit bietet. Für fünf Jahre werden die Beiträge zur Rentenversicherung auf 90 % des Vollzeitgehalts aufgestockt. Damit halten sich dann auch die späteren Renteneinbußen, die durch die Teilzeitbeschäftigung in diesem Zeitraum verursacht werden, in Grenzen. Allerdings führt ein vorzeitiger Rentenbeginn zu erheblichen Einbußen. Diese halten die Arbeitnehmer ab, schon mit 55 Jahren die Altersteilzeit in Anspruch zu nehmen.

Dieses Modell hat dennoch von der Anreizwirkung her gegenüber dem Tariffondsmodell für eine Rente ab 60 Jahren mehrere Vorteile. So sind die Nutznießer des früheren Rentenbeginns an den Kosten der Regelung direkt beteiligt. Der betroffene Arbeitnehmer verzichtet auf einen Teil seines Lohns, der Arbeitgeber stockt den Lohn im Vergleich zu einer Halbtagsstelle deutlich auf und leistet hohe Rentenversicherungsbeiträge. Einen Teil dieser Aufstockungsbeträge erhält der Arbeitgeber vom Arbeitsamt ersetzt, wenn er die Stelle mit einem Arbeitslosen oder einem Berufsanfänger besetzt. Damit steigt die Motivation zur Wiederbesetzung im einzelnen Betrieb beträchtlich.

Das Modell ermöglicht auch den flexiblen Übergang in den Ruhestand. Die Rentenversicherung und alle anderen Beschäftigten bleiben von der Regelung weitgehend unberührt. Der Zuschuß der Arbeitslosenversicherung läßt sich durch die Wiederbesetzung der Stelle mit einem Arbeitslosen rechtfertigen.

Das Modell ist erheblich flexibler als der Tariffonds, erlaubt es doch den gleitenden Übergang in die Rente schon mit 55 Jahren. Allerdings hat das Gesetz den entscheidenden Mangel, daß die Zuschußregelung auf 5 Jahre begrenzt ist. Eine Ausdehnung auf 10 Jahre würde dem möglichen Beginn der Altersteilzeit (mit 55 Jahren) und dem zukünftigen regulären Renteneintritt (mit 65 Jahren) entsprechen. Zudem müssen die restriktiven Durchführungsverordnungen für die Gewährung von Zuschüssen großzügiger gefaßt werden, um den Anreiz zu erhöhen, die gegebenen Möglichkeiten der Altersteilzeit zu nutzen.

Elemente einer ausgewogenen Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik in Deutschland muß einen Kurswechsel von einer einseitig angebotsorientierten Politik hin zu einer ausgewogeneren Strategie vollziehen. Dabei sind klare Schritte erforderlich; zaghaftes Vorgehen trägt lediglich zur Verunsicherung und damit zur Destabilisierung bei. Vor dem Hintergrund der weltweiten wirtschaftlichen Abschwächung bedeutet dies, daß Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik auf Expansion ausgerichtet sein müssen, um den negativen Auswirkungen der Exportdämpfung entgegenzuwirken. Die EZB muß ähnlich wie die amerikanische Zentralbank mit weiteren Zinssenkungen das Vertrauen der Investoren in die zukünftige Wirtschaftsentwicklung zu stärken versuchen. Ein solches Vorgehen dient nicht einfach nur der Belebung der Investitionsnachfrage und ist insofern nicht nur Nachfragepolitik, sondern es verbessert auch die Angebotsbedingungen, indem höhere Investitionen zu einem rentableren Kapitalstock führen. Die Finanzpolitik muß die konjunkturellen Defizite hinnehmen. Auf diese Weise wird nicht nur die Nachfrage — im wesentlichen die Konsumnachfrage — stabilisiert, es bleiben auch Absatz- und damit Gewinnchancen erhalten, die ansonsten im Strudel der Abschwächung verloren gingen. Zudem kann sie durch eine raschere steuerliche Entlastung zur Stabilisierung beitragen. Die Lohnpolitik muß ihre mittelfristige Produktivitätsorientierung zurückgewinnen. Hierfür könnte das Bündnis für Arbeit einen wertvollen Beitrag leisten und unnötige Grabenkämpfe zwischen den Tarifparteien, die durch extreme Lohnforderungen bzw. Lohnangebote ausgelöst werden, vermeiden helfen. All dies sollte dazu führen, daß die Binnennachfrage in Deutschland endlich wieder an Dynamik gewinnt. Dann werden über kurz oder lang auch die Renditen so hoch sein, daß sich Sorgen über ein Zurückfallen Deutschlands im internationale Renditewettbewerb als unbegründet erweisen.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für das Jahr 1999

	1997	1998	1999	1998		1999	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige (im Inland) Arbeitszeit	-1,3 -0,4	0,0 0,6	-0,0 0,0	-0,4 0,1	0,4 1,2	0,2 0,0	-0,3 -0,0
Arbeitsvolumen Produktivität ¹⁾	-1,7 4,0	0,6 2,1	-0,0 1,4	-0,3 3,2	1,6 1,0	0,2 1,3	-0,3 1,6
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 Nachrichtlich: in Mrd. DM	2,2 3 101,4	2,7 3 185,8	1,4 3 230,3	2,9 1 554,7	2,5 1 631,1	1,6 1 579,2	1,2 1 651,1
WESTDEUTSCHLAND							
Erwerbstätige (im Inland) Arbeitszeit	-1,0 -0,3	0,1 0,7	-0,0 -0,0	-0,1 0,2	0,3 1,2	0,2 0,0	-0,2 -0,1
Arbeitsvolumen Produktivität ¹⁾	-1,2 3,5	0,8 1,9	-0,1 1,5	0,2 2,8	1,5 1,1	0,2 1,4	-0,3 1,6
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 Nachrichtlich: in Mrd. DM	2,3 2 809,5	2,8 2 888,5	1,5 2 930,6	3,0 1 413,3	2,6 1 475,2	1,6 1 436,2	1,3 1 494,4
OSTDEUTSCHLAND							
Erwerbstätige (im Inland) Arbeitszeit	-3,0 -0,7	-0,5 0,2	-0,2 0,2	-1,7 -0,5	0,8 1,1	0,5 0,0	-0,9 0,3
Arbeitsvolumen Produktivität ¹⁾	-3,7 5,6	-0,3 2,1	-0,0 0,8	-2,2 4,1	1,8 0,1	0,5 0,6	-0,5 1,0
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 Nachrichtlich: in Mrd. DM	1,7 291,9	1,9 297,4	0,8 299,7	1,8 141,4	1,9 156,0	1,1 143,0	0,5 156,7

2. Lohnstückkosten (Inlandskonzept)
a) Absolute Werte

Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit (Mrd. DM) Bruttolohn- u. -gehaltsumme (Mrd. DM)	1 909,3 1 521,5	1 941,1 1 548,1	1 985,2 1 584,1	910,5 725,3	1 030,7 822,9	932,3 742,8	1 052,9 841,3
Lohnstückkosten ²⁾	94,9	93,1	93,1	90,2	95,9	90,3	95,7
WESTDEUTSCHLAND							
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit (Mrd. DM) Bruttolohn- u. -gehaltsumme (Mrd. DM)	1 636,8 1 297,0	1 667,4 1 321,3	1 706,1 1 352,8	782,6 619,5	884,8 701,8	801,0 634,2	905,1 718,6
Lohnstückkosten ²⁾	95,5	93,7	93,5	90,6	96,6	90,4	96,4
OSTDEUTSCHLAND							
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit (Mrd. DM) Bruttolohn- u. -gehaltsumme (Mrd. DM)	272,5 224,5	273,7 226,8	279,1 231,3	127,9 105,8	145,8 121,0	131,3 108,6	147,8 122,7
Lohnstückkosten ²⁾	78,0	77,2	77,8	75,9	78,4	76,9	78,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit Bruttolohn- u. -gehaltsumme	0,2 -0,4	1,7 1,7	2,3 2,3	1,0 1,1	2,3 2,3	2,4 2,4	2,2 2,2
Lohnstückkosten ²⁾	-2,3	-1,9	-0,1	-2,6	-1,2	0,0	-0,1
WESTDEUTSCHLAND							
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit Bruttolohn- u. -gehaltsumme	0,5 -0,2	1,9 1,9	2,3 2,4	1,3 1,4	2,3 2,3	2,3 2,4	2,3 2,4
Lohnstückkosten ²⁾	-2,2	-2,0	-0,2	-2,6	-1,4	-0,1	-0,2
OSTDEUTSCHLAND							
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit Bruttolohn- u. -gehaltsumme	-1,0 -1,7	0,5 1,0	2,0 2,0	-1,0 -0,4	1,8 2,3	2,7 2,7	1,3 1,4
Lohnstückkosten ²⁾	-2,9	-1,1	0,7	-2,1	-0,1	1,4	0,2

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für das Jahr 1999

	1997	1998	1999	1998		1999	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

3. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	2 095,2	2 146,5	2 219,4	1 046,1	1 100,4	1 077,4	1 142,0
Staatsverbrauch	703,4	707,8	724,6	333,5	374,3	341,6	383,1
Anlageinvestitionen	722,9	721,9	731,1	343,4	378,4	344,7	386,4
Ausrüstungen	279,5	301,5	309,8	140,8	160,7	145,7	164,1
Bauten	443,5	420,4	421,4	202,7	217,7	199,1	222,3
Vorratsveränderung	47,6	100,9	106,1	60,3	40,7	67,5	38,6
Inlandsnachfrage	3 569,1	3 677,1	3 781,2	1 783,3	1 893,8	1 831,1	1 950,1
Außenbeitrag	54,9	80,7	65,6	37,8	42,9	33,2	32,4
Ausfuhr	971,8	1 029,6	1 019,7	508,7	520,9	497,0	522,7
Einfuhr	916,9	948,9	954,1	470,9	478,0	463,8	490,3
Bruttoinlandsprodukt	3 624,0	3 757,9	3 846,8	1 821,1	1 936,8	1 864,3	1 982,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	2,4	2,4	3,4	2,4	2,5	3,0	3,8
Staatsverbrauch	-0,2	0,6	2,4	-0,2	1,4	2,4	2,3
Anlageinvestitionen	-0,1	-0,1	1,3	0,4	-0,6	0,4	2,1
Ausrüstungen	4,3	7,9	2,7	8,8	7,1	3,5	2,1
Bauten	-2,7	-5,2	0,2	-4,7	-5,7	-1,8	2,1
Inlandsnachfrage	2,5	3,0	2,8	3,0	3,1	2,7	3,0
Ausfuhr	12,2	6,0	-1,0	9,8	2,4	-2,3	0,3
Einfuhr	11,3	3,5	0,6	6,8	0,4	-1,5	2,6
Bruttoinlandsprodukt	2,9	3,7	2,4	3,8	3,6	2,4	2,4

4. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1991

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 765,7	1 792,8	1 832,5	872,9	920,0	891,5	941,0
Staatsverbrauch	612,7	612,4	619,0	301,1	311,4	305,5	313,5
Anlageinvestitionen	656,5	660,0	666,8	313,4	346,5	314,6	352,2
Ausrüstungen	270,1	291,4	298,8	136,2	155,2	140,9	157,9
Bauten	386,4	368,5	368,0	177,2	191,3	173,7	194,3
Vorratsveränderung	41,9	90,0	100,7	52,6	37,4	61,8	38,9
Inlandsnachfrage	3 076,8	3 155,2	3 219,0	1 540,0	1 615,3	1 573,4	1 645,6
Außenbeitrag	24,6	30,6	11,3	14,7	15,9	5,8	5,5
Ausfuhr	924,8	975,4	964,3	481,1	494,3	472,8	491,6
Einfuhr	900,2	944,8	953,0	466,4	478,4	467,0	486,1
Bruttoinlandsprodukt	3 101,4	3 185,8	3 230,3	1 554,7	1 631,1	1 579,2	1 651,1
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	3 080,9	3 159,9	3 211,8	1 541,0	1 618,9	1 568,2	1 643,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	0,5	1,5	2,2	1,2	1,9	2,1	2,3
Staatsverbrauch	-0,7	-0,1	1,1	-0,4	0,3	1,5	0,7
Anlageinvestitionen	0,1	0,5	1,0	1,2	-0,0	0,4	1,6
Ausrüstungen	3,9	7,9	2,5	8,7	7,2	3,4	1,7
Bauten	-2,5	-4,6	-0,1	-3,9	-5,2	-2,0	1,6
Inlandsnachfrage	1,4	2,5	2,0	2,4	2,7	2,2	1,9
Ausfuhr	11,1	5,5	-1,1	8,8	2,5	-1,7	-0,5
Einfuhr	8,1	5,0	0,9	7,1	2,9	0,1	1,6
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,7	1,4	2,9	2,5	1,6	1,2
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	2,3	2,6	1,6	2,6	2,5	1,8	1,5

5. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1991 = 100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	1,9	0,9	1,2	1,2	0,6	0,8	1,5
Staatsverbrauch	0,4	0,7	1,3	0,3	1,0	0,9	1,6
Anlageinvestitionen	-0,1	-0,7	0,2	-0,7	-0,6	0,0	0,5
Ausrüstungen	0,4	-0,0	0,2	0,1	-0,1	0,0	0,4
Bauten	-0,2	-0,6	0,4	-0,8	-0,5	0,2	0,5
Ausfuhr	1,0	0,5	0,2	1,0	-0,0	-0,6	0,9
Einfuhr	3,0	-1,4	-0,3	-0,3	-2,5	-1,6	1,0
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,9	1,0	0,9	1,0	0,8	1,1

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
 noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für das Jahr 1999

	1997	1998	1999	1998		1999	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

6. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 907,0	1 938,8	1 982,9	909,8	1 029,1	931,6	1 051,3
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1 519,8	1 546,4	1 582,4	724,8	821,6	742,4	840,1
Nettolohn- und -gehaltsumme	982,4	998,3	1 026,4	469,9	528,4	484,9	541,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	828,7	897,1	927,7	455,9	441,2	472,1	455,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	757,0	811,2	827,5	414,6	396,6	423,1	404,5
Entnahmen ³⁾⁴⁾	711,0	743,0	774,0	380,9	362,2	388,1	385,9
Nichtentnommene Gewinne	46,0	68,2	53,6	33,7	34,5	35,0	18,6
Volkseinkommen	2 735,7	2 835,9	2 910,6	1 365,7	1 470,3	1 403,8	1 506,8
Abschreibungen	471,5	481,8	494,3	239,6	242,2	245,4	249,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	392,9	410,7	422,9	199,9	210,7	203,7	219,2
Bruttosozialprodukt	3 600,1	3 728,4	3 827,8	1 805,2	1 923,2	1 852,8	1 975,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	0,2	1,7	2,3	1,0	2,3	2,4	2,2
Bruttolohn- und -gehaltsumme	-0,4	1,8	2,3	1,1	2,3	2,4	2,2
Nettolohn- und -gehaltsumme	-1,7	1,6	2,8	1,1	2,1	3,2	2,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	1,2	1,8	2,4	1,6	1,9	2,2	2,6
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	-0,1	1,7	2,9	1,6	1,7	3,0	2,8
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	9,8	8,3	3,4	10,1	6,4	3,6	3,3
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	11,7	7,2	2,0	9,3	5,1	2,1	2,0
Entnahmen ³⁾⁴⁾	6,6	4,5	4,2	6,3	2,7	1,9	6,6
Volkseinkommen	3,0	3,7	2,6	3,9	3,5	2,8	2,5
Abschreibungen	2,3	2,2	2,6	2,2	2,2	2,4	2,8
Indirekte Steuern ./ Subventionen	3,5	4,5	3,0	3,2	5,8	1,9	4,0
Bruttosozialprodukt	2,9	3,6	2,7	3,6	3,6	2,6	2,7

7. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte

a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	982,4	998,3	1 026,4	469,9	528,4	484,9	541,5
Übertragene Einkommen ⁵⁾	628,3	637,6	653,3	317,3	320,3	323,8	329,5
Entnahmen ³⁾	846,6	878,9	918,4	440,5	438,4	454,5	463,9
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	39,1	39,1	38,8	19,8	19,3	19,6	19,2
Geleistete Übertragungen ⁶⁾	63,2	63,3	62,7	32,0	31,3	31,4	31,3
Verfügbares Einkommen	2 355,1	2 412,4	2 496,6	1 175,9	1 236,5	1 212,1	1 284,5
Privater Verbrauch	2 095,2	2 146,5	2 219,4	1 046,1	1 100,4	1 077,4	1 142,0
Ersparnis	259,8	265,8	277,2	129,7	136,1	134,7	142,5
Sparquote (%) ⁷⁾	11,0	11,0	11,1	11,0	11,0	11,1	11,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	-1,7	1,6	2,8	1,1	2,1	3,2	2,5
Übertragene Einkommen ⁵⁾	1,5	1,5	2,5	1,1	1,8	2,0	2,9
Entnahmen ³⁾	6,1	3,8	4,5	4,3	3,4	3,2	5,8
Verfügbares Einkommen	1,8	2,4	3,5	2,3	2,6	3,1	3,9
Privater Verbrauch	2,4	2,4	3,4	2,4	2,5	3,0	3,8
Ersparnis	-2,3	2,3	4,3	1,3	3,3	3,9	4,7

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für das Jahr 1999

	1997	1998	1999	1998		1999	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

8. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸⁾
a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	822,4	861,6	891,6	405,0	456,6	415,4	476,2
Sozialbeiträge	730,1	742,4	756,1	352,8	389,7	360,4	395,6
Erwerbseinkünfte	39,4	43,4	38,9	28,3	15,1	23,8	15,1
Sonstige Einnahmen	41,2	41,3	40,8	17,7	23,6	17,1	23,7
Vermögensübertragungen, Abschreibungen	41,7	43,2	44,7	19,9	23,3	20,8	23,9
Einnahmen insgesamt	1 674,7	1 731,9	1 772,0	823,7	908,3	837,5	934,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	703,4	707,8	724,6	333,5	374,3	341,6	383,1
Zinsen	135,9	140,2	144,5	68,2	72,0	70,5	74,0
Laufende Übertragungen	821,9	835,8	855,3	410,8	425,0	417,4	437,9
Private Haushalte	696,2	708,2	725,1	352,3	355,9	359,5	365,6
Unternehmen	69,3	69,3	70,5	27,3	42,0	27,6	42,9
Übrige Welt	56,4	58,2	59,7	31,1	27,1	30,3	29,4
Vermögensübertragungen	45,5	49,9	53,8	20,7	29,2	22,8	31,0
Bruttoinvestitionen	69,5	67,8	68,9	29,4	38,5	28,5	40,4
Ausgaben insgesamt	1 776,2	1 801,4	1 847,1	862,4	939,0	880,9	966,2
Finanzierungssaldo	-101,5	-69,5	-75,1	-38,8	-30,7	-43,4	-31,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	0,4	4,8	3,5	4,2	5,2	2,6	4,3
Sozialbeiträge	3,4	1,7	1,8	0,7	2,6	2,2	1,5
Erwerbseinkünfte	-0,6	10,3	-10,5	23,0	-7,7	-16,2	0,3
Sonstige Einnahmen	-0,7	0,2	-1,3	0,4	0,0	-3,3	0,1
Vermögensübertragungen, Abschreibungen	3,6	3,8	3,3	2,1	5,2	4,3	2,5
Einnahmen insgesamt	1,7	3,4	2,3	3,1	3,7	1,7	2,9
Ausgaben							
Staatsverbrauch	-0,2	0,6	2,4	-0,2	1,4	2,4	2,3
Zinsen	3,1	3,2	3,1	1,0	5,3	3,4	2,7
Laufende Übertragungen	1,2	1,7	2,3	1,4	2,0	1,6	3,0
Private Haushalte	1,7	1,7	2,4	1,3	2,1	2,0	2,7
Unternehmen	-4,6	0,0	1,7	0,5	-0,3	0,9	2,3
Übrige Welt	2,3	3,2	2,5	2,6	3,9	-2,6	8,3
Vermögensübertragungen	0,2	9,6	7,8	14,6	6,4	10,4	6,0
Bruttoinvestitionen	-9,5	-2,4	1,6	-4,9	-0,5	-2,7	4,9
Ausgaben insgesamt	0,3	1,4	2,5	0,8	2,0	2,1	2,9

¹⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigenstunde. — ²⁾ Im Inland entstandene Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (1991 = 100). — ³⁾ Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen. — ⁴⁾ Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und öffentliche Schulden. — ⁵⁾ Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge zur Sozialversicherung), Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck sowie internationale Übertragungen. — ⁶⁾ Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen sowie internationale private Übertragungen. — ⁷⁾ Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens. — ⁸⁾ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung; einschließlich Bundesbahnvermögen und Erblastentilgungsfonds.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW; IV. Quartal 1998 Schätzung des DIW, 1999 Prognose des DIW.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 160 **Auslandsinvestitionen ostasiatischer Länder in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Siegfried Schultz. 225 S. 1995. (3-428-08408-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 161 **Bisherige und künftige Versorgung der osteuropäischen Länder mit den Stahlveredlern Mangan, Chrom, Nickel und Molybdän.** Von Peter Eggert, Eberhard Wettig, Ilse Häusser, Aribert Kampe, Manfred Kraft, Jochen Parchmann, Helmut Schmidt und Gerhard Winkler. 364 S. 1995. (3-428-08609-0). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 162 **Künftige Entwicklung des Medien- und Kommunikationssektors in Deutschland.** Von Klaus Schrape, Wolfgang Seufert, Hansjörg Haas, Daniel Hürst und Sabine Gafke. 212 S. 1996. (3-428-08766-6). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 163 **Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung.** Von Udo Ludwig, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer, unter Mitarbeit von Karl-Heinz Siehndel. 283 S. 1996. (3-428-08879-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 164 **Expertise über die Anstoßwirkungen öffentlicher Mittel in der Städtebauförderung.** Von Vera Lessat unter Mitarbeit von Klaus-Peter Gaulke und Josef Rother. 102 S. 1996. (3-428-08902-2). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Heft 165 **FuE-Aktivitäten, Außenhandel und Wirtschaftsstrukturen: Die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich.** Von Florian Straßberger, Marian Beise, Heike Belitz, Ludger Lindlar, Dieter Schumacher und Harald Trabold. 211 S. 1996. (3-428-08920-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 166 **Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland bis zum Jahr 2010 — Ergebnisse quantitativer Szenarien.** Von Martin Gornig, Bernd Görzig, Claudius Schmidt-Faber und Erika Schulz. 169 S. 1997. (3-428-09126-4). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU — Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Harald Trabold, unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels, unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.
- Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weißenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage.** Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch, unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Röller, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremet und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sighelm Thede und Eberhard Wettig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. (3-428-07984-5). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3-428-08018-1). DM 88,— / öS 642,— / sFr 88,—.
- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 555,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 613,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin

Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1999. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304